

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,50 RM. monatlich 1,10 RM.
Wochenpreis: 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die schlaggehaltene Kolonelle
eine oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Berichterstattungen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 14. Dezember 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Raub des Koalitionsrechts
und Wahlentrechtung!

Man muß es unseren Gegnern lassen, daß sie sich die
redlichste Mühe geben, den Arbeitern Klassenbewußtsein ein-
zupflanzen. Mit schonungsloser Offenheit erklären sie immer
wieder, daß es jetzt aufs Ganze gehe, daß es sich bei diesem
Wahlkampf darum handele, die Macht der Reaktion zu stabilisieren
und die aufstrebende Arbeiterbewegung in den Zustand
der Ohnmacht und Rechtlosigkeit zurückzuwerfen. Oder läßt
sich eine dreifache Provokation der Arbeiterklasse denken, als
jenen Vorstoß der Konservativen und Nationalliberalen im
sächsischen Landtag? Man sollte meinen, daß unsere
Reaktionäre gerade während der Wahlkampagne alle Ullalche
hätten, ihre Herzenswünsche, soweit sie auf die Anebelung der
Arbeiterklasse gerichtet sind, für sich zu behalten — allein
mit brutalem Hybris formulieren die Scharfmacher ihre
Forderungen an die Staatsgewalt! Sie sind wohl der Meinung,
daß an eine Beförderung von Arbeiterwählern ja doch
nicht zu denken sei und daß es sich deshalb nicht lohne, mit
den wahren Absichten zurückzuhalten. Zugleich hoffen sie,
gerade durch die rücksichtslose Enthüllung ihrer Wünsche
alles mit sich zu reißen, was reaktionär ist, was an der politischen
Entredung und wirtschaftlichen Verelendung der Arbeiterklasse
ein Interesse hat!

Die sächsische Reaktion, Konservative und Nationalliberale
in hohem Maße, haben sich dahin ausgesprochen, daß die
sächsische Regierung in dem Bundesrat für eine Verschärfung
der Beschränkungen gegen Streikende eintreten solle, und
der sächsische Polizeiminister, Graf Bismarck, hat denn auch
nicht geäußert, seinen scharfmacherischen Auftraggebern
die Bereitwilligkeit der sächsischen Regierung auszusprechen,
bei der Reichsregierung einen größeren Schutz der Arbeitswilligen
zu befordern. Und daß dieser Vorstoß der sächsischen Reaktion
bei den Scharfmachern des ganzen Landes das lebhafteste Echo
finden wird, kann kein Einsichtiger bezweifeln. Schon hat ja die
„Kreuz-Zeitung“ die sächsischen Arbeiterfeinde ihres
vollsten Beifalles versichert. Und was noch wichtiger ist, das
führende konservative Organ spricht auch die Zuversicht aus,
daß sich auch das Zentrum zur Unterstützung der scharfmacherischen
Forderungen des konservativ-nationalliberalen Unternehmertums
bereitfinden lassen werde! Das Blatt schreibt:

„Diese Kundgebung wird in weiten Kreisen Befriedigung
herbortreiben. Es scheint daraus hervorzugehen, daß ein großer
Teil der einzelstaatlichen Regierungen mit einem geschweherten
Vorgehen gegen den Streikterrorismus einverstanden ist und die
Dringlichkeit dafür anerkennt. Wenn der sächsische Staatsminister
hervorhebt, daß diese notwendige Reform auf dem
Grundsatze der vollen Parität zwischen Arbeitgeber und
Arbeitern beruhen müsse, so ist das nur recht und billig. Aber
einen Aufschub können derartige Maßregeln nicht mehr
erleiden. Ob die Nationalliberalen — die ja allerdings durch
die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen sich verpflichtet
wollen, das Vorgehen gegen den Streikterrorismus abzuwehren —
sich dem immer dringlicher werdenden Gebote eines Schutzes für die nichtsozialdemokratische
Arbeiterklasse widerziehen werden, ist abzuwarten. Von der
Zentrumspartei wird man hoffen dürfen, daß sie sich nicht
grundsätzlich ablehnend dagegen verhalten wird, da die
christlichen Gewerkschaften am meisten unter den sozialdemokratischen
Drangsalierungen leiden.“

Auch wir glauben, daß das Zentrum, das ja in den
letzten Jahren so zahlreiche Verbrechen gegen die Arbeiterklasse
verrichtet hat, auch zum schamlichsten Attentat gegen das
Koalitionsrecht seine Hand bieten wird. Haben wir es doch in
Bayern erleben müssen, daß das Zentrum mit allen Mitteln
das freie Koalitionsrecht der Eisenbahner hintertreiben wollte
und schließlich sogar den Minister, der seinem scharfmacherischen
Drängen nicht in vollem Umfange entsprach, über die selbige
springen lassen wollte. Und was wir in Bayern erlebt haben,
hat sich fast in derselben Weise im preussischen Abgeordnetenhaus
abgespielt! Auch dort haben Zentrumsmänner
abgeordnete unter Zustimmung ihrer Parteimitglieder nicht
nur den Eisenbahnern, sondern überhaupt allen Staatsarbeitern
das Recht der freien gewerkschaftlichen Betätigung
abgesprochen! Ein Eingehen des Zentrums auf die konservativ-nationalliberalen Bestrebungen zur Eskamotierung
des Koalitionsrechts würde also nur der Laizität des Zentrums
entsprechen. Das denunziatorische Geschwätz der ultramontanen
„Arbeitervertreter“ über den „Terrorismus“ der freien
Gewerkschaften hätte ja dem Zentrum dabei ganz vortrefflich
vorgearbeitet!

Die Arbeiter wissen also, was bei den Reichstagswahlen
für sie auf dem Spiele steht. Es ist auf die Vernichtung des
Koalitionsrechts abgesehen, auch wenn die Herren von
Bestimmungen von der „Sicherstellung“ des Koalitionsrechts
der Arbeiter, will sagen der Streikbrecher, sprechen. Und
die Arbeiter wissen doch aus der Praxis, wie traurig es
schon heute um das Koalitionsrecht bestellt ist. Wie oft
ist der berüchtigte § 153 der Gewerbeordnung, der die
Anwendung körperlichen Zwanges, Drohungen, Ehrverletzungen
und Verurteilungen, durch die das freie Entschließungsrecht
gehindert werde, mit Gefängnis bis zu drei Monaten
bedroht, gegen Arbeiter angewendet worden während das
Unternehmen auch bei dem brutalsten Terrorismus

stets straffrei ausgegangen ist! Wie oft sind Arbeiter
wegen Erpressung angeklagt worden, die lediglich
von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch gemacht und Forderungen
an die Unternehmer gestellt hatten. Wie oft sind Streikposten
auf Grund von Straßenpolizeiverordnungen unter
den fadenscheinigsten Vorwänden aus den menschenleeren
Straßen vertrieben oder wegen „Befähigung der öffentlichen
Ordnung“ bestraft worden, auch wenn sie sich noch so ruhig
und friedlich verhalten haben. Und zu alledem kommt jetzt
die Drohung des Scharfmacheriums, das Koalitionsrecht der
Arbeiter, diesen wichtigen Schutz des Proletariates gegen die
rücksichtsloseste Ausplünderung durch die Kapitalistenklasse,
vollends lahmzulegen!

Wie groß aber die Gefahr wäre, daß ein künftiger
Reichstag tatsächlich die Arbeiterklasse mit gefesselten Händen
dem Unternehmertum ausliefern könnte, beweist ja die Tatsache,
daß sogar in jenem Gegenentwurf zur Strafgesetznovelle,
der von mehreren Juristen, darunter auch dem bekannten
freisinnigen Abgeordneten Professor List, ausgearbeitet worden
ist eine ungeheuerliche Verschärfung des § 153 vorgezogen
war. Sollen doch nach diesem Entwurf Arbeiter wegen
„Beleidigung“ von Arbeitswilligen mit Gefängnisstrafe
bis zu einem Jahr und Geldstrafen bis zu 5000 M. bestraft
werden! Wenn selbst ein so angesehenener freisinniger
Strafrechtslehrer an derartigen Ungeheuerlichkeiten keinen
Anstoß genommen, so kann man sich vorstellen, wie wenig
Widerstandskraft gegen solche Bedrohungen des Koalitionsrechts
selbst bei dem sogenannten entschiedenen Liberalismus
vorausgesetzt werden darf!

An allen Arbeitern selbst liegt es, bei der Gegenwart
die anferste Energie zu entfalten und vor allen Dingen
auch bei der Reichstagswahl am 12. Januar den unterdrückten
Scharfmachern gründlich heimzuleuchten!

Wie sehr die Reaktion aufs Ganze geht, wie schände sie
die wirtschaftliche Anebelung der Arbeiterklasse mit der politischen
Entredung zu verbinden sucht, beweist ja auch die triumphierende
Meldung der „Deutschen Tageszeitung“, daß die preussische
Regierung gar nicht daran denke, dem Landtag einen neuen
Wahlrechtsentwurf vorzulegen! Die himmelschreiende
Ungerechtigkeit des elendesten aller Wahlsysteme soll also —
trotz aller Verheißungen der Thronrede, trotz der Riesenbedingungen
des entrechteten Volkes! — noch länger fortbestehen! Auch
die Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus im
Jahre 1913 sollen danach im Zeichen des ungeheuerlichen
Geldwahlrechts stattfinden, so daß bis zum Jahre 1915 an
eine stärkere Geltendmachung der Interessen des Proletariates
im Unterparlament nicht zu denken wäre! Sowohl diese
Meldung, als auch der unerhört freche Sturm auf die Reaktion
gegen das Koalitionsrecht zeugt von einem wahrhaften
Uebermut des herrschenden Klüngels!

Welche Schaffsgeduld trauen die Herren dem Proletariat
zu!

Zur Reichstagswahl.

Die Wahlsituation im Bezirk Frankfurt a. M.

Von den elf Reichstagswahlkreisen des Frankfurter Agitationsbezirks
zählen neun zu Hessen-Rassau, und zwar sechs zum
Regierungsbezirk Wiesbaden, drei zum Regierungsbezirk
Kassel. Ein Reichstagswahlkreis (Wehlar-Altenkirchen) gehört
zum Regierungsbezirk Koblenz, und ein weiterer (Siegen-Wittgenstein)
zum Bezirk Arnberg. In sieben von diesen elf Kreisen
überwiegt die ländliche die städtische Bevölkerung bei weitem.
Die Landwirtschaft ist in den meisten Kreisen am stärksten
vertreten, doch wird sie immer mehr von der Industrie
durchsetzt. Nach ihrer Konfession ist die Bevölkerung in sieben
Kreisen meist evangelisch, in vier Kreisen überwiegend katholisch.
Diese Struktur der Kreise gibt an und für sich schon ein Bild
der politischen Vertretung. Die elf Kreise waren bisher im
Reichstag vertreten: von drei Sozialdemokraten, je zwei Nationalliberalen,
Zentrumler und Christlichsozialen und einem Antisemiten.
Aus den Reichstagswahlen 1907 gingen drei Christlichsoziale
als Abgeordnete hervor; bei der Nachwahl in Siegen-Wittgenstein
für Städter wurde aber dieses Mandat an die Nationalliberalen
verloren. In der Hauptwahl bei den Stottentwahlen gelang
es nur drei Kandidaten, die Mehrheit der Wähler auf sich
zu vereinigen: den Zentrumsmännern Dr. Dahlem in
Montabaur-St. Goarshausen und Müller-Fulda in Fulda-Schlüchtern,
und dem Christlichsozialen Dr. Burkhardt in Dillenburg-Herborn.
In die Stichwahl kamen 1907: ein Sozialdemokrat mit einem
Zentrumler, zwei Sozialdemokraten mit Nationalliberalen
und ein Sozialdemokrat mit einem Demokraten; zwei Nationalliberale
mit Christlichsozialen und ein Nationalliberaler mit dem
Zentrum; ein Antisemit mit der Freisinnigen Vereinigung.

So war die Situation 1907. Der jetzige Wahlkampf hat
schon seit Wochen begonnen, und seit Monaten wird unter
den einzelnen Parteien um die Mandate geschachert. Ganz klar
ist die Situation in den einzelnen Wahlkreisen aber trotzdem
noch nicht. So hat das Zentrum in verschiedenen
Kreisen noch keine Kandidaten aufgestellt; es ist sich nicht
einig, ob es in diesem oder jenem Kreise den Blodgenossen
schon im ersten Gange unterstützen soll. Lange, sehr lange
haben auch die liberalen Verständigungsversuche gedauert.
Es war eine Einigung für ganz Nassau geplant; die Nationalliberalen
hatten aber ihre Forderungen zu hoch geschraubt, und so scheiterte

eine allgemeine Verständigung. Trotzdem ist nicht ausgeschlossen,
daß, wie jetzt in Hessen, in einigen Bezirken doch noch ein
Zuschuß zustande kommt und schließlich noch Kandidaturen
zurückgezogen werden.

Von den fünf Mandaten, die der schwarzblaue Block im
Bezirk inne hat, sind ihnen nur zwei sicher: Montabaur-St. Goarshausen
und Fulda-Schlüchtern, wo das Zentrum throniert. In
Montabaur hatte 1907 Dr. Dahlem im ersten Wahlgange
13 055 Stimmen, die Deutsche Reichspartei 9283 und
der sozialdemokratische Kandidat 879 Stimmen. Für
das Zentrum noch günstiger ist Fulda-Schlüchtern,
wo fast 70 Proz. der Bevölkerung katholisch sind.
Müller-Fulda erlangte 1907 bei den Hauptwahlen mit
14 256 Stimmen (65 Proz. der abgegebenen Stimmen)
den Sieg. Der Reichsparteiler bekam 6814 und
unser Genosse Göller-Frankfurt a. M., der wieder
kandidiert, 808 Stimmen. Beide Kreise dürften
daher der Reaktion erhalten bleiben.

Anderer steht es aber mit den drei weiteren Mandaten,
die sie bis jetzt besaß. Da ist zunächst Dillenburg-Herborn,
wo 1907 der christlichsoziale Dr. Burkhardt mit
11 168 Stimmen im ersten Wahlgange siegte.
Der Nationalliberale bekam 9254 und der
Sozialdemokrat 1040 Stimmen. Die Freisinnigen
haben diesmal einen eigenen Kandidaten
aufgestellt. Es ist wahrscheinlich, daß Dr.
Burkhardt in die Stichwahl gedrängt und
dann das Mandat abgenommen wird. (Voraussetzung
für eine eventuelle Unterstützung des
nationalliberalen Kandidaten durch unsere
Genossen ist natürlich hier wie in anderen
Kreisen die Anerkennung unserer jenen
Stichwahlforderungen.) Das gleiche
Schicksal blüht dem christlichsozialen Franz
Schrems, dem Generalsekretär der
christlichen Bergarbeiter. 1907 nahm
dieser der Nationalliberalen den
Wahlkreis ab. Er bekam in der
Hauptwahl 7730, der Nationalliberale
8726, der Konservative 7193 und
unser Genosse Krense-Frankfurt a. M.,
der auch jetzt wieder kandidiert,
2579 Stimmen. Bei der Stichwahl
vereinigten sich die konservativen
und christlichsozialen Stimmen,
Schrems erhielt 15 810, der
nationalliberale Gegenkandidat
nur 11 027 Stimmen. Diesmal
wird es anders kommen. Unser
Kandidat bearbeitet den Kreis
schon seit Monaten stetig in
tätigster Weise. Die sozialdemokratischen
Stimmen werden sicher stark
anzuwachsen, und ist es möglich,
daß Schrems, wenn er von den
Konservativen nicht von vornherein
unterstützt wird, sogar aus der
Stichwahl fällt.

Der dritte Kreis, der dem
blauschwarzen Block noch abgenommen
werden kann — und wohl auch
wird — ist Karburg-Frankenberg.
Der jetzige Reichsdemokrat v.
Gerlach nahm bekanntlich
1903 den Antisemiten diesen
Kreis ab. 1907 eroberten die
Antisemiten das Mandat zurück.
Dr. Böhmke bekam in der
Hauptwahl 6077, v. Gerlach
4306, das Zentrum 2371, die
Sozialdemokraten 1554 und die
Nationalliberalen 1074 Stimmen.
In der Stichwahl fielen auf den
Antisemiten Böhmke 10 445 und
auf v. Gerlach 8374 Stimmen.
Dr. Böhmke kandidiert diesmal
nicht wieder, dafür der frühere
antisemitische Vertreter des
Wahlkreises, Dr. Böckl. Neben
diesem ist auch noch ein
konservativer Kandidat aufgestellt
worden. Das Zentrum hat
ebenfalls wieder eine eigene
Kandidatur nominiert; für die
Sozialdemokratie kandidiert
Genosse Diehl-Frankfurt a. M.
Den Fortschrittler ist die
Kandidatur Gerlach nicht
weniger wie angenehm. Sie
haben Gerlach als eigenen
Kandidaten (Gerlach war
früher auch von den Fortschrittler
aufgestellt) fallen lassen,
aber doch auf eine eigene
fortschrittliche Kandidatur
verzichtet. Gerlach wird
bestimmt in aus-
sichtreiche Stichwahl kommen.

Die Nationalliberalen haben
ihre zwei Mandate in Dieh-
limburg und Siegen-Wittgenstein
zu behaupten. Ihre Hauptgegner
sind das Zentrum, die
Konservativen und die
Christlichsozialen. Bei der
letzten Wahl in Dieh-Limburg
wurde der Nationalliberale
schon beim ersten Treffen
von den Fortschrittler und
Wändlern unterstützt.
Diesmal haben alle Parteien
eigene Kandidaten. Nur
das Zentrum ist sich noch
nicht klar, ob es den
Konservativen gleich
unterstützen soll. So ist
es noch sehr fraglich,
welche Kandidaten
miteinander in die
Stichwahl kommen. In
Siegen-Wittgenstein
ist der nationalliberale
Vorsprung größer. Da
waren die Nationalliberalen
als zweitstärkste Partei
den anderen Kandidaten
um 3—4000 Stimmen
voraus. Wahrscheinlich
kommt es hier, wie bei
der Nachwahl 1909, zur
Stichwahl zwischen
Christlichsozialen und
Nationalliberalen.

Die Sozialdemokratie hat
drei Mandate zu verteidigen
(Hanau-Gelnhausen,
Höchst-Homburg-Uffingen
und Wiesbaden) und
eines zurückzuerobern
(Frankfurt a. M.). In
Hanau und Höchst
wird uns aller Voraussicht
nach schon der erste
Wahlgang den Sieg
bringen. Hanau war
schon 1881—84 und
1898—1903 sozialdemokratisch
vertreten. 1903 ging
der Kreis an den
Nationalliberalen Dr.
Lucas verloren. Bei der
Hauptwahl 1907 erhielt
Genosse Hoch 17 923
Stimmen, der Nationalliberale
13 908 und der
Fortschrittler 4290.
Bei der Stichwahl
fielen dann auf
Hoch 20 000 und auf
den Nationalliberalen
16 878. Die Fortschrittler
und Nationalliberalen
gehen diesmal
zusammen; die
fortschrittliche Volkspartei
unterstützt den
nationalliberalen
Kandidaten. Eigene
Kandidaten haben
noch die Konservativen
und das Zentrum.
Es dürfte aber
keinem Zweifel
unterliegen, daß
Genosse Hoch
schon im ersten
Wahlgange
glatt wiedergewählt
wird.

Nicht ganz so
günstig ist die
Situation in
Höchst-Homburg-
Uffingen, aber
immerhin so, daß
mit größter
Wahrscheinlichkeit
darauf gerechnet
werden kann, daß
dieser Kreis
ebenfalls im
ersten Ansturm
behalten wird.
Höchst-Uffingen
war schon
1883—88 in
sozialdemokratischem
Besitz. Dann
hatte das
Zentrum den
Kreis zwei
Legislaturperioden
lang inne.
1907 nahm
Genosse
Brühne dem
Zentrum das
Mandat wieder
ab. Brühne
bekam in der
Hauptwahl
16 078, der
Zentrumskandidat
10 308, der
Nationalliberale
9013 und der
Fortschrittler
3343 Stimmen. In

der Stichwahl flogen die sozialdemokratischen Stimmen auf 18 230, die des Zentrums auf 15 143. In den letzten Jahren wurde viel Arbeit in diesem Kreis, wie auch in dem Hanauer, geleistet. Die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Vereine stieg ganz gewaltig, so daß alle Hoffnung vorhanden ist, im ersten Gange zu siegen.

Wie es Baden-Bieberich eroberten wir 1907 in der Stichwahl. Auf den Genossen Lehmann entfielen damals im ersten Wahlgange 12 630 Stimmen. Der Nationalliberale erhielt 10 792, das Zentrum 8965 und der Fortschrittler 7645 Stimmen. In der Stichwahl trat dann das Zentrum für Lehmann ein, der nun mit 19 267 Stimmen über den Nationalliberalen (18 117 Stimmen) siegte. Der frühere Vertreter des Kreises, der nationalliberale Kommerzienrat Bartling, hat es sich schon sehr viel Geld kosten lassen, den Kreis zurückzuerobern. Es wird aber voraussichtlich alle Mühe umsonst sein. Früher Bartling kandidiert der Generalmajor v. Kloeden für die Konservativen, den Mittelstand und das Zentrum. Die fortschrittliche Volkspartei hat zum Schrecken Bartlings ebenfalls einen eigenen Kandidaten aufgestellt. So kann es nun kommen, daß Genosse Lehmann anstatt mit Bartling mit v. Kloeden in die Stichwahl kommt. Die Kandidatur des Regierungspräsidenten Meisters wurde bekanntlich schon längst zurückgezogen, da sich die Parteien auf diesen Kandidaten nicht einigen konnten. — Unsere Genossen hoffen bestimmt, wieder siegreich aus dem Wahlkampf hervorzugehen.

Das Hauptinteresse in unserem Bezirk ist sicher auf Frankfurt a. M. gerichtet. Für die Frankfurter Genossen ist es eine Ehrensache, dieses Mandat, das wir ununterbrochen 22 Jahre inne hatten, zurückzuerobern — und sie werden es wieder erobern. Die Stadt Frankfurt a. M. gehört zu drei Reichstagswahlkreisen: Frankfurt a. M., Hanau und Höchst-Iltingen. Wie in fast allen Großstädten ist auch hier eine starke Abwanderung — besonders von Arbeitern — nach den Vororten zu verzeichnen. Und diese Vororte gehören nicht mehr zum Reichstagswahlkreis Frankfurt a. M. Obwohl die Industrie in Frankfurt a. M. immer umfangreicher wird, vergrößern sich die rein proletarischen Schichten durch das Hinandrängen der Arbeiter nach den Vororten nur wenig. In Frankfurt a. M. hat man, ganz abgesehen von Fabrikanten, höheren Beamten, Lehrern usw., die uns ja doch nicht wählen, mit starken Schichten des Kleinbürgertums (Handwerker usw.) und der Privatbeamten (Kaufleute usw.) zu rechnen. Diesen bürgerlichen Schichten gegenüber müssen schon alle proletarischen Kräfte aufgebieten werden, um das Mandat wiederzuholen. Wurde uns in früheren Jahren ein Sieg verhältnismäßig leicht gemacht, so, weil die Wahlbeteiligung eine recht geringe war, 1907 stieg die Wahlbeteiligung gegen 1903 von 55,9 Proz. auf 79,6 Proz. der Wahlberechtigten. Die Sozialdemokratie steigerte ihre Stimmzahl wohl um über 8000, der Volksparteiler aber um rund 10 000. Genosse Dr. Quard erhielt 28 800 Stimmen, die Freisinnige Volkspartei 17 602, die Nationalliberalen 5290, die Mittelständler 5056 und das Zentrum 4405. Bei der Stichwahl vereinigten sich alle bürgerlichen Stimmen bis zur äußersten Rechten; der Volksparteiler Defer siegte mit 33 659 Stimmen über Quard, der 30 778 Stimmen erhielt.

Diesmal ist die allgemeine Situation eine wesentlich andere wie 1907. Die Laten des Bülow- und des Schwarzblauen Bloks haben die Wähler ermüdet. Die Wählerliste vergeht nicht, daß auch die Fortschrittler 400 Millionen indirekte Steuern bewilligen wollten. Die Hurra Stimmung von 1907 ist vorbei. Der Wahlkampf ist wie 1907 ein außerordentlich hartnäckiger. Die Fortschrittler bieten alles auf, um das Mandat zu halten; sie werden vor keinem Mittel zurückzusehen. Mit der persönlichen Verunglimpfung unseres von den Fortschrittler so sehr geachteten Kandidaten begannen die „Kleine Presse“ der Ableger der „Frankfurter Zeitung“, bereits. Der Fortschrittler Defer wird diesmal schon im ersten Wahlgang von den Nationalliberalen, Mittelständlern, Konservativen und Christlichsozialen, die sämtlich keine eigene Kandidaten aufgestellt haben, unterstützt. Herr Defer ist also auch der Kandidat der äußersten Rechten! Nur das Zentrum will noch einen eigenen Kandidaten aufstellen, so daß sich in Frankfurt a. M. nur drei Kandidaten gegenüberstehen, wodurch der Sieg Quards im ersten Wahlgang um so sicherer wird.

Die Reichsdemokratische Vereinigung beschloß, gleich im ersten Wahlgang für den Sozialdemokraten einzutreten.

Die Zahl der Wahlberechtigten ist in Frankfurt a. M. um 13 000 auf zirka 90 000 gestiegen. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen muß sich also, wenn wir bei der Hauptwahl siegen wollen, um zirka 10 000 steigern. Bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen ist dies zweifelsohne auch anzunehmen. Hat sich doch allein die Zahl der organisierten Frankfurter Genossen in der gleichen Zeit um über 4000 erhöht! Der Kampf um das Mandat ist ein außerordentlich heifer. Die Frankfurter Genossen führen ihn mit aller Energie. So dürfte am Abend des 12. Januar wieder die rote Fahne auf Frankfurt's Bannwehen!

Heilig, heilig, heilig ist das Portemonnaie!

Der Bund der Landwirte hat nunmehr seinen Wahlaufruf erlassen. Der Bund ist bekanntlich ein unpolitischer Verein. Da er aber ein Bund der Junker ist, hat er es natürlich nicht nötig, sich um gesellschaftliche Vorschriften zu kümmern und kann seelenruhig mit einem hochpolitischen Aufruf in die Wahlbewegung eingreifen. Man wird sehen, ob die Regierung einer ähnlichen weitberzigen Auslegung des Gesetzes auch zustimmen wird, wenn z. B. unpolitische Arbeitervereinigungen in gleicher Weise in die Politik eingreifen!

Zum übrigen wäre der Aufruf das gewöhnliche Sammelurium konservativer Phrasen, spräche nicht aus jeder Zeile die Angst, daß die kommenden Wahlen der Ausplünderung des deutschen Volkes durch die Junker ein Halt gebieten könnten. Deshalb werden die bauerlichen Wähler, die von der Volkspolitik, die nur durch die junkerlichen Interessen bestimmt wird, weitaus mehr Schaden als Nutzen haben, aufs nachdrücklichste beizumören, nur ja nicht anders als konservativ zu wählen. Die Bündler schreden da vor keiner Lüge zurück. Dieselben Leute, die ihre Großgrundbesitzerinteressen im engsten Bunde mit dem Großkapital vertreten, die den Kartellmagnaten maßlos hohe Bälle zugeföhrt haben, die den Bedarf der bauerlichen Konsumenten ebenso verteuern wie den der städtischen, nur, um im Bunde mit den Großkapitalisten die Lebensmittelpreise durchzusetzen, dieselben Leute wagen es, sich den Bauern als Kämpfer gegen das Großkapital vorzustellen. Und doch sind Bündler und Konservative heute nicht weniger Vertreter der großkapitalistischen Interessen geworden als irgendwelche Nationalliberalen oder Freisinnigen. Ja, in der Erbschaftssteuerfrage haben sie mit dem Zentrum zusammen sogar noch die Nationalliberalen übertrumpft. Der Bündler Oldenburg von Jansschau war es ja, der die Beizgerung der Konservativen für die Ausgaben des Reiches direkte Vermögens- oder Erbschaftssteuern zu bewilligen, mit den Worten begründete: Dem Reichstag des gleichen Wahl-

rechts darf das Portemonnaie der Besitzenden nicht ausgeliefert werden.

Als die skrupellosen und energischsten Vertreter des Portemonnaieinteresses erklären die Bündler natürlich auch der Sozialdemokratie den Krieg. Sie wissen genau, daß die Sozialdemokratie auch für die Interessen der arbeitenden Kleinbauernschaft stets eingetreten ist. Diese Kleinbauern haben durch die landwirtschaftlichen Rölle nichts gewonnen, leiden aber, wenn sie ihren Bedarf an Produktionsmitteln und Industrieerzeugnissen bedien, durch die allgemeine Teuerung ebenso wie die Arbeiter. Für die wichtigen Kulturforderungen der Massen auf dem Lande aber, für ihre politische Freiheit und Selbstbestimmung namentlich auf dem Gebiete der Gemeinde, für die Ausgestaltung des so arg vernachlässigten Schul- und Bildungswesens, für die Erleichterung der Militärlasten und für die Befreiung der geringen Einkommen von der Steuer ist aber nur die Sozialdemokratie eingetreten. Die Bündler dagegen wissen, daß ihr Weizen nur so lange blüht, so lange auf dem Lande geistige und politische Unfreiheit herrscht. Deshalb ihre Todfeindschaft gegen die Sozialdemokratie und deshalb schreden sie auch nicht davor zurück gegen die gefürchtete Partei der Arbeiter mit den ältesten Verleumdungen zu arbeiten. Deshalb erzählen sie den Bauern immer wieder das blöde Märchen von der „Religionsfeindschaft“ der Sozialdemokratie, die das eheliche und Familienleben zerstören wolle.

Aber Lügen haben kurze Beine, und die Laten des Schnapsbloks haben auch auf dem Lande aufläutend gewirkt. Der niederträchtige Raub der Finanzreform ruft die Volkseindschaft der Bündler so laut in alle Lande, daß kein Wahlauftritt so überdönen kann. Und dieser Ruf, der am 12. Januar überall ein millionenfaches Echo finden muß, lautet: **Nieder mit den Junkern!**

Unverträglichkeit der Kleinfenche mit sozialdemokratischen Flugblättern.

Die Konservativen haben ein neues Mittel entdeckt, die Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter zu hindern. Als am letzten Sonntag einige Genossen in dem Ort Verneuchen (Landesberg-Soldin) Flugblätter verteilen wollten, wurde ihnen dies von der durch einen Gendarmen repräsentierten hohen Obrigkeit mit der Begründung verboten, daß in Verneuchen die Maul- und Kleinfenche herrsche und deshalb wegen der Ansteckungsgefahr Flugblätter nicht ausgetrogon werden dürften. Als unsere Genossen diese weise Begründung nicht gelten lassen wollten, wurden sie von dem Gendarmen natiert.

Darüber, welchen Inzassen von Verneuchen durch die Flugblätter Gefahr drohen soll, hat der Herr Gendarm sich nicht geäußert — wahrscheinlich nicht den vierbeinigen, sondern den zweibeinigen Ochsen.

Ochsenische Wahlmogelei.

Der Vaterländische Wahlverein Elbing-Marienburger hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der es u. a. heißt:

„Von Wählern unseres Wahlkreises auf dem Lande ist uns mehrfach erklärt worden, daß sie es nicht wagen dürften, ihr Wahlrecht gegen den vom Bund der Landwirte aufgestellten Kandidaten auszuüben. Sie müßten befürchten, deshalb von den Angehörigen dieses Bundes verfolgt und geschädigt zu werden. Wie sie gewöhnt hätten, läme auf jeden Fall heraus. Die Umschlöße, in welche die Wahlzettel zu stecken seien, wären so groß, die Wahlfächer auf dem Lande zumeist so klein, daß selbst durch Schütteln der Urne an der Lage der Stimmzettel nichts verändert würde.“

Auf den Erlaß des Ministers wird von den Staatsbürgern ge-
pflissen

Der Krieg.

Die Kriegslage in Tripolis.

Rom, 13. Dezember. Wie der Agenzia Stefani unter dem 12. d. M. aus Tripolis gemeldet wird, ist die Nacht zum 12. dort völlig ruhig verlaufen. Gestern früh gingen drei Bataillone, eine Eskadron und eine Gebirgsbatterie von Lingara zur Aufklärung in südöstlicher Richtung vor. Sie fanden bei Viedin ein vor kurzem verlassenes arabisches Lager und setzten es in Brand. Die Kolonne marschierte sodann auf der Karawanenstraße nach Garjan etwa 15 Kilometer weiter und ließ dann auf ein anderes Lager, aus dem ungefähr ein Duzend Araber zu feuern begannen, sich aber dann vor der italienischen Vorhut zurückzogen. Auch dieses Lager wurde angezündet. Gestern nachmittag gingen zwei Eskadrons von Tripolis auf Gargarech vor. Hierher jedoch auf keinen Feind. — Ein Flieger fand die Gegend zwischen Pangur und Bireldin fast ganz verlassen. Im Weiterfliegen entdeckte er jenseits Bireldin eine türkische Kavalleriepatrouille und noch weiter vorwärts einige Gruppen türkischer und arabischer Zelte. Man behauptet, daß sich im türkischen Lager ein Mangel an Lebensmitteln, deren Preise sehr gestiegen sind, bemerkbar macht.

Von Benghasi wird gemeldet, daß sich einige Beduinen-trupps vor der italienischen Südostfront gezeigt und einzelne unbedeutende Angriffe auf die Vorposten stattgefunden haben, bei denen die Italiener jedoch keine Verluste erlitten.

Von Derna wird gemeldet, daß Admiral Prestibero dort von Tobruk eingetroffen ist mit der Mitteilung, daß sich bei Tobruk nichts Neues zugezogen habe. Die Verteidigungsstellung befindet sich in vollkommenem Zustande und ist von Infanterie und Artillerie stark besetzt. Flieger konnten wegen zu starken Windes bei Derna keine Erkundungen vornehmen.

Militärische Maßnahmen Italiens.

Mailand, 13. Dezember. Aus Gritzaa wird ein Bataillon Eskaris in Stärke von 1000 Mann nach Tripolis geschickt, das hauptsächlich zur Aufklärung im Gebirge verwendet werden soll, wozu die Eskaris besonders geeignet sind.

Nach der „Perseveranza“ wird die Regierung, um nicht weitere Jahrgänge der Reserve einzuberufen, die Einstellung der Rekruten vorzeitig vorzunehmen. Der Jahrgang 1902 soll bereits im Jahre 1912 und auch der Jahrgang 1903 im November 1912 eingestuft werden.

Belagerungszustand in Mazedonien.

Salonik, 13. Dezember. Da sich die Dynamitentente in bedenklicher Weise mehren, verfügte die Regierung über mehrere Ortschaften Mazedoniens die Verhängung des Belagerungszustandes.

Die Revolution in China.

Eine Mandschu-Verschwörung gegen die Führer der Revolution?

London, 13. Dezember. Der Spezialkorrespondent der Exchange Telegraph Co. in Tientsin berichtet von einer großen Ver-

schwörung, die gegen das Leben der Führer der republikanischen Bewegung gerichtet ist. Etwa 700 bekannte Mandschu hätten sich zu einem Verein zusammengetan unter dem Namen „Die zum Sterben Entschlossenen“. Preise von 10 000 Yd. Ester seien für die Ermordung von Dr. Junghatsin, General Li und verschiedenen anderen hervorragenden Führern ausgesetzt. Auch die Ermordung des Generals Wu-Ku-Chien, die kürzlich großes Aufsehen erregte, ist auf ihr Konto zu setzen. Preise von 3000 Yd. sollen auf die Ermordung von Len-Tien-Wei und für Unterführer der Revolutionsbewegung solche von 1000 Yd. ausgesetzt worden sein. Auf die Leiche von Juanshikai ist die ungeheure Summe von 100 000 Yd. ausgeworfen worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Dezember 1911.

Militärische Gesinnungsschnüffelei.

Einem württembergischen Parteiblatt ist folgendes Geheimzirkular zugegangen:

Der Zivilvorsteher des Erfassungskommission des Aufhebungsbezirks den

O. Weil. **Geheim!**

Bezuglich des nebensamnten Militärschnüffelei erlaube ich um Gefällige Mitteilung, ob derselbe

a) als Führer oder effriger und zielbewußter Vertreter der sozialdemokratischen Bewegung oder

b) unter sozialdemokratischem Einfluß steht und nach seinem Verhalten auch wirklich der sozialdemokratischen Partei angehört;

c) zu den zielbetreffenden führenden Anarchisten oder zu den passiven Anhängern dieser Partei zählt.

Die Besondere der Erfassungskommission des Aufhebungsbezirks

Allem Ansehen nach handelt es sich bei diesem Geheimzirkular um eine Maßnahme für ganz Württemberg. Der preussische Militarismus hat ja schon längst das „liberale“ und fortgeschrittenere Süddeutschland verstoßen. Die Behörden stellen sich dort ebenso in den Dienst der politischen Gesinnungsdiktatur wie in Norddeutschland und pfeifen auf „die Würde des freien Bürgers“.

Kulturkampfpaukerei im sächsischen Landtage.

Dresden, 12. Dezember.

Die Nationalliberalen versetzen es, sich in Positur zu setzen. Der Aufwand an schön klingenden freiheitlichen Phrasen, mit denen sie in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer um sich warfen, steht in so krassem Widerspruch zu ihren Laten, daß man ihre Aufregung über „römische Annäherung“ und dergleichen nur komisch finden kann.

Die nationalliberale Fraktion interpellierte die Regierung, ob sie das sächsische Schulwesen vor den Wirkungen des Modernisteneides schützen wolle und welche Stellung sie gegenüber dem jüngsten päpstlichen Motu proprio einzunehmen gedenke. In einem Lande, das zu 96 Proz. evangelische Bevölkerung und nur einen kleinen Bruchteil Katholiken aufweist, erscheinen solche Fragen recht überflüssig. Aber die Herren Nationalliberalen haben es nötig, Gelegenheiten zu schaffen für solche Reden „zum Fenster hinaus“, denn ihr Fonds an politischem Ansehen ist bei der Masse des Volkes in Sachsen gleich Null. Ein konservativer Redner hatte nicht unrecht, wenn er diese Redner als **Wahlmache** bezeichnete. Bombastisch sprach der nationalliberale Begründer der Interpellation davon, daß „Rom den Frieden gestört“ habe, daß es gelte, den „modernen Rechtsstaat vor solchen Eingriffen zu schützen“, es sei die „weltgeschichtliche Mission Sachsens“, gegen solche „Unbuddsamkeit“ aufzutreten. Und so weiter. Die Freisinnigen wetteiferten in diesem Phrasengeklänge, während sich der erste konservative Redner vorhaltiger ausdrückte, im wesentlichen aber in der Sache mit den Nationalliberalen sich einverstanden erklärte. — Die Antwort der Regierung war in der Form verbindlich, sie ließ aber deutlich erkennen, daß die Fragen und die ganze vorangegangene Rederei bezüglich überflüssig gewesen war. Befürchtungen der fraglichen Art seien in Sachsen nirgends am Plage; mit Ausnahme des Seminars in Veugen gäbe es an den höheren Schulen und Hochschulen Sachsens katholische Lehrer überhaupt nicht (Modernisteneid), und auch im übrigen schätzten die staatsrechtlichen Verhältnisse Sachsens vor katholischem Ueberreifer nach Art des Motu proprio, das auf Deutschland überhaupt nicht angewendet werden könne, da es mit unserem bürgerlichen Recht unvereinbar sei.

Der einzige strenggläubige Katholik der Kammer nahm die ganze Sache von der einzig richtigen Seite, nämlich ironisch. Man solle die Katholiken lieber von der Doppelbesteuerung befreien, statt sie vor dem Papst schützen zu wollen; in seiner Primat vertehren evangelische und katholische Geistliche in voller Harmonie miteinander. Am Schluß apostrophierte er die ganze Aktion treffend mit dem Worte: „Sei nur ruhig, liebes Kind, in dürren Blättern säufelt der Wind“, was einen langen Heiterkeitsthum entsetzte.

Von sozialdemokratischer Seite sprachen zwei Redner, die ganz richtig die nationale Paukerei einen „Entschlungstrammel“ nannten. Sie stellten der katholischen die evangelische Regierung (Holl Jotho usw.) gegenüber und fanden, daß auch der evangelische Kultus alles Mögliche in der Verfeinerung der Sitte leistet. Wir kämpfen nicht nur gegen die römischen, sondern gegen alle Finsternisse, und das Verhältnis, das heute in Deutschland zwischen Kirche und Schule herrsche zeige die ganze Bergehohe Schuld des Liberalismus auf dem Gebiete geistigen Lebens.

Den Herren wurde also die Maske gründlich vom Gesicht gerissen. Als der Regierung Gesinnungsdiktatur auf religiösem Gebiet vorgeworfen wurde, gab es einen Ordnungsruf.

In der weiteren Folge gestalteten sich die Erörterungen oftmals fast dramatisch. Der konservative Abgeordnete Opiß hatte nämlich mit Nachdruck und wohlbeabsichtigter und verständiger Pointe erklärt, daß die Konservativen gegen Zentrum und Militarismus für das Evangelium eintreten, womit er keife Vorwürfe von nationalliberaler Seite abwehren wollte. Es gelte jedoch „mehr dem zu, den inneren Frieden der bürgerlichen Parteien aufrecht zu erhalten“. — Diese Wendung war das Signal zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Nationalliberalen und Konservativen, die sich beide darüber stellten, welche von beiden Parteien dem Zentrum mehr zu seiner ausdialagierenden Stellung im Reiche verdolten habe. Mit einigem Bedauern konnten unsere Genossen still diesem Teil der Debatte folgen, denn — beide bürgerlichen Parteien hatten recht. Der älteste und persönlich angesehenste konservative Abgeordnete der Zweiten Kammer, Geh. Oekonomierat Dr. Hänel, der sich fast nie in solche Debatten mischt, wandte sich mit großer Schärfe gegen die Nationalliberalen, denen er vorwarf, daß die ganze Art ihres Vorgehens eine „Dekonstruktion des Politischen“ bedeute, was großen Beifall machte und lebhafteste Erwidern auf der anderen Seite hervorrief. — Nach persönlichen Bemerkungen schloß die Sitzung in ziemlich erregung. Die nationalliberale Maske kann als gänzlich

mühsam und verpufft bezeichnet werden. Die Konservativen wissen, daß diese „liberalen“ Zümmelinge so oder so in allen entscheidenden Fragen trotzdem eine feste Stütze der konservativen Partei sind. Sie lassen den Stiefel, der sie tritt.

Die Revision des Gemeindevahlrechts in Sachsen.

Mit der Reform der Landgemeindevahlordnung beschäftigte sich heute (Mittwoch) die Zweite Kammer des sächsischen Landtags. Von einer „Reform“ kann freilich im Entwurf der Regierung keine Rede sein, denn er läßt die ganzen Ungerechtigkeiten in bezug auf das Wahlrecht in den Gemeinden bestehen. Die Bevorzugung des Großgrundbesitzes ist besonders auffällig. Den Unansässigen kann nur ein Drittel, höchstens aber die Hälfte der Stimmengewalt werden. Auch ist den Gemeinden, was bisher nicht der Fall war, das Recht eingeräumt, indirekte Steuern zu erheben.

Von sozialdemokratischer Seite beleuchtete Genosse Schulze in einer trefflichen Rede die Reform und kritisierte in großen Zügen, ohne auf Einzelheiten einzugehen, den Gesetzentwurf. Von konservativer und nationalliberaler Seite wurde der Entwurf begrüßt. Die Freistimmigen nahmen eine etwas zweifelhafte Stellung ein. Auch sie erkannten an, daß der Entwurf viele Mängel habe, aber immerhin einige Verbesserungen enthalte. — Der Minister nahm dazu das Wort und wandte sich besonders gegen das allgemeine Wahlrecht zu den Gemeinden, das unumwunden eingeführt werden könne, weil zu verschiedenen Interessen in Frage kämen. Schließlich wurde der Entwurf einer Kommission überwiesen.

Vertrüben zu Land, zu Wasser und in der Luft!

Die auch von uns wiedererlebene Meldung eines liberalen Blattes, daß große Mehraufwendungen für unsere Landarmee vorgezogen seien, die 60 bis 70 Millionen Mark Kosten verursachen würden, wird von den verschiedensten Seiten bestätigt. Auch die „Frankfurter Zig.“ läßt sich von ihrem Korrespondenten melden, daß in maßgebenden Kreisen nicht nur eine Aenderung des Flottengesetzes, sondern auch eine neue Heeresvorlage geplant sei. Besondere Beachtung verdient namentlich ein Artikel der „Österreichischen Zig.“, der zugibt, daß in der Tat beabsichtigt sei, die deutsche Streitmacht zu Wasser und zu Lande erheblich zu verstärken.

Was das Landheer anlangt, so gelte es namentlich, die Maschinengewehrtruppen zu vermehren und einen gründlichen Betrieb und Ausbau der Luftschiffahrt zu organisieren. Auch die zahlenmäßige Stärke des Heeres sei noch zu vermehren. Die Marine könne zwar in den letzten Jahren über stiefmütterliche Behandlung nicht klagen, aber die Freilegung des Flottenbauplans habe doch unter Verhältnissen stattgefunden, die sich seitdem wesentlich geändert hätten. Es bedürfe deshalb ernster sachmännischer Erwägungen, ob eine Aenderung im Rüstungsplan für die Flotte vorzunehmen sei. Das werde sich nicht allein nach technischen Erwägungen beurteilen lassen, sondern man werde auch die allgemeine politische Lage in Betracht ziehen. Im Ausland scheine man zu glauben, daß Deutschland am Ende seiner finanziellen Kraft angekommen sei; dieser Meinung entgegenzutreten, gehöre aber zu dem deutschen politischen Rüstzeug!

Diese Wendungen sind so diplomatisch vorsichtig gehalten, daß man ihre offiziöse Herkunft unschwer erkennt. Aber sie sind zugleich deutlich genug, um erkennen zu lassen, daß auch unsere Rüstungspolitik diesmal aufs Ganze gehen wollen. Nicht um eine vereinzelte Forderung für die Landarmee oder für die Flotte handelt es sich, sondern um das für eine gleichzeitige Vergrößerung zu Lande, zu Wasser und in der Luft! Und nicht nur technische Umstände sollen das Maß des Rüstens diktiert, sondern auch die politische Lage, das heißt die internationale Spannung, die unsere Kriegsheer in der verflochtenen Periode des Marokko ummels selbst geschaffen haben!

Rechnen wir die bisher bereits genannten Ausgaben zusammen, die 60 bis 70 Millionen für die Landarmee, die 17 Millionen für den Luftmilitarismus und die 60 Millionen jährlich für unsere Kriegsslotte, so ergibt sich bereits ein äußerst stattlicher Posten! Die schöne Zeit der „Schuldenfiktionalität“ wird deshalb bald vorüber sein und wiederum dem allgewohnten Zustand der Kumpfwirtschaft Platz machen. Auch neue Steuern werden wieder dem glücklichen Steuerzahler, in erster Linie natürlich der arbeitenden Klasse!

Spätes Dementi.

Das weimarische Hofjagdamt erklärt, an der Geschichte von den vergrabenen Hasen (zur Hochhaltung der Preise) sei kein wahres Wort. Warum hat man sich erst nach den Berliner und Frankfurter Zeitungsartikeln gerichtet und nicht gleich nach der Rede des Genossen Wandert?

Von der preussischen Ausweisungsschmach.

Man schreibt uns: Ein junger russisch-jüdischer Schauspieler namens Eisenberg, der sich nicht das geringste hat zuzuschulden kommen lassen, wurde während des letzten Aufenthaltes des Russenzaren in Friedberg von der zu Liebesdiensten für die Knutenregierung fied bereiten preussischen Polizei ausgewiesen. Dem Opfer des russisch-borussischen Polizeieifers fehlten die Geldmittel, die Bestgrenze zu erreichen, es gelang ihm aber, von Frankfurt a. M. aus nach Berlin zu kommen und dort bis jetzt unbehelligt zu bleiben. Schließlich wurde er aber hier von der Polizei entbeut, die ihm mitteilte, daß er am 13. Dezember nach Rußland abgeschoben werde, wenn er sich dann noch in Berlin aufhielte.

Jetzt wandte sich der unglückliche junge Mann an die Berliner jüdische Gemeinde mit der Bitte, ihm die Summe zu spenden, die für ein Billett nach Antwerpen erforderlich ist. Da gegen Eisenberg keine moralischen, sondern nur rein politische Bedenken vorlagen, wäre es eine selbstverständliche Pflicht dieser reichen jüdischen Gemeinde gewesen, dem armen gebedten Glaubensgenossen das Geld auszuhandigen. Diese Pflicht hat die Gemeinde nicht erfüllt, sie hat den um Hilfe Flehenden abgewiesen mit der Begründung, daß schon etwas Ernstes gegen ihn vorliegen müsse, wenn die preussische Polizei ihn ausweise.

Dank einer Sammlung, die in Literatenkreisen zugunsten des jungen Schauspielers veranstaltet wurde, ist es diesem dann gelungen, das ungasiliche Preußenland rechtzeitig zu verlassen.

Daß die preussische Polizei an ihrer Ausweisungspraxis festhält, ist nicht weiter verwunderlich. Das Verhalten der jüdischen Gemeinde Berlins aber, die einen Glaubensgenossen, der ein gehegtes Opfer der russischen Pogromregierung geworden ist, mitteillos preisgibt, richtet sich selbst.

Königstreuer Terrorismus.

Etwas 15 Mitglieder des Landwehrvereins in Dommigk (Kreis Torgau), die bei der letzten Stadtverordnetenwahl dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme gaben, sind von dem Krieger-

verein aufgefordert worden, schuldigst ihren Austritt anzumelden. Man schrieb ihnen aber weiter noch, falls sie etwa aus Unbesonnenheit, auf Drohung oder aus Furcht vor sozialdemokratischen Drangsalen gehandelt hätten, und Reue empfänden, wollte man sie nochmals in Gnaden als Mitglieder behalten, wenn sie einen Abers unterschreiben würden. Der Abers enthält das Geständnis, daß der Unterschreibende unwissentlich und nicht aus Ueberzeugung gewählt habe, und schließt mit dem kindlichen Versprechen: „In Zukunft werde ich nicht wieder so handeln.“

Interessant ist, daß dieses Terrorismusstückchen gerade in denselben Tagen postiert, in denen der preussische Landesriegerverband an seine Mitglieder Fragebogen versandt, um zu erfragen, wer durch sozialdemokratischen Terrorismus und Boykott geschädigt worden ist, und wer sich dagegen vertritt hat.

Zu den bevorstehenden bayerischen Landtagswahlen.

Der Verkehrsminister hat angeordnet, daß den Beamten der Verkehrsanstalten am 5. Februar anlässlich der bayerischen Landtagswahlen im weitesten Umfange die Möglichkeit zur Ausübung des Wahlrechts gegeben werden soll. Drei Wochen vor den Wahlen sollen möglichst keine Beamtenübertragungen mehr stattfinden, damit die Beamten ihr Wahlrecht nicht verlieren.

Ein Vändlermandat verloren.

Beim zweiten Wahlgang für das Landtagsmandat des württembergischen Kreises Crailsheim siegte der Volksparteiler Schaeffer mit sozialdemokratischer Hilfe über den Kandidaten des Bundes der Landwirte, Lang. Die Agrarier verlieren hier ein Mandat, das sie lange hatten.

Menschenunwürdige Behandlung von Landwehrmännern.

Im Juli dieses Jahres brachte das Bochumer „Volkshaus“ einen Artikel: „Die Behandlung unserer Volksgenossen im bunten Rod“, der einige Vorkommnisse bei der 2. Landwehrkompanie des 7. Brandenburgischen Infanterieregiments, Markgraf Karl Nr. 60, in Weisenburg (Potsd.) behandelte. In dem Artikel hieß es, daß einer Anzahl Landwehrleute aus der Stadt Bochum, die bei der genannten Kompanie eine Übung abgeleistet hatten, dieser Aufenthalt durch das Auftreten des Leutnants Breith und des Feldwebels Kiefchewski arg verleidet worden sei. Die Kosenamen „Idioten“, „Oberochsen“, „Wengel“ und andere mehr seien dem Leutnant sehr geläufig gewesen. Der Feldwebel habe einmal beim Dienst gesagt:

„Merkt, ihr seid so schlapp. Ihr glaubt wohl, es nicht nötig zu haben. Ihr müßt exerzieren, bis ihr umfällt; ihr seid nicht die ersten, die ich um die Ecke gebracht habe!“ — Und weiter: „Wenn ich könnte, wie ich wollte, so schlag' ich euch, daß euch die rote Suppe aus dem Munde läme.“

Bei einer Felddienstaube habe der Major Funk einem Hauptmann zugerufen: „Schleifen Sie die Galunten!“

Ferner wurde, in dem Artikel gesagt, daß die Verpflegung viel zu wünschen übrig gelassen habe. „Als die Mannschaften nach langer nächtlicher Eisenbahnfahrt des Morgens um 7 1/2 Uhr in der Kasernen eintrafen, erhielten sie nicht einmal Kaffee, geschweige denn sonst irgend etwas zur Erfrischung. Verleitetene Mannschaften beklagten sich über das viele Ungeziefer, das in der Kaserne haust.“ Der Artikel schloß mit der Empfehlung an die Militärbehörde, eine eingehende Untersuchung dieser Angelegenheit zu veranlassen.

Diese Untersuchung bestand darin, daß die Militärbehörde gegen den verantwortlichen Redakteur des „Volkshaus“, Genossen Bierensammer, einen Strafantrag stellte, dem die Staatsanwaltschaft bereitwillig Folge gab. Durch den Artikel wollten der Major Funk, der Major Funk, der Leutnant Breith und der Feldwebel Kiefchewski beleidigt sein. Die Bochumer Strafkammer hatte sich infolgedessen am Montag mit der Angelegenheit zu befassen. Zuerst einer Anzahl Offiziere waren 14 Landwehrleute der fraglichen Kompanie geladen.

Die Beweisaufnahme gestaltete sich sehr interessant und beleuchtete in der grellsten Weise die unwürdigen Zustände, die „unser“ heutiges Militärsystem züchtet. Major Funk, der das Landwehrbataillon geführt hatte, erklärte unter seinem Eid, daß er die Worte: „Schleifen Sie die Galunten“ in bezug auf die Landwehrleute ganz bestimmt nicht gebraucht habe. Nach einigem Zögern meinte der Herr Major dann, die Möglichkeit, daß solche Worte gefallen seien, liege allerdings vor, aber sie hätten „höchstens“ den aktiven Mannschaften gegolten. Diese Erklärung wiederholte Major Funk dann noch mehrfach mit großem Nachdruck, als wenn er gewissermaßen damit bekunden wollte, daß eine solche Bezeichnung aktiver Mannschaften eine Selbstverständlichkeit sei.

Leutnant Breith bestritt zunächst, die oben angeführten Schimpfworte gebraucht zu haben. Dann erging sich der junge Herr in großen Klagen über die Interesslosigkeit der Landwehrmänner aus dem Industriegebiet an dem militärischen Drill. Schließlich meinte er, es sei immerhin möglich, daß er im Eifer die Leute einmal etwas schärfer angefaßt habe. Er erinnere sich aber nicht, jemals Schimpfworte wie „Idioten“, „Oberochsen“ und dergleichen gebraucht zu haben.

Der Feldwebel Kiefchewski bestritt ebenfalls zunächst auf das Entschiedenste, die im „Volkshaus“ zitierte Äußerung getan zu haben. Kiefchewski meinte, das sei auch schon deshalb ausgeschlossen, weil er die meist älteren und verheirateten Landwehrmänner schon aus diesen Gründen besonders nachsichtig und anständig behandelt habe. Schließlich erklärte er jedoch, er wolle nicht ganz abstreiten, daß er einmal ein böses Wort gesagt habe, das bringe der Dienst so mit sich.

In der Beweisaufnahme bestätigten dann 10 Zeugen — auf vier Zeugen wurde verzichtet — daß der Artikel des „Volkshaus“ in allen Einzelheiten der Wahrheit entspreche. Die Zeugen bekundeten in voller Uebereinstimmung, daß die Ausdrücke: „Oberochse“, „Idiot“, „Wengel“ und andere dem Leutnant Breith sehr geläufig gewesen seien. Der Leutnant habe auch ungeniert Anspielungen, die sich auf homosexuellem Gebiete bewegten, gemacht.

Die Zeugen bekundeten ferner, daß Major Funk einem Hauptmann zugerufen habe: „Schleifen Sie die Galunten!“ Die gefamten Zeugen bestätigten auch die im „Volkshaus“ wiedergegebene Äußerung des Feldwebels Kiefchewski. Der Feldwebel habe des öfteren gesagt: „Ich haue euch gleich in die Presse, daß euch die rote Suppe aus dem Maul läuft.“

Trotz wiederholten Vorhaltens des Vorliegenden wollten sich Leutnant Breith und der Feldwebel Kiefchewski auch angesichts der Bekundungen der Zeugen nicht erinnern, die fraglichen Äußerungen getan zu haben.

Bezüglich der Verpflegung bestätigten die Zeugen schließlich noch, daß das Essen schlecht gewesen sei, man habe es oft nicht genießen können. Fleisch habe es so gut wie gar nicht gegeben. Durch den Oberzahlmeister des Regiments wurde schließlich noch festgestellt, daß nach den Verpflegungsbestimmungen dem Regiment Mittel für Kaffee für den ersten Morgen nicht zur Verfügung gestanden haben. Den Kaffee hätten sich die Leute selbst aus den gezahlten Reisgebühren (Gänge 1,50 M. für eine 15-tägige Fahrt) besorgen müssen.

Die Beweisaufnahme war so erdrückend, daß selbst der Staatsanwalt erklärte, daß der Wahrheitsbeweis hinsichtlich der Schimpfworte völlig gefahrt sei und eine Bestrafung deswegen nicht erfolgen könne. Beleidigend sei aber die Behauptung, die Verpflegung habe viel zu wünschen übrig gelassen. Der Vertreter der Anklage beantragte deshalb eine Geldstrafe von 300 Mark.

Das Gericht sprach den Angeklagten Genossen Bierensammer frei. In der Urteilsbegründung hieß es: Das Gericht sei überzeugt, daß Major Funk, Leutnant Breith und Feldwebel Kiefchewski die vom „Volkshaus“ wiedergegebenen beleidigenden Äußerungen getan hätten. Insbesondere habe das Gericht auch die Ueberzeugung gewonnen, daß Leutnant Breith und Feldwebel Kiefchewski häufiger beleidigende Ausdrücke gebrauchten. Der Wahrheitsbeweis sei infolgedessen völlig gefahrt worden. Die Kritik über die Verpflegung der Mannschaften enthalte keine Beleidigung. Es sei gelagt, daß die Verpflegung zu wünschen übrig gelassen habe. Diese Auslassung bedeute nur eine subjektive Meinungsäußerung, aber keine beleidigende objektive Kritik. Der Angeklagte habe deshalb freigesprochen werden müssen.

Ob Major Funk, Leutnant Breith und Feldwebel Kiefchewski nunmehr wegen der Beleidigungen zur Rechenschaft gezogen werden?

Im Spionageprozeß Schulz und Genossen.

verklündete heute gegen 2 Uhr Senatpräsident Dr. Menge das Urteil. Schiffhändler Schulz erhielt 7 Jahre Zuchthaus, Ingenieur Hipfisch 12 Jahre Zuchthaus, Ingenieur Wulff 2 Jahre Zuchthaus, Kaufmann v. Raab und Wirtschaftlerin Edermann je 8 Jahre Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden Schulz und Hipfisch auf 10, den anderen Angeklagten auf 5 Jahre aberkannt. Gegen alle wurde auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt. Bei Schulz wurden 6, bei den anderen 4 Monate Untersuchungshaft angedroht.

Ganze Arbeit im Strafrecht.

Die „Post“ teilt mit, daß die (von hurratriotischer und militärischer Seite geforderte) Aenderung des Spionagegesetzes nicht vor der allgemeinen Strafrechtsreform gemacht werden soll. „Es besteht an zutreffender Stelle die Absicht, vor der allgemeinen Reform keine Stückarbeit, sondern mit einem Male die ganze Arbeit zu machen.“ — Die Wähler werden, nach der Zuchthausgesetz-Änderung der sächsischen Regierung, gut daran tun, einen Reichstag zu bilden, der keine Klassen- oder Parteifürsitz will. Die „Kreuzzeitung“ erwartet schon, daß das Zentrum sich nicht unbedingt ablenkend verhalten werde.

Am 12. Januar wird unser Strafrecht auf Jahrzehnte hinaus bestimmt.

Die persische Krise.

Teheran, 13. Dezember. Da das Medschlis Schuster's Entlassung von vornherein ablehnt, weigern sich die Minister überhaupt, ihr Amt anzunehmen. Persien ist also eigentlich seit Wochen ohne Regierung. Die Russen sollen von Kaswin nach Teheran unterwegs sein. Die Erregung des Volkes nimmt zu, auch sind wieder alle Schulen geschlossen. Persien hat keinen einzigen Mann von Tatkraft und Fähigkeit, alles ist energielos und macht nur Worte. Allerdings ist dieses passive Verhalten für Rußland unangenehm, da es nun etwas tun und seine Karten aufdecken muß, was doch vielleicht England heilhörig macht. Die Perser hoffen immer noch darauf.

Wie ein Petersburger Telegramm meldet, erklärt die offiziöse „Rossija“, Rußland beabsichtige keineswegs, Persien den früheren Schah aufzudrängen, sondern überlasse ihm seinen eigenen Kräften und werde ihm die Anerkennung verweigern, es sei denn, daß Rußland darüber mit England ein besonderes Abkommen treffe. Weiter schreibt die „Rossija“: „Die russischen Truppen, die sich jetzt in Kaswin konzentrieren, rücken erst nach acht Tagen weiter vor, falls nicht außerordentliche Ereignisse den russischen Befehlnden zwingen, sie früher nach Teheran zu beordern. Rußland hat nicht die geringste Absicht, die Unteilbarkeit und Unabhängigkeit Persiens zu verletzen. Sobald die Forderungen Rußlands erfüllt sind, wird ein weiteres Verweilen der russischen Truppen in Kaswin überflüssig, falls nicht Angriffe auf Rußen, ernstere Unruhen oder andere Verwickelungen erfolgen. Die Grundlage der russischen Politik in Persien muß nach wie vor das volle Einvernehmen und Zusammenwirken mit England auf der Grundlage der Prinzipien des englisch-russischen Abkommens vom Jahre 1907 bleiben.“

Oesterreich.

Der Kampf um die italienische Fakultät.

Wien, 13. Dezember. Das Abgeordnetenhaus hat mit 238 gegen 100 Stimmen beschlossen, in die Spezialdebatte des Budgetprovisoriums einzutreten. Die Italiener, denen die verbrochene Unversität noch immer nicht gewährt ist, begannen mit der Obstruktion. Der Abgeordnete Ugatto, der als erster Kontrahent in der Spezialdebatte des Budgetprovisoriums das Wort ergriff, sprach seit Mittag in italienischer Sprache. Um 4 Uhr verlangte er eine Pause von zehn Minuten und legte dann seine Rede fort. Die Parteien unterhandelten unterdessen über die Beilegung der Angelegenheit. Schließlich wurde den Italienern zugesichert, daß morgen vormittag der Budgetausschuß zur Fortsetzung der Verhandlung über die italienische Fakultätsfrage einberufen werden wird. Ugatto beendete seine Rede um 4 1/2 Uhr und damit war die Obstruktion beendet.

Zu der Wahl in dem tschechischen Städtewahlbezirk Kremier, wo die Separatisten in der am 13. Dezember stattgefundenen Stichwahl für den Kandidaten der „fortschrittlichen Volkspartei“ Botruba eintraten, wird uns von separatistischer Seite mitgeteilt, daß der Brief, in dem Herr Botruba einen literalen Borsar um seine Unterstützung angebetelt haben soll, erdichtet sei. Es handle sich um ein literales Wabmanöver. Das Eintreten für Botruba sei deshalb geboten, weil sonst der Vater Gramel, ein Hauptorganisator des mährisch-tschechischen Merkantilismus gewählt würde.

Frankreich.

Die Verhandlungen mit Spanien.

Paris, 13. Dezember. Der französische Vorkonfer in Madrid hat über die spanische Antwort auf den Vorschlag Frankreichs eine lange Depesche an das Ministerium des Aeußern gerichtet, die im gestrigen Ministerrat erörtert wurde. Doch wird über die Verhandlungen das strengste Stillschweigen bewahrt. Man beschränkte sich auf die Versicherung, daß die Verhandlungen einen regelmäßigen Fortgang nähmen. Diese Verhandlungen beziehen sich auf drei Punkte: erstens die Entschädigung, die Frankreich in der Sus-Zone erhalten soll, zweitens das künftige Regime und drittens die Rechtsverhältnisse der Bahn von Tanger nach Ussor. Was das Gharb-Gebiet anlangt, so scheint gegenwärtig jede Erörterung darüber, daß Spanien Larraoch oder Ussor behalten soll, ausgeschlossen zu sein.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf in der Berliner Damenkonfektion beendet.

Am gestrigen Tage fand man an den Aufschlagäulen ein Plakat, in dem mitgeteilt wurde, daß der Streik in der Damenkonfektion beendet sei. Es war unterzeichnet vom Zentralverband der Meister und Werkstätteninhaber der Mädchen- und Damenmäntelkonfektion, jener Arbeitswilligenorganisation, die sich angemahnt hat, einen Kampf aufzuheben, an dem ihre Leute gar nicht beteiligt waren. Wenn die Konfektionäre, die ja die eigentlichen Macher der Sache sind, glaubten, sie könnten damit dem Streik ein schmäliches Ende bereiten, so daß die Streikenden gestern schon in Massen nach Arbeit gelaufen wären und sich nicht mehr um ihre den Kampf führenden Organisationen kümmern, so haben sie sich gründlich geirrt. Die Massen der organisierten Meister, Arbeitnehmer und Heimarbeiterinnen der Damenkonfektion hatten sich gestern nachmittags in Kellers Neuer Philharmonie versammelt, das heißt, soweit der große Saal mit den Galerien und der Bühne Stehplätze bot, denn es war ein großer Teil, der wieder abziehen mußte, weil es durchaus nicht mehr möglich war, Einlaß zu finden.

Herr Drews, der Vorsitzende der Meister, berichtete über die Lage. Die Besprechung mit dem Vorsitzenden des Einigungsamtes mußte ergebnislos verlaufen, da man es auf Seiten der Streikenden nicht für irgendwelche zweckmäßig erachtete, eine Einigung mit den Konfektionären und dem gelben Meisterverband anzustreben und auf andere Weise Verhandlungen ausgeschlossen erschienen. Die Versammlung der Arbeitswilligen am Montag war, erklärte der Redner, zum großen Teile von Leuten besucht, die mit den Konfektionären gar nicht in dauernder Geschäftsverbindung stehen und nur vorübergehend in der Konfektion arbeiten. Gleichwohl hat die Veröffentlichung im „Berliner Tageblatt“ und „Lokal-Anzeiger“ manche Streikende irreführt. Infolge des Vorgehens jener Leute war es nicht möglich, den Kampf jetzt zu einem guten Ende zu führen. Deshalb sind die vereinigten Kommissionen zu dem Entschluß gekommen, den Kampf als ergebnislos abzubrechen, und zwar ohne irgend welchen Anspruch auf die Almosen zu erheben, die die Konfektionäre jetzt vielleicht zu geben bereit sind, oder mit dem gelben Verband vereinbaren. Wir wollen den ganzen Kampf vorläufig als ein Manöver betrachten und ihn zur gegebenen Zeit wieder aufnehmen. Wir sind vorerst der Macht des Kapitals und dem Verrat unterlegen; aber darauf können sich die Herren Konfektionäre verlassen, daß der Friede in der Damenkonfektion nicht gesichert ist. Wenn die Zeit gekommen ist, werden die vereinigten Kommissionen über die erforderlichen Schritte beraten, und da wird es den Konfektionären vielleicht noch weit ungeliebter kommen als diesmal. Nun gibt es, auch für die Zukunft einmütig zusammenzuhalten, auf Seiten der Arbeiter und Arbeiterinnen sowohl wie auf der der Meister, und gegenseitig für die Stärkung der Organisationen zu sorgen.

Im gleichen Sinne äußerten sich Kunze vom Schneiderverband sowie Fraulien Behm vom Gewerksverein der Heimarbeiterinnen.

Hebrigens hatte man Dienstag nachmittags versucht, die Vertreterin dieses Gewerksvereins zu den Verhandlungen zwischen dem Gelben und den Konfektionären hinzuzuziehen, was aber gänzlich mißlang. Die Konfektionäre und ihre arbeitswilligen Meister hatten offenbar ein Interesse daran, den Schein zu wahren oder zu erwecken, daß die Lage der Heimarbeiterinnen gebessert werde; aber dieser Versuch ist also auch mißlungen. Die drei Organisationen haben in den drei Wochen dieses Kampfes einmütig und freu zusammengestanden und der ganze Verlauf der gestrigen Versammlung läßt darauf schließen, daß diese Einmütigkeit auch für die folgenden Kämpfe, die sicher nicht ausbleiben werden, anhalten wird. — Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die heute, den 18. Dezember 1911 in Kellers Neue Philharmonie versammelten Streikenden beschließen nach Kenntnisnahme des Berichts ihrer Vertreter:

Der Streik wird ergebnislos abgebrochen.
Die Arbeit wird unter Ablehnung aller seitens der Fabrikanten gemachten Vorschläge zu den alten Bedingungen aufgenommen.

Einwige Vereinbarungen der Fabrikanten mit dem gelben Verband werden die Streikenden nicht beachten, da die Rechte der Heimarbeiterinnen in keiner Weise zu wahren versucht wurden.

Die Versammlung stellt fest, daß es den Fabrikanten gelungen ist, sich den Rechten zu erwehren, in Gemeinschaft mit Ausbeutern des Glanzes in der Heimarbeit, den anständigen Teil der Meister, der den Heimarbeiterinnen zu ihrem Rechte verhelfen wollte und die Heimarbeiterinnen selbst in diesem Kampfe niederzuringen. Diesen Sieg haben die Fabrikanten nicht mit ehrlichen Mitteln errungen. Sie haben die Wahrheit auf den Kopf gestellt, weil die Vertreter der Streikenden ehrlich deren Interessen vertreten haben.

Einmütig erklären die Versammelten:
In der Berliner Damenkonfektion wird erst dann Friede eintreten, wenn ein Tarif eingeführt ist.

Die Versammelten verpflichten sich, alle Maßnahmen, welche zu diesem Zweck unternommen werden, tatkräftig zu unterstützen. Alle in dieser Hinsicht erforderlichen Schritte sollen von der bestehenden vereinigten Kommission unternommen werden.

In die Versammlung hatten sich übrigens wieder einmal einige Kriminalbeamte eingeschlichen, die dann nach energischer Aufforderung den Saal verließen. Eine ziemlich Unruhe entstand auch, als bekannt wurde, daß der Berichterstatter des „Berl. Tageb.“ anwesend sei, dem man, ob zu Recht oder zu Unrecht, die Schuld an der Schwindelnotiz über die Beendigung des Streiks beimah. Das Bureau sorgte jedoch dafür, daß dem Vertreter der Presse die Ausübung seines Amtes ermöglicht wurde, wie man überhaupt während des ganzen Streiks die Vertreter der Presse in keiner Weise behindert hat, an den Versammlungen teilzunehmen.

Ein gewisser F. Krohn, Kottbuser-Allee 70, sendet uns unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes folgende Zuschrift:

„In der am 11. Dezember d. J. in den Arminalhallen stattgehabten Versammlung arbeitswilliger Meister der Damenkonfektion stimmten von etwa 1300 anwesenden Meistern 1250 für Aufhebung des Streiks und nur etwa 50 dagegen. Die Anzahl der Versammlungsbesucher wurde durch von uns genau geführte Kontrolllisten und nummerierte Einlaßkarten auf 1300 Personen ermittelt.“

Konfektionären und deren Angestellten war der Eintritt untersagt und durch die scharfe Kontrolle zur Unmöglichkeit gemacht. Die Eingeladenen waren durchweg selbständige Meister und Werkstätteninhaber.“

Wir können nicht nachprüfen, ob die Angaben des Herrn Krohn den Tatsachen entsprechen. Die Herren hätten sich vor Parantw. Redakteur: Hilbert Woch, Berlin. Inseratenteil vergütet.

irrtümlicher Berichterstattung an die einfachste Weise schätzen können, wenn sie den Vertretern der Presse Zugang gewährten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bauarbeiter! Bei Streiks und Ausperrungen großer Industriegruppen wendet sich auch stets diesen das Interesse der ganzen Arbeiterschaft zu, wie eben den Metallarbeitern, worüber die Bewegungen kleinerer Gruppen ganz unbeachtet bleiben, abgesehen von der Beachtung wert erscheinen. So ist es gegenwärtig im Berliner Isolier- und Rohmaterialgewerbe.

In diesem Gewerbe handelt es sich größtenteils um Unternehmungen, die, da sie im Besitze der Fundstellen des Arbeitsmaterials sind, in unserem Falle der Aeselskuhr, eine gewisse Monopolstellung im Gewerbe einnehmen. Hierdurch erklärt es sich, daß in dem Gewerbe Unternehmungen überwiegen, die in den verschiedensten Städten Deutschlands Zweiggeschäfte haben.

Die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Zweiggeschäften sind nun äußerst verschiedenartig und geben zu vielen Ausstellungen Anlaß. In diesem Jahre kam es in den Leipziger und Breslauer Geschäften der Firma Rheinhold u. Co. zu Differenzen und wurde von den übrigen Filialen schließlich nach längerem Bestehen der Differenzen versucht, die Arbeiten durch ihre Arbeitskräfte fertigzustellen. Dem widerstehen sich die Isolierer und, um der Firma jede Möglichkeit hierzu zu nehmen, wurde die Firma in ganz Deutschland gesperrt und ihr die Arbeitskräfte entzogen. Schließlich wurden die Isolierer noch bei einer anderen Berliner Firma, P. Krause, ausständig und erfolgte nun die Ausperrung aller organisierten Isolierer, die durch den Zentralverband der Isolierfirmen Deutschlands dekretiert wurde.

Die Berliner Firmen folgten dem Beschlusse nur sehr ungern, da sie in voller Arbeit stecken. Für die Arbeiter veränderte sich die Situation insofern, als sie sich mit Recht sagten, daß eine Regelung der Arbeitsbedingungen versucht werden müsse, und wurde der Streik beschlossen, um den völlig anarchischen Zuständen ein Ende zu machen. Und zwar wurde beschlossen, die Arbeit bei allen Mitgliedern der Unternehmerorganisation niederzulegen.

Der Beschlusse ist von den beteiligten Isolierern mit großer Begeisterung gefaßt worden und werden die Unternehmer an der Einmütigkeit, mit der selbst die außerhalb Berlins tätigen Arbeiter denselben nachahmen, erkennen, wie ernst es diesen mit ihrer Forderung ist, endlich vernünftige Arbeitsbedingungen bei allen Firmen an Stelle der jetzt üblichen Arbeitsordnungen zu schaffen und die bestehenden Differenzen bei der Firma Rheinhold u. Co. beizulegen. Dabei stehen die Arbeiter gar nicht an, zu erklären, daß sie gegenwärtig lediglich eine Festlegung der gezahlten Löhne erstreben.

Der Geist ist bei den Ausgesperrten gut; sie wissen, daß hinter ihnen der Deutsche Bauarbeiterverband mit seinen Mitteln steht, und sie darum Befürchtungen irgendwelcher Art nicht zu haben brauchen.

Andererseits bei den Unternehmern. Für einen Teil, besonders der kleineren Unternehmer, die das Material erst von den großen Geschäften beziehen müssen, kann die Ausperrung recht unangenehme Folgen haben, da die dem Zentralverband der Isolierfirmen nicht angeschlossenen Firmen, bei denen weitergearbeitet wird, diese Zeit dazu benutzen, alle Arbeiten an sich zu ziehen.

Steht uns die Arbeiterschaft in diesem Kampfe bei, dann muß der Sieg unser sein.

Wir ersuchen alle Bauarbeiter, Rohrleger, Maschinen- und Heizungsmonteure, uns soviel als möglich zu unterstützen, indem sie uns Kenntnis von etwaigen Streikbrechern geben.

Ausperrt haben und sind deshalb gesperrt außer Rheinhold u. Co.: Berliner Isolierwerke, William Huber in Berlin-Friedenau, Grünzweig u. Hartmann, G. m. b. H., Berlin, A. Gaade u. Co., Berlin, Horn u. Taube, Berlin, Wilh. Kempfen sen., G. m. b. H., Berlin, Märkische Isolierfabrik, G. m. b. H., Berlin, Derigen u. Schulte, G. m. b. H., Berlin, Jos. Oettershagen, Berlin, Rich. Stumpf, Berlin, und J. Zaegener, Berlin, und P. Krause.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes
Speißberg Berlin.

Arbeiterausschüsse in den englischen Gaswerken.

Im vorigen Jahre hatten die Mitglieder der damals in den Betrieben der Imperial Continental Gas-Association bestehenden Arbeiterausschüsse ihre Mandate niedergelegt, weil die Direktion die Aufschubanträge auf Lohnregulierung nicht beachtete. Renunzierten sich die Direktion nicht vornehmen, so daß bis jetzt überhaupt keine Arbeiterausschüsse in den Werken der I. C. G. A. bestehen. Ende Oktober d. J. beauftragten die Arbeiter ihre Organisation, den Verband der Staats- und Gemeindefabrikanten bei der Direktion die Wiedereinsetzung von Arbeiterausschüssen zu beantragen und ein von den Arbeitern beschlossenes Regulativ einzureichen. Die Direktion hat darauf geantwortet, sie werde zu der Frage der Arbeiterausschüsse Stellung nehmen, wenn ihre Arbeiter mit einem entsprechenden Antrage an sie herantraten. — Das heißt also, die Direktion will nicht mit dem Verbands, sondern mit den Arbeitern selbst über diese Angelegenheit verhandeln. — Die Vertrauensmänner der Arbeiter haben den Beschluß gefaßt, dem Wunsch der Direktion nachzugeben, damit endlich wieder Arbeiterausschüsse eingesetzt werden. — Am Dienstag fanden Versammlungen der bei der I. C. G. A. beschäftigten Arbeiter und Handwerker in Berlin, Schöneberg, Mariendorf und Ober-Schöneweide statt, welche zu dieser Angelegenheit Stellung nahmen. Die Versammlungen erklärten, daß von der Ortsverwaltung des Verbandes der Direktion überhandte Regulativ im Auftrage der bei der I. C. G. A. beschäftigten Arbeiterschaft eingereicht sei. Um aber dem Wunsch der Direktion zu entsprechen, beauftragten die Versammlungen eine aus sieben in den verschiedenen Abteilungen des Betriebes tätigen Personen bestehende Kommission, das Regulativ nochmals der Verwaltung der I. C. G. A. zu unterbreiten. Eine Änderung soll das Regulativ insofern erfahren, als auch den Gasautomatenkassierern Sitz und Stimme im Ausschusse der Augenbetriebe zu gewähren ist.

Zur Zigarrenarbeiterbewegung in Groß-Berlin.

Obgleich die Zahl der Firmen, die den Tarif bewilligten, noch immer amwächst, sei doch hier der Tatsache Erwähnung getan, daß eine ziemlich Anzahl Firmen befehlungsachtet es bis heute noch nicht der Mühe wert gehalten haben, sich in Tarif- und Lohnfragen zu äußern. Einzelne Firmen, wie Kapuhn und Sonnabend, Alexanderstraße, haben es strikte abgelehnt, mit der Organisation zu verhandeln. Andere wiederum, wie Blauzod, Gärtner, Hummelburg, Sonntagstr. 3, Parst, Schillingstraße, Wiegand, Lohdener Str. 13, und Krumhauer, Neue Höhestr. 6, haben es vorgezogen, überhaupt nicht zu antworten. Sie halten dies wahrscheinlich für das einfachste Mittel, einer direkten Stellungnahme auszuweichen. Sie vergessen nur, daß inzwischen die Öffentlichkeit Stellung genommen hat zu ihrer Haltung und dies auch fernher tun wird.

Weihnachten steht vor der Tür und man untrübt und umschmeichelt das Publikum und preist ihm seine Fabrikate an. Das Randerpublikum aber wird wissen, was es zu tun hat. Eine Anzahl kleiner Firmen stehen ebenfalls noch aus, auch mit ihnen wird man sich noch zu beschäftigen haben.

Parteienoffnen, Raucher! Kauf nur dort Euren Weihnachtsbedarf, wo man den bescheidenen Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen.

Frägt nach den grünen Plakaten, unterschrieben Alwin Schulze. Beachtet die Veröffentlichungen im „Vorwärts“!

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Deutsches Reich.

Siegreicher Formereistreik in Königsberg.

Königsberg i. Pr., 18. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die infolge des Formereistreiks in der Union-Werkerei am 2. Dezember verfallene Ausperrung des übrigen Betriebspersonals ist

Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

heute seitens der Direktion im vollen Ausmaße wieder aufgehoben worden. Die durch den Formereistreik herbeigeführten Differenzpunkte wurden durch die Direktion fast ohne Ausnahme zugunsten der Arbeiterschaft beseitigt. Vogel wurde sofort entlassen. Die Arbeit wird am Donnerstag in allen Abteilungen des Betriebes wieder aufgenommen.

Ueber die Verhandlungen in der Tabakindustrie.

wird uns aus Minden i. Westf. gemeldet: Die partiellen Verhandlungen in den Differenzbetrieben in Hlotho i. Westf. und in Lemgo in Lippe, die unter der Leitung des Landrats von Borries und des Oberbürgermeisters Söland geführt werden, haben bis heute für die Arbeiter noch kein zufriedenstellendes Resultat gezeitigt. Die Angebote der in Frage kommenden Fabrikanten sind lächerlich gering. Es wird versucht, die Verhandlungen fortzuführen, um eine Einigung zu erzielen. Ebenso wird versucht, Verhandlungen bei den fünf Firmen einzuleiten, bei denen die Arbeiter vor Ausbruch der Ausperrungen Forderungen eingereicht hatten. Diese Verhandlungen leitet Landrat von Borries.

Der Schuhmacherstreik in Schwenningen a. N., der bereits acht Wochen währt, dauert unverändert fort. Unterhandlungen sind abermals gecheitert, da die Fabrikanten keinerlei Zugeständnisse machen, im Gegenteil noch mit Verschlechterungen launen. Charakteristisch ist die von den Fabrikanten gemachte Mitteilung, daß sie vereinbart hätten, keinen streikenden Arbeiter einzustellen, auch dann nicht, wenn der Kampf beendet sei und der frühere Unternehmer den betreffenden Arbeiter gar nicht mehr benötigte. Das ist Ausbeutungstaktik und Terrorismus schlimmster Art. Zugang ist von Schwenningen streng fernzuhalten.

Der Streik in der Schuhfabrik H. Dinkelader zu Sindelfingen dauert bereits sechs Wochen und geht ebenfalls unverändert weiter. Die Firma verspricht, unterhandeln zu wollen, wenn ein von ihr gestellter besonderer Wunsch erfüllt wurde. Als dies geschehen war, kam sie mit neuen unerfüllbaren Bedingungen (Nahregelungen schlimmster Art), woran die Unterhandlungen scheiterten. Welche sonderbare Auffassung diese Firma von den wirtschaftlichen Kämpfen hat, geht daraus hervor, daß sie an die Streikenden allen Ernstes die Zumutung stellte, sie sollen die Streikposten zurückziehen.

Ausland.

Tariffbewegung im norwegischen Chemigraphiegewerbe.

Im Chemigraphiegewerbe Norwegens wäre es beinahe zu einem schweren Kampfe gekommen, jedoch hat durch Verhandlungen in letzter Stunde noch eine Einigung stattgefunden. Die Gehilfenforderungen wurden zum größten Teil bewilligt. Die Lehrlingskala und verschiedene andere Punkte wurden bedeutend verbessert, und auch das Hilfspersonal ist in die Tarifgemeinschaft mit aufgenommen, was bisher nicht der Fall war. Der Norwegische Lithographenbund nimmt seit 1. Juli d. J. auch Hilfsarbeiter als Mitglieder auf. Der Prinzipalverein mußte, weil er Mitglied im Norwegischen Arbeitgeberverband ist, diesem den Tarif vorlegen. Und trotzdem dieser Tarif mit den Statuten des Norwegischen Arbeitgeberverbandes nicht übereinstimmte, wurde derselbe doch anerkannt. Laut Statuten dieses Arbeitgeberverbandes soll die Lehrlingskala nicht im Tarif stehen, da diese Frage Privatsache der Prinzipale wäre. Diese Bestimmung trieb im Jahre 1906 die Chemigraphischen Arbeiter in einen 20wöchigen Streik, dann erst gab der Arbeitgeberverband nach; diesmal waren die Herren entgegenkommender, die Lehrlingskala wurde sofort anerkannt. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden; bei durchgehender (englischer) Arbeitszeit werden die Spritzenpausen zur Arbeitszeit gerechnet. Für Hilfsarbeiter beträgt die Arbeitszeit egl. Pausen 48 Stunden wöchentlich bei englischer Arbeitszeit, bei anderer Arbeitszeit 51 Stunden pro Woche (bisher 54 Stunden und darüber). Der Mindestlohn beträgt für Chemigraphen 24 Kronen (20,88 M.), für Hilfsarbeiter über 20 Jahre 20 Kronen (22,40 M.). Ueberstunden zu 1/2 Tag: Für die ersten acht Ueberstunden im der Woche werden 25 Proz., von der neunten bis sechszehnten Ueberstunde wochentags 50 Proz., dann 100 Proz., Sonnabends und Sonntags 100 Proz. Aufschlag bezahlt. Das Arbeiten an Feiertagen ist verboten. Lehrlingsfrage: Bei 1 bis 3 Gehilfen darf ein Lehrling gehalten werden, bei 4 bis 6 Gehilfen zwei, bei 7 bis 9 Gehilfen drei und bei 10 bis 15 Gehilfen können vier Lehrlinge ausgebildet werden. Vom ersten bis zum letzten Lehrjahre erhält der Lehrling eine wöchentliche Entschädigung von 4 Kronen ab steigend bis 16 Kronen. Die Feiertage werden bezahlt. Ferien: Jeder Arbeiter, welcher mindestens 1/2 Jahr in der Anstalt beschäftigt ist, erhält 6 Tage Sommerferien mit voller Bezahlung. Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage, Kontrakte sind nicht zugelassen. Von den allgemeinen Bestimmungen ist hervorzuheben, daß jede Anstalt, welche vorliegenden Tarif anerkannt hat, verpflichtet ist, nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Die Gehilfen, die Mitglieder in der Gehilfenorganisation sind (Norwegischer Lithographenverband) verpflichten sich, nur in solchen Anstalten zu arbeiten, welche Mitglieder des Prinzipalvereins sind. — Wo die Verhältnisse besser sind, als im Tarif bestimmt, bleiben dieselben weiter bestehen. Dieser Tarif hat Gültigkeit bis zum 30. September 1916; wird er nicht drei Monate vor Ablauf gelündigt, dann gilt er jeweils ein Jahr weiter.

Letzte Nachrichten.

Die französisch-spanischen Verhandlungen.

Madrid, 18. Dezember. „Imparcial“ erklärt in einer anscheinend offiziellen Note, er könne versichern, daß die französisch-spanischen Verhandlungen, die einen durchaus herzlichen Charakter trügen, ein befriedigendes Ergebnis erwarten lassen. Schon jetzt könne man annehmen, daß Spanien weder Parrosch noch Eissar ausgeben werde. (Siehe auch unter Frankreich.)

Friedensverhandlungen in China.

Frankfurt a. M., 18. Dezember. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Hankau: Tangschaochi hatte hier eine Unterredung mit dem Führer der Russischen, Liuenhung. Er wird morgen zu Friedensverhandlungen nach Schanghai abreisen. Der Friede auf Grund der monarchischen Verfassung erscheint gesichert.

Folgen schwere Benzinexplosion.

Saargemünd (Lothringen), 18. Dezember. (W. T. B.) Heute nachmittags erfolgte im Hause des Eisenwarenhändlers Geauich eine gewaltige Benzinexplosion, die den Laden zertrümmerte. Das Haus ist ausgebrannt. Zwei Angestellte des Geschäfts und ein 50jähriger Mann werden vermisst. Man nimmt an, daß sie unter den Trümmern liegen. Ein Angestellter des Geschäfts, der ebenfalls verschüttet wurde, wurde von der Feuerwehr noch lebend hervorgezogen. Mehrere Personen haben schwere, jedoch nicht lebensgefährliche Verletzungen davongetragen.

Wieder ein Todesopfer der Aviatik.

Melun, 18. Dezember. Leutnant Lantheume von der Kolonialinfanterie verunglückte, als er nach Vollendung eines Fluges von Etampes aus hier landen wollte, und starb bald darauf.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein (z. R. W. = „zur Reichstagswahl“):
Am 2. Köln Reg. 20.—, 3. Camlsatt-Ludwigsburg I. Du. 888,87, Ober-Barnim I. Du. 138,62, Mansfelder Kreise I. Du. 97,14, Rostock, 5. medl. Kreis I. Du. 478,88, Ostpreignitz I. Du. 5,44, 4. Flauen, 23. jährl. Wahlk. I. Du. 809,25, Sorau-Först I. Du. 397,30, Mühlhauzen-Langemalja I. Du. 181,74, 7. Falkenberg D.-S. u. 2. 3.—, Berlin, Ueberich, einer Kranzsp. v. d. Roll. d. Fa. Franz Wigandter, Kaiserin-Augusta-Allee 5 170, 2. bad. Kreis 90,58, Bez. Oberlangensielau, 6 Wahlkreise I. Du. (Glatz-Gabelschwerdt 7,60, Waldenburg 487,70, Reichensbach-Neurode 311,34, Girsberg 155,01, Landesht. - Jauer 184,10 und 72.— v. d. vort. Quartal Schweidnitz-Striegau 415,89) Sa. 1583,64, Stendal - Osterburg I. Du. 234.—, Berlin, Roll. d. Fa. Schwidlinski, Pringensstr., z. R. 23. 10.—, 9. Berlin W. 50 R. 2. 10.—, Drossen, Ost- und Weststernberg I. Du. 65,60, Darmstadt-Gr.-Geran I. Du. 503,04, 8. schles.-holst. Kreis I. Du. 240,92, 21. jährl. Kreis a. Kont. I. Du. 400.—, Jericho I u. II I. Du. 740,22, Reuß-Gravenbroich I. Du. 84,93, Arnberg-Elpe-Neise I. Du. 19,78, 10. Altema-Gierlohn I. Du. 149,92, Oldenburg-Stadt I. Du. 232,38, 13. württ. Kreis. 25,56, 11. Rheinbach-Dorn, Rest v. I. Du. —, 82. Offenburg-Regl. I. Du. 74,46, 13. Stiel, 7. schles.-holst. Kreis I. Du. 2903,75, Berlin, E. Str. 3.—, Hensburg, 1. u. 2. schles.-holst. Kr. I. Du. 413,14, Sonneberg-Saalfeld I. Du. 233,13, Bremerhaven und 19. hann. Kreis I. Du. 688,40, Karlsruhe-Bruchsal I. Du. 865,11, Schöpheim-Waldshut 3. bad. Kreis I. Du. 46.—, 14. Berlin, Kranzüberich, vom Fabrikarb.-Verb. Bez. Weihensee 12,50, v. d. Mügl. d. Wagenbauerl. Bez. 10. z. R. 23. 25.—, 15. Berlin Dr. 2. R. 100.—, Sechserl. d. Fa. Wegel u. Co. z. R. 23. 10.—, Sechserl. d. Möbelab. Eiche-Vorhängerstr. 29 z. R. 23. 10.—, Göppingen 10. württ. Kreis I. Du. 408,74, Stuttgart 1. württ. Kreis I. Du. 1962,28, 16. Altkirch-Tham Rest v. I. Du. 4,96, 17. württ. Kreis I. Du. 34,80, 3. medl. Kreis I. Du. 60.—, 17. Hamm-Sieft I. Du. 316,08, Raupheim 15. württ. Kreis I. Du. 4,42, Heiligenstadt-Worbis I. Du. 3,96, Berlin, Roll. d. Fa. Duse Vierproz., 2 u. 3. Rate z. R. 23. 21,25, 18. Trautheim 12. württ. Kreis I. Du. 15,78, Leipzig 12. jährl. Kreis a. Kont. 500.—, 20. Bezirk München, 20. Kreis I. Du. (München I u. II. 8361,25, Nidach 135.—, Ingolstadt 48.—, Wasserburg 13,20, Weilheim 92,40, Hofenheim 209,62, Traunstein 65,52, Landshtut 87,18, Straubing 24,48, Passau 22,74, Pfarrkirchen 16,74, Deggendorf 13,88, Regensburg 8,62, Augsburg 274,68, Donauwörth 18.—, Dillingen 16,02, Nertissen 38,64, Kaufbeuren 20,94, Immenstadt 109,74, Regensburg 95,90) Sa. 4675,45, Mansfelder Kreis I. Du. Rest 97,14, Berlin, Rängel 30.—, Vierproz. v. d. Arb. der Georg-Brauerischen Eisengießerei Abt. II Alt-Stralau z. R. 23. 20.—, Majstatt 8. bad. Kreis I. Du. 38,22, Forzheim-Durach 9. bad. Kreis I. Du. 287,54, Oberelbessen 9. Kreis I. Du. (Groß-Strelitz-Rosel 6.—, Gleiwitz-Lublinitz 20,02, Beuthen-Larnowitz 100,68, Kattowitz-Jagze 69,96, Pletz-Admit 9,30, Ratibor 22,92, Kreuzburg-Rosenberg 4,32, Döppel 13,92, Leobischitz 7,02) Sa. 253,84, Wischewitz i. Eis., 10. ell.-lothr. Kreis, Rest v. I. Du. 1,34, 23. Wolmirstedt-Neuhaldensleben, Rest I. Du. 0,50, Berlin, v. d. Benzinwerkst. d. A. V. A. G., Jennstr. 31, z. R. 23. 1. Rate 13,65, Hamburg, für Vinnenschiffer 121,70, 24. Cleve-Geldern I. Du. 10,30, Schwarzburg-Sondershausen I. Du. 147,69, Münster-Goesfeld I. Du. 36,24, Berlin, v. d. Roll. v. Dammberg u. Luandt z. R. 23. 14,35, 27. Rempen, 9. niederrhein. Kreis I. Du. 85,66, Berlin, v. d. Roll. d. Fa. Schwarztopf, Schraubenfabr. (Reinickend.) z. R. 23. 10.—, v. d. Seifengberein „Blume“ z. R. 23. 10.—, 28. Medlenb.-Strel. I. Du. 63,12, Köln a. Rh. a. Kont. 1000.—, „Teilmantel“ 4000.—, 29. Berlin, v. d. Rotat.-Arb. d. „Berl. Tageblatt“ z. R. 23. 10.—, Rachede 10.—, Bern P. 2. 50.—, Freiburg 3. bad. Kreis I. Du. 73,26, 30. Falkenhagen a. D. v. einem ungarisch. Landarbeiter 1.—, Berlin, v. Pers. d. Drucker Emil Willig Nachf. z. R. 23. 18,70, Kontobucharbeiter v. Webbing 5.—, v. d. Benzinwerkst. d. A. V. A. G. Jennstr. 31 z. R. 23. 2. Rate 12,20, Buchenisch 1.—, d. Schuhmacher der Fa. Mohr u. Speier 10.—, Pers. d. Buchdr. Technit 22.—, Anabe 3.—, Pers. d. Buchdr. Lupe u. Vogt 5.—, E. S. 100 z. R. 23. 100.—, E. S. z. R. 23. 50.—, R. S. 4.—, Lübel I. Du. 1015.—, Lübel für Vinnenschiffer 4,40, Bezirk Breslau 10. Wahlkreise I. Du. (Subrau-Steinaw-Woblan 4,60, Müllisch-Teubitz 37,84, Dels-Gr. Wartenberg 26,40, Briesg-Ramslau 89,54, Dölan-Strehlen-Nimptsch 99,78, Breslau-Land-Neumarkt 458,94, Neustadt D.-S. 21,94, Reike 10,50, Glogau 27,60, Siegnitz-Goldberg-Gahna 350,76) Sa. 1127,90, Hennig, Argentinien 5.—, Delitzsch-Bitterfeld I. Du. 554,02, 4. württ. Kreis I. Du. 253,53, Wanzleben I. Du. 450.—, Groß-Berlin a. Kont. seiner 8 Wahlkreise 50 000.—, darunter: Bezirk 407

(Abt. Ib), V. Kreis, aus der Sechserklasse 6.— z. R. W., Dntel 6.—, Roslegen der Firma G. Lorenz, Abt. III, z. R. 23. 10.—, Mertens Nachf. Post durch Fritz Karth 20.—, Bierprozent der Argusmotoren 17,70, Rundharmonika-Verein Wettreit 9.—, Vierprozente der Arbeiter von Lohleit u. Dehling, Van Wertheim 12.—, Frau Böhl, Wienentorb z. R. 23. 100.—, Bah Karl 3.—, Aug durch Karte 10.—, Ueberich der Kranzpende Abt. Schilling, A. G. E., Aderstraße 6,30, Dr. Moses 3.—, Fr. Schuldt z. R. 23. 25.—, Geburtstag Kraft durch Höpner 2.—, Höpner 2.—, Kranzüberich der Arbeiter der A. G. E. Aderstr., Abt. Müller I 3.—, Bezirk 543 a z. R. 23. 3,85, Sparverein Fremdbüchle z. R. 23. 10.—, Rabiger von Lohleit u. Dehling, Van Wertheim 13,10, A. S. Wiser 1.—, Kranzüberich der A. G. E. Volstr., Abt. Jenz 36,35, Samion u. Co. z. R. 23. 30.—, von den Arbeitern (Altes Museum) der Firma Komel 10.—, Kollege G. R. 100.—, Arbeiter der Tischlerei Anders 10.—, Kranzüberich von den Arbeitern der Klavierfabrik Schwols u. Co., Köpenickerstraße 184 a 6,50, Werkstelle Horwitz u. Co. durch Pichelmann 20.—, von den Schneidern der Werkstatte der Firma G. Kluge 20.—, Kranzüberich von den Kollegen der Firma Ludwig Cassierer, Schöneberg, Tempelhofer Weg Nr. 48—54 6,25, von den Kollegen der Kammlabrik A. Hoedel 10.—, Berlin, v. d. Wädern 1. Rate 300.—, Berlin 4, Bezirk 233, ein Parteifreund durch Glane 5.—, Tagelöhner der Firma Peel u. Cloppenburg 115.—, Berlin, v. d. Lapeziern 300.—, von den Schneidern und Schneiderinnen, Kleidertwerke Vaer Sohn 100.—, Hausdiener der Firma Peel u. Cloppenburg, 1. Rate 20.—, Reichsarbeiter, Wahlfonds 13,50, vom Verjonal der Firma Paß u. Garleb G. m. b. H., Buchdruckerei, Sammelliste z. R. 23. 81,40, von den Kollegen und Kolleginnen der Firma Peel u. Cloppenburg, Kottbuser Damm 67 50.—, Steinweggeschäft Siebert, z. R. 23. 5.—, Gutenberg 37,80, Freistadt z. R. 23. 5.—, Vergmanns Getreidewerke Rosenthal, Turbinenbau, Abt. Fleischmasta 10,75.—, Kollegen der Schneiderei Pottma u. Dinsor, Unter den Linden, 20.—, Ueberich der Sechserklasse von den Tischlergehilfen Chr. Vormann, Admiralsstr. 18, 10.—, von den Arbeitern der Firma 2. Spitz u. Co., 1. Rate 20,25, Sechserklasse d. Tischlerei Kuttner u. Hanß 25.—, Kranzüberich Singer, Vormann, Märzgefallene, vom Schulheiß, Abt. I, Schönhauser Allee, 43.—, 2. R. 1.—, Zellerfammlungen: Volkbrauerei 117,81, Neue Welt 245,25, Friedrichshain 100,05, Dräsel 47,46, Gewerkschaftsbau 101,55, Moabiters Gesellschaftshaus, Wilestr. 221,45, Brauerei Königstadt 244,10, Kastanienwäldchen, Wobstr. 166,35, Wdman-Säle 146,51, Drachenburg 117,10, Prachtäle des Ostens 88,92, Röhler (früh. Keller) 188,21.

In der Abrechnung pr. Oktober muß es heißen: 6.— M. von der Schneiderwerkstätte v. Köhn, nicht Schmiedewerkstätte. Berlin, den 11. Dezember 1911.

Für den Parteivorstand: J. S.: Otto Braun, Lindenstr. 3.

Sie haben unter Nr. 7918, A. Gerich, F. Ebert, D. Braun, Berlin, Lindenstraße 3, beim Postfachamt Berlin ein Postfachkonto und ersuchen daher dringend, alle Geldsendungen mittels Zahllaste auf unser Postfachkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Postfachalter Beträge bis 10 000 M. portofrei für uns eingezahlt werden. Zahllasten mit eingedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Die Konspiration gegen die portugiesische Republik.

Paris, 13. Dez. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) In der morgigen „Humanität“ wird Genosse Fabra Ribas die wirtschaftspolitische Bedeutung von Angola darstellen. Diese Kolonie hat einen Flächeninhalt von 1 200 000 Kilometer, ist also vierzehnfach so groß wie Portugal und hat 12 Millionen Einwohner. Ihre Hauptprodukte sind Kaffee, Del, Eisenstein, Kautschuk, Tabak. Bedeutende Lager von Kupfer, Eisen, Petroleum, Asphalt, Malachit und Salz sowie Goldminen sind vorhanden. Der Hafenerkehr in den fünf Hauptorten Loanda, Ambriz, Benguella, Mossamedes und Lobito belief sich 1908 auf 1741 Schiffe mit einem Lommenghalt von über einer Million. Bisher sind zwei Eisenbahnen im Betrieb, davon führt die eine von Loanda 600 Kilometer weit durch die fruchtbarsten Gegenden von Ambraca, im Süden verbindet die andere das Handelshemporium Benguella mit Catumbella. Eine

dritte Bahn, die von Cabinda am Congo ausgeht, ist im Bau, desgleichen eine vierte, die von Benguella ins innere Afrika führt und die Kompanie von Mossamedes betreibt die Vorarbeiten für eine Linie, die Quilla und Humbe mit der Küste verbinden soll. — Das Einnahmehudget der Kolonie beläuft sich auf mehr als 2 Millionen, die Handelsbewegung in den Hauptorten beträgt 90 Millionen Frank jährlich. Der Reichtum von Angola wird ganz offenbar erst dann werden, wenn diese Kolonie gleich Sao Thomé und Principe eine Pflanzungskolonie geworden sein wird. Nach drei Jahren einer guten Verwaltung hat sie das Budget der Metropole nicht mehr in Anspruch nehmen müssen.

Es liegt auf der Hand, was eine Annexion von Angola für Deutsch-Südwestafrika, diese um zwei Drittel kleiner, sehr arme und hafenslose Kolonie bedeuten würde. Bekäme Deutschland Cabinda, dazu einen Teil des belgischen und französischen Kongo und endlich noch das spanische Rio Muni und Fernando Po, so wäre der Traum seiner Kolonialpolitiker vom großen Kolonialreich, das von Kamerun bis zur Kapkolonie reicht, erfüllt.

Dazu kommt noch, daß Deutschland auch im Osten Afrikas der Nachbar Portugals ist. Schon 1889 benachteiligte es sich dort des portugiesischen Hafens von Keonga, wie dieser Lage im Westen der Grenzorte Ruçusso, Soba, Libebe und Dirico. Gelänge es weiter, die dazwischenliegenden Teile des belgischen Kongo zu gewinnen, so bliebe den deutschen Kolonialspekulanten nichts mehr zu wünschen übrig.

Fabra Ribas erklärt, nur das Eingreifen Englands und Frankreichs könne Portugal sein Kolonialreich retten, von dessen Erhaltung das Schicksal der Republik abhängt. Jedenfalls wäre dabei auf die kapitalistische Rivalität eher noch ein Verlaß, als auf den legendären „Liberalismus“ dieser Mächte. Die Anspielungen Caillaux in seiner Rede von Saint-Galais auf die noch in Aussicht stehenden Verträge in Afrika lassen indes ebenso wenig Gutes erwarten, wie die nur an den Lebensinteressen des englischen Kapitals haftmachende Liebedienerei der englischen Regierung vor dem Jaren.

Ein kapitalistisches Verbrechen.

Die Vernichtung von Waren und Naturprodukten, um den Preis nicht zu drücken, ist für den Kapitalismus nichts Neues, nichts Seltenes. Kann doch zur selben Zeit die amerikanische Presse über einen Vorgang berichten, der aus demselben Geist geboren, viel größere und bedeutendere Wirkungen zeitigen muß. Die Nachricht hat folgenden Inhalt:

Der Börse ist die Nachricht zugegangen, daß sechs Millionen Säcke Kaffee (2400 Millionen Pfund) an der brasilianischen Küste ins Meer geworfen worden sind. Das Motiv dazu sind die Bestrebungen, den Kaffeepreis auf dem amerikanischen Markte hochzuhalten.

Auch die Kommentare, welche an diese Mitteilung geknüpft werden, sind verschiedene. Wir geben den folgenden wieder, der dem „Chicagoer Daily Journal“ entnommen ist:

Der Kaffee steht so hoch im Preise wie niemals in den letzten 20 Jahren. Seit 1909 ist er um 110 Prozent gestiegen. Die beste Qualität kostet engros 35 Cents (etwa 1,50 M.) per Pfund. Als der Preis heute so notiert wurde, kam er zu einer Spitze, die man nie zuvor gesehen hat. Hiermit sind die Papiere der Kaffeespekulanten auf den dreifachen Wert von dem gestiegen, den sie vor zwei Jahren hatten, und der Tag bedeutet eine gewaltige Steigerung der Marktmanöver, welche in diesem Jahre von der brasilianischen Regierung und den Geldleuten in Deutschland, England, Frankreich und den Vereinigten Staaten getrieben worden sind.

Die Erklärung für die von der brasilianischen Regierung betriebenen Kaffeespekulationen findet sich in gleicher Weise in folgender Weise:

Die Morgan-Bank in New York hat der brasilianischen Regierung 50 Millionen Dollar geliehen. Als Hauptgarantie hat die Regierung der Bank ihren Anteil an der Kaffeernte des Landes verpfändet. Da große Teile von den Kaffeeplantagen des Landes

Theater.

Schiller-Theater O.: Die Wildente von Ibsen. Es war ein belebender Besuch im unfruchtbarsten Winternort des laufenden Premierenbetriebes des alten Meisters einzigartiger Tragikomödie wieder einmal zu begegnen. Welche wunderbare Zeichnung der Figuren im Heim des Photographen Edal, welche Kunst des naturalistisch-charakteristischen, bis in die letzten Einzelheiten bestellten Dialogs! Der Zug postrender Komödianterie, der in den Menschen steckt, die Virtuosität und Fähigkeit des Selbstbetrugs, mit der sie die Mängel ihres liebten Ich wohlthätig in der Einbildung forttreiben, hat in dem Edaltypus eine klassische Ausprägung erhalten; er ist für jene Anlagen in gleichem Sinne dialektisch repräsentativ, wie etwa des Cervantes unsterblicher Don Quixote für den Gang phantastisch-wirklichkeitsentzerrter Heldenschwärmerei. Wie beziehungsreich sind in Edal als persönlichen, in dem Gedanken der „Lebensläge“ als ideellen Mittelpunkt, die Hausgenossen im dramatischen Gemälde gruppiert. Schade nur, daß Ibsen den Gregor Werle, den Störenfried, der seine „moralische Forderung“ präsentieren kommt, nicht in dergleichen Weise künstlerisch verlebenigt hat, schade, daß er ihn in satirisch-polemischer Laune mit einem Wah dogmatisch blinder Torheit ausschaltete, das nicht mehr glaublich wirkt. Es ist nicht abzusehen, warum der Wahrheitsfanatiker so blind sein muß, diesen leicht zu durchschauenden Erzeugnissen Edal als hoherhabene Seele anzustimmen. Der notwendige Mißerfolg eines aus Wahrheitsfanatismus unternommenen Eingriffs — also der Grundgedanke des Dramas — hätte sich gewiß auch ohne Einfügung solcher parodistisch übertreibenden Jüge dramatisch wirksam entwickeln lassen.

Die Aufführung der „Wildente“ gehört zum Besten, was das Schiller-Theater gebracht. Rigens, auch in den kleinen Epilodenrollen nicht, gab es da eine Vierte. Pächler des Edal: ein Herr mit schwammig-schlaffen Baden-Juchlandlich-interessantem herabhängendem Schnurrbart, majestätischen Handbewegungen und selbstgefällig-larmodantem Sibirieren des Organs war eine glänzende Verkörperung der Ibsenischen Gestalt, ebenso distinkt wie eindringlich in der Charakteristik. Gusti Becker fand in der Darstellung der kleinen, armen Hedwig Töne von rührend-schlichter Mitleidlichkeit. Auch Fanny Wolf als Gina und Konrad Wiene als Gregor Werle, in den durch die Rolle gezogenen Grenzen, boten sehr gute Leistungen. Von den Episodenspielern wäre namentlich Herr Richard Wirtz in der Figur des Dr. Kelling zu erwähnen.

Notizen.

Das künstlerische Theater eröffnet seine Tätigkeit im Lessing-Theater am 20. Dez., abends 8 Uhr, mit Strindbergs letztem Bühnenwerk „Der Scheiterhaufen“. Eine Elisabeth Duncan-Schule wird auf der Marienhöhe bei Darmstadt am 17. Dezember eröffnet. — In Berlin hat man von der Tanzreformerin lange nichts mehr gesehen.

Kleines feuilleton.

„Die ihn...“ Im Théâtre de la Porte St. Martin in Paris, wird jetzt ein Stück des Belgiers Ristmaeckers aufgeführt, das als dramatisches Kunstwerk weiter nicht von Belang ist, aber ein für die moralischen Auffassungen der französischen Bourgeoisie sehr charakteristisches Motiv enthält. Einstmals erkannte sich der Normalbürger in einer bestimmten Situation das Recht zu, einen Nebenmenschen vom Leben zum Tode zu bringen. Der betrogene Ehemann durfte ungestraft die ungetreue Gattin töten. „Tuo la!“ — „Die sie!“ hieß das vom jüngeren Dumas geprägte Schlagwort. Das ist nun freilich unmodern geworden, wenn auch nicht im Kleinbürgertum, dessen Angehörige im Habreit-Amt noch immer die treulosen Frauen abmurksen und im Geschworenenamt ihre solcher Tat angeklagten Klassen- oder Schichtgenossen freisprechen, aber in der eleganten Gesellschaft, deren Ehepathe sich längst die — Hörner abgelassen hat. Bezeichnend dafür ist die sich immerzu mehrende Zahl der Theaterstücke, die sich damit beschäftigen, wie die Ehe durch Erweiterung zum Drei- oder Vierer am bequemsten und behaglichsten zu reformieren ist. Aber dafür ist die blutigerge Welt der „Chre“ an einem anderen Punkt losgelassen. Das macht das neue Stück ebenfalls offenbar. Darin kommt ein Offizier vor, an den ein Spion mit einem Angebot herantritt. Was tut der Kriegsmann? Die Vermunft möchte einem sagen, daß er den Kerl hinten beim Kragen nimmt und nach der Polizeiwache bringt. Aber die bloße Vermunft hat eben keine Ahnung von den edlen Instinkten des Volkspatriotismus. Der Oberleutnant fährt dem Schabbeja nicht an den Kragen, sondern gleich an die Gurgel und erwürgt ihn wie der Apache den harmlosen Nachtwandler an der Schanzmauer. Das ist natürlich eine Erdummheit auch vom patriotischen Standpunkt, aber die „Geste ist schön“. So schön, daß die Frau Oberleutnant, die dem Gemahl schon den Lauspaß geben wollte, im Licht dieser Tat ihrer heißen Liebe bewußt wird und schließlich sogar der Rival von Bewunderung gepackt wird und die Partie aufgibt. Das Publikum aber raßt vor Begeisterung. „Ich bin Franzose“, sagt der Löffelträger, und damit soll die unfeinige und — den Humanitätsidealen der besten Franzosen höhnisch sprechende Affektbehandlung in die Regionen des Erbhabens entrichtet werden. Aber was würde dabei herauskommen, wenn immer und überall, wo ein Spion an einen redlichen Mann geriete, dieser einen roten Kopf bekäme und das unfaubere Ansehen mit einer tödenden Selbsttötung beantwortete! Das Spionengeschäft wird doch in allen „zivilisierten“ Staaten und im Auftrag aller zivilisierten Regierungen betrieben. Was wäre nun, wenn die beleidigten Patrioten mit der Begründung: Ich bin ein Deutscher, Engländer, Italiener usw. die an sie heranschleichenden Spione, die oft doch wieder — Patrioten und Offiziere sind, umbringen wollten?

Der unverantwortliche Streich, den einzelne Stuttgarter Parteigenossen bei den Gemeinderatswahlen gegen die Stuttgarter Organisation zu führen gewagt haben, wird hoffentlich bald seine energische und rücksichtslose Sühne finden.

Die Wirkung dieser Tat auf den Wahlausfall läßt sich in diesem Augenblick noch nicht übersehen.

So viel läßt sich aber übersehen, daß es einer rathen und festen Hand bedarf, um die der Parteidisziplin freivol zugefügten Schäden wieder gut zu machen.

Man wird diesen Bemerkungen nur durchaus zustimmen können.

Die bayerischen Gemeinderatswahlen.

Die seit Anfang November im Gange sind, gehen nunmehr ihrem Ende entgegen. Es stehen nur noch eine kleine Anzahl meist kleiner Gemeinden aus.

In den Gemeinden mit über 4000 Einwohnern, wo nach dem Proporz gewählt werden muß, haben wir zuweilen sehr schöne Erfolge errungen.

In den Gemeinden mit städtischer Verfassung, die das Zweikammersystem haben, fanden in der letzten Zeit auch die Wahlsitzungen statt.

Die Erfolge, die wir bei den Wahlmännigkeitswahlen errangen, kamen natürlich auch bei den Magistratswahlen zur Geltung, weil diese ebenfalls nach dem Proporz stattfinden.

Kommunalwahlsiege.

Bei der am Montag in Wiesbaden stattgefundenen Stichwahl zur Stadtverordnetenversammlung für die dritte Klasse wurde der Genosse Gul wieder, Genosse Demmer neugewählt.

Bei der Wahlwahl aus dem Gemeinderat auscheidende Mitglied Major a. D. v. Gagen wollte die adlige Freundschaft in Weimar unter allen Umständen das Mandat für einen Abigen.

Totenliste der Partei. In Dörbe starb im Alter von 66 Jahren der Genosse März, der in der Bewegung stand, so lange es in Dortmund-Dörbe überhaupt eine sozialistische Arbeiterbewegung gibt.

Die Situation der „Gumanität“.

Paris, 12. Dezember. (Wg. Ver.) Im vorigen Jahre war es der „Gumanität“ gelungen, nicht nur aus dem Defizit herauszukommen, sondern noch einen stattlichen Ueberschuß abzuwerfen.

Postzeitliche, Gerichtliches usw.

Begen Verleumdung der Eisenbahndirektion Altona ist am 27. September vom Landgericht Hamburg der Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse Köpke, zu 600

Danach wurden 62 Proz. bei den jungen Frauen und Mädchen und 56 Proz. bei den jungen Männern in den Altersklassen von 20 bis 24 Jahren durch eine Lungenkrankheit invalide.

Wraunwoller ist das Tod der arbeitenden Bevölkerung der großen Metropole Berlin nicht zu schildern, als es sich durch die toten Ziffern des Berichtes einer amtlichen Statistik geschieht.

Dem Verufe nach stehen unter den Rentnern die Metallarbeiter mit 198 Promille an erster Stelle; ihnen folgen die Bauarbeiter mit 149 — darunter hauptsächlich Maurer, Zimmerer, Maler —; dann folgt das Verlethsgewerbe mit 109, die Holzindustrie mit 102, der Handel mit 89 und die Diensthoten mit 48.

Die Invaliditysurachen, nach Berufsn Gruppen gelidert, zeigen uns folgendes Bild. Auf 100 Invaliditysurachen fallen auf

Table with 5 columns: Beruf, Lungenkrankheit mit Bronchialkatarrh, Lungenkrankheit mit Schwindsucht, Krankheit der Nerven, Altersschwäche, Gefäßkrankheiten. Rows include Metallarbeiter, Holz- u. Schnitzg., Baugewerbe, Diensthoten, Verleth, Handel, 1910 überhaupt, etc.

Danach werden bei den männlichen Rentnern von der Lungenkrankheit mit Bronchialkatarrh und die Handelsbesessenen betroffen. Während der Durchschnitt der durch Lungenkrankheit überhaupt invalide Gewordenen nur 19,7 beträgt, kommen bei den Metallarbeitern 24,6 und bei den Handelsbesessenen 23,9, rund gerechnet 5 bezw. 4 Proz. mehr als der Durchschnitt.

Bei den weiblichen Rentnern sind es die Näherinnen, die zu 20,7 — also mit 7,6 mehr als der Durchschnitt (13,1) — durch die Lungenkrankheit invalide wurden.

Hier offenbaren sich in erster Linie die schrecklichen Wirkungen der Heimarbeit. Die Höhlen — Wohnräume kann man sie nicht nennen — in denen die Näherinnen als Heimarbeiter hausen, die außerordentlich niedrigen Löhne und damit verbunden die geradezu elende Ernährung geben die Bruchstätten für die Lungenkrankheit, denen die Näherinnen zu 20,7 Proz. zum Opfer fallen, ab.

Das Heilverfahren. Die vornehmste Aufgabe der Landesversicherungsanstalt muß darin gesehen werden, den Eintritt der Invalidität bei den Versicherten zu verhüten bezw. soweit als möglich hinauszuschieben. Dies können die Versicherungsanstalten durch Uebernahme bezw. Einleitung des Heilverfahrens in den Sanatorien und Erholungsstätten zur Ausführung gelangen lassen.

Für das an Lungentuberkulose Erkrankten eingeleitete Heilverfahren wurden insgesamt 1 957 358 M. aufgewendet; darunter 195 297 M. für Familienunterstützung. Von der Gesamtsumme wurden der Anstalt 388 900 M. von Krankenkassen, Versicherungsanstalten usw. zuzuführen. So daß die Anstalt selbst nur 1 568 458 M. aufzubringen mußte.

Für das Heilverfahren anderer Krankheiten wurden 821 507,47 M. aufgewendet. Insgesamt wurden für das Heilverfahren 3 249 818,36 M. ausgegeben. Für außerordentliche Leistungen (3 45 z. Inv.-Gef.) wurden 89 407,38 M. für Beitragsrückstellungen 646 972,09 M. und für Renten 5 637 826,16 M., für Erhebungen bei Gewährung oder Entziehung der Rente und bei Beitragsrückstellungen wurden 86 478,64 M. ausgegeben.

Die soziale Fürsorge der Landesversicherungsanstalt Berlin zeigt recht beachtliche Schattenseiten. Die große Anstalt Berlin steht in bezug auf Rentenbewilligung noch unter dem Durchschnitt des Reiches.

Es kann und darf nicht Aufgabe der Anstalt sein, Vermögen aufzuspeichern. Die soziale Fürsorge der Anstalt muß vielmehr darin gesehen werden, die im Leben durch Arbeit aufgebrauchten und invalide gewordenen Arbeiter durch Zubilligung der Rente vor der bittersten Not zu schützen.

dem Staate gehören, beläuft sich dieser Anteil auf den dritten Teil der ganzen Kaffeernte.

In diesem Jahre ist die Kaffeernte ganz unerwartet reich gewesen. Der Anteil, welchen die Regierung der Kaffeeplantagen zu übertragen hatte, ist offiziell auf sechs Mill. Soß mit je 400 Pf. Kaffee geschätzt worden.

Wenn die Welt jetzt diese 2400 Millionen Pfund Kaffee auf den Markt werfen wollte, würde der Kaffeepreis so sinken, daß die Bevölkerung den Kaffee fast umsonst erhielt.

So berichtet die amerikanische Presse. Es ist der Doffentlichkeit wohl noch nie ein schrecklicheres Beispiel für die Mißwirtschaft beigebracht worden, welche das kapitalistische System an der Gesellschaft begeht.

Der Kaffee spricht im Ueberschuß aus der Erde und rings umher auf der Erde laufen die Leute, welche nicht die Mittel haben, Kaffee zu kaufen und sich mit Surrogaten von Jichorie und getrockneter Schweineleber begnügen müssen.

Wo ein kapitalistischer Ring ein Monopol erobert hat, ist er imstande, den Warenpreis zu bestimmen. Dann wird in dem Grade mit allem gefunden Menschenverstande Hangball gespielt, daß ein Truist sich leichter damit Geld verdienen kann, wenn er 2400 Millionen Pfund Kaffee auf den Meeresboden wirft als damit, daß er die Kaffeemasse zum Kauf auf dem Weltmarkt anbietet.

Die allgemeine Entschuldigung des Kapitalismus für sein System war bisher, daß sowohl die Arbeit wie das Kapital ja für ihre Dienste bezahlt würden, daß der Profit neues Kapital bedeute und damit neuen Verbrauch von Arbeitskraft.

Auf der ganzen Welt steigen die Preise für des Lebens Notdurft und Nahrung. Das Steigen des Arbeitslohnes hält durchaus nicht Schritt damit. Wie trostlos ist da nicht der Gedanke, daß nicht jeder einzelne arbeitende Mensch auf der Erde Gelegenheit bekommt, den Grund zu sehen und zu erfahren, daß er und seine Familie nur darum die Lebensbedürfnisse nicht oder nicht billiger erhält, weil die Arbeitenden von der Macht des Kapitals gezwungen werden, den Ueberschuß an Bedarfsartikeln und den Ueberschuß an den von der Arbeit erzeugten Werten zu vernichten, sobald der Fall eintritt, daß sie sich ihren Anteil daran für einen mäßigen Preis erwerben könnten.

Jetzt sollte man glauben, daß wenn die ganze Welt erfährt, daß ein amerikanischer Truist, der von dem internationalen Bankkapital — auch dem deutschen — mit finanziert wird, seinen Vorteil darin gesehen hat, diese Millionen Pfund Kaffee auf den Meeresboden zu werfen, kein weiterer Beweis mehr nötig sei, um die Menschheit zu überzeugen, wie der Kapitalismus an ihr zum Verbrecher wird.

Wer wagt gegenüber jener Enthüllung der amerikanischen Presse länger zu behaupten, daß Armut notwendig sei? Die Erde ist reich, die Menschen arbeiten zu viel. Die Armut kommt nur daher, daß das kapitalistische System die Reichtümer der Erde und die Arbeitskraft der Menschen zum Vorteil des Einzelnen gegen die Interessen der Gesamtheit mißbraucht.

Invaliditysurachen

Bei der Berliner Bevölkerung im Jahre 1910 nach dem Bericht der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Die Lungenkrankheit überwiegt bei weitem alle übrigen Invaliditysurachen; absolut ist die Anzahl der Lungenkrankheitsursachen zwar gefallen, in Prozentziffern indessen bei den Männern von 18,7 (1909) auf 19,7 (im Jahre 1910) gestiegen.

Die Lungenkrankheiten inkl. Lungenkrankheit stehen mit 28,6 Proz. an erster Stelle der Invaliditysurachen; ihnen folgen die Nervenkrankheiten mit 22,0 Proz., zu denen noch 2,9 Proz. Augen- und 0,9 Proz. Ohrenkrankheiten kommen.

Bei den Frauen stehen die Herz- und Gefäßkrankheiten mit 19,4 Proz. an erster Stelle der Invaliditysurachen; ihnen folgen die Entzündung und Ernährung — darunter besonders die Altersschwäche — mit 18,3 Proz., die Nervenkrankheiten mit 17,4, die Augenkrankheiten mit 4,0 und die Ohrenkrankheiten mit 1,0 Proz.

Table with 2 columns: Geschlecht, Altersklassen (20-24, 25-29, 30-34, 35-39, 40-44, 45-49, 50-54, 55-59, 60-64, 65-69). Rows include männlich, weiblich, and sub-rows for Lungenkrankheiten and Nervenkrankheiten.

Marx Geldstrafe verurteilt worden. Ein 74 Jahre alter Bahnarbeiter war von einem Vorortzuge überfahren und getötet worden. Diese Mordtat war im „Danziger Echo“ mit einem feigen Versehen worden, in welchem dem Hiesigen Sparwart und übermäßige Ausnutzung (Ausbeutung) der Kräfte eines mit einem Fuße im Grabe stehenden Arbeiters vorgeworfen wurde. Die Ausbeutung eines Arbeiters ist, wie das Gericht annimmt, inhuman und macht einer Behörde keine Ehre. Im vorliegenden Falle sei aber der betreffende Arbeiter lediglich auf seinen Wunsch weiter beschäftigt worden und habe trotz seiner nur geringen Leistungen die höchste zulässige Entlohnung erhalten. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Die Strafkammer habe Idealstrafen zwischen den §§ 185 und 186 angenommen; dies sei theoretisch zwar möglich, aber im vorliegenden Falle unzulässig. Nicht ausgeschlossen sei, daß durch diesen Rechtsirrtum die Strafzumessung beeinflusst sei. — Das Reichsgericht hob demgemäß das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Ein kurioser Waifeierprozeß.

Am 1. Mal dieses Jahres unternahm die Essener Genossen einen Vormittagsausflug, an dem sich etwa 3000 Personen beteiligten. Obwohl sie in einzelnen Gruppen und keinesfalls in geschlossenem Aufzuge marschierten, wurden doch Verhaftungen solcher Teilnehmer vorgenommen, in denen die Polizei „Leiter“ des Sonderzuges erwiderte. Besonders fahndete sie auf Mitglieder des Waifeierkomitees, erwiderte aber niemand. Erst jetzt wurde, wohl weil das „Verhaltensmaterial“ ziemlich jämmerlich war, den Genossen der Vorzug gemacht. Die Bitte der Angeklagten zu verlängern, wurden der verantwortliche Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Genosse Reumann und der Verlagsvertreter Genosse Blämer ebenfalls belangt. Der erste, weil er im Textteil zur Teilnahme an der Waifeier aufgefordert hatte, und der zweite, weil er den Interimenauftrag des Waifeierkomitees annahm! Und wirklich, das Gericht verurteilte unter den Umständen gegen das „freie“ Versammlungsgesetz auch diese beiden Genossen zu je dreißig Mark Geldstrafe, weil sie sich in der erwähnten Form an der Veranstaltung des nicht genehmigten „öffentlichen Aufzuges“ beteiligt hätten.

Die Gedankengänge der Essener Richter werden immer wunderbarer.

Aus Industrie und Handel.

Die Brüsseler Zuckerkonvention.

Brüssel, 13. Dezember. Nach einer Privatmeldung der „Agence Havas“ scheint die gestrige Sitzung der ständigen Kommission der Internationalen Zuckerkonferenz entscheidend gewesen zu sein, und es kann fast als sicher angenommen werden, daß die Delegierten zu einem Einverständnis gelangen können, wenn sie am 20. Januar 1912 erneut zu einer Sitzung der Konferenz wieder zusammenzutreten werden. Die vorgeschlagene Proposition, die zur Einigung führen soll, scheint dahin zu gehen, daß Rußland auch in Zukunft in der Internationalen Zuckerkonferenz seine alte Stellung behaupten wird, und daß ihm nur dann eine Sonderstellung eingeräumt werden soll, wenn seine Ernte besonders ergiebig war oder der Weltmarktpreis des Zuckers abnorm hoch ist. In diesem Falle soll das russische Exportkontingent über 200000 Tonnen hinausgehen dürfen. Schwierigkeiten für die Kommission liegen darin, das zuzugestehende Quantum zu fixieren. Man nimmt aber an alle Fälle an, daß noch in dieser Kampagne Rußland das Recht erhalten soll, seine Ueberproduktion vollständig oder zum größten Teil abzusetzen. Die Delegierten werden nunmehr mit ihren Regierungen darüber zu beraten haben, wie die Limitierung des russischen Exportkontingents sich gestalten soll.

Bierbrauerei und Bierbesteuerung.

Im Jahre 1910 wurden im Gebiete der norddeutschen Brauereigenossenschaft 88,08 Millionen Hektoliter Bier erzeugt gegen 87,34 Millionen Hektoliter im Jahre 1909, mithin 0,74 Millionen Hektoliter mehr. Da am obengenannten 0,12 Millionen Hektoliter weniger als im Vorjahre hergestellt wurden, entfällt die Mehrerzeugung ganz auf das unterjährige Bier.

Die Einnahme an Brauereibezug nach Abzug der Ausfuhrvergütungen (0,9 Millionen Mark) 119,8 Millionen Mark (1909: 87,1 Millionen Mark). An Uebergangsabgabe vom Bier wurden 8,7 Millionen Mark, an Zoll 4,2 Millionen Mark erhoben, so daß sich als Gesamtertrag der Bierabgaben 192,7 Millionen Mark, d. i. 2,58 Mark auf den Kopf der Bevölkerung ergeben (1909: 98,4 Millionen Mark = 1,98 Mark auf den Kopf).

Der Bierverbrauch betrug, auf den Kopf der Bevölkerung unter Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhr von Bier berechnet: im Brauereigebiete 77,6 Liter (1909: 77,4 Liter), in Bayern 227,7 Liter (1909: 230,1 Liter), in Württemberg 184,1 Liter (1909: 146,3 Liter), in Baden 120 Liter (1909: 145,9 Liter), in Elsaß-Lothringen 82 Liter (1909: 87,6 Liter) und im deutschen Zollgebiete 68,6 Liter (1909: 68,6 Liter).

Bei Bayern und Baden gelten die Angaben für das Kalenderjahr, bei den übrigen Steuergebieten für das Rechnungsjahr.

Zu der Veirastiftung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats

wurde beschlossen, die Festsetzung der Richtpreise für das Wirtschaftsjahr 1912/13 bis zur nächsten Veirastiftung zu vertagen, weil inzwischen nochmals versucht werden soll, die Verhandlungen mit verschiedenen ausstehenden Jochen wegen der Uebernahme des Verkaufs der Erzeugnisse dieser Jochen durch das Kohlenyndikat zu einem friedlichen Abschluß zu bringen. Sodann wurden die Umlagen für das vierte Vierteljahr 1911 in derselben Höhe wie bisher festgesetzt.

Sodann genehmigte die Versammlung die vom Vorstande für Dezember in Anspruch genommenen Umlageanteile in Kohlen von 60 Proz. (bisher 55 Proz.) in Holz 75 Proz. (bisher 60 Proz.) und in Weizen von 80 Proz. (bisher 77 1/2 Proz.) und setzte die Umlageanteile für Januar 1912 in derselben Höhe wie für Dezember fest. Der von Geheimrat Rirdorf und dem Vorstande des Syndikats ausgearbeitete neue Vertragentwurf ist den Syndikalmitgliedern zugestellt worden. Er ist als eine Grund-

lage gedacht, auf der die Verhandlungen über die Erweiterung des Syndikats fortgesetzt werden sollen. Die nächste Jochenbesitzer-Versammlung wird darüber zu beschließen haben.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Was kümmern uns die Reichstagswahlen? werden viele Leserinnen fragen. Sehr viel! Die Frauen sollen den lebhaftesten Anteil am Wahlkampf wie überhaupt am politischen Leben nehmen. Warum das? Die Politik greift mit rauder Faust in das Leben der Frau und trifft sie in ihrer Eigenschaft als Gattin, als Mutter, als Hausfrau, als Arbeiterin und als Staatsbürgerin. Einige Beispiele mögen das zeigen: Bekanntlich ist der Profit der Polarstern, der allen Maßnahmen der Unternehmer, als den Repräsentanten des Kapitals, voranleuchtet. Lange Arbeitszeit, Intensität der Arbeit und niedriger Lohn für die arbeitenden Massen liegt deshalb in ihrem Interesse. Das Interesse der Frauen dagegen erheischt das Gegenteil: kurze Arbeitszeit, Erleichterung der Arbeit und hohen Lohn. Beide Gruppen: Arbeiter und Unternehmer, verfechten ihr Interesse. Der so entbrennende Kampf, der Klassenkampf, bringt die Entscheidung. Ob er zugunsten der Arbeiter ausfällt, hängt von mancherlei Umständen ab. Vor allem aber müssen die Arbeitenden, um in diesem Ringen gemeinsam und erfolgreich vorgehen zu können, das Recht der Organisation und das Recht zum Streifen haben. Sie müssen diejenigen Maßnahmen treffen können, die einen Streik auch wirkungsvoll machen: Sie müssen Streikposten stellen und die Sperre über die betreffende Firma verhängen können. Heute haben wir aber keineswegs ein gesichertes Streikrecht. Polizeiverordnungen machen das Streikpostenstellen nur zu oft unmöglich; die geringsten Verstöße gegen den § 163 der Gewerbeordnung werden mit drakonischen Strafen belegt. Auf die bedenklichen und sehr ansehnlichen Auslagen der Streikmacher werden Streikposten verurteilt. All das genügt jedoch den Scharfmachern noch nicht, die wiederholt und zuletzt wieder auf der Jahresversammlung deutscher Arbeitgeberverbände am 8. Dezember d. J., nach einem geschicklichen Verbot des Streikpostenstehens und nach einem größeren „Schuh“ für Arbeitswillige schrien. Sie werden sekundiert von den Mittelständlern, die in Petitionen an die gesetzgebenden Körperschaften die gleichen reaktionären Forderungen erheben. Und die bürgerlichen Parteien, als Vertreter des Besitzes, werden mehr oder minder für diese Forderungen eintreten. Im bayerischen Landtag verlangten bekanntlich die Zentralkomitee, die bayerische Regierung solle gegen die süddeutschen Eisenbahner vorgehen, sie einzulassen, weil sie sich frei organisiert hatten, und als die Regierung ihnen nicht brutal genug vorging, inorganisierten sie den parlamentarischen Streik und veranlaßten dadurch die Landtagsauflösung. Man sieht also: in allen reaktionären Kreisen wird zum freischöpferischen Kampf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter gelassen.

Aber just in der Zeit der permanenten Lebensmittellieferung ist dieses Recht und seine Ausgestaltung mehr als je eine soziale Lebensnotwendigkeit für die arbeitenden Massen. Für die Männer, wie für die Frauen. An allen Enden und Ecken des Reichs kommt es zu mehr oder minder großen Streiks, weil die Not infolge der kapitalistischen Ausbeutung und der Zoll- und Steuererschöpfungen eine große ist. Vom Ausgang dieser Streiks hängt es ab, ob durch erzielte Lohnsteigerungen die Lebenshaltung der Streikenden ein wenig gebessert wird, oder ob es bei den Entbehrungen bleiben muß. Ob infolge dieser Entbehrungen die Gesundheit der Betroffenen Schaden leidet, Krankheit, Siechtum und Tod reiche Ernte hält, oder aber, ob infolge des ungenügenden Einkommens des Mannes die Frau, deren ordnende Hand und sorgendes Hirn im Hause unentbehrlich ist, hinauswandern muß in die Erwerbarbeit, unter den zermalmenden Druck des Kapitals. Arbeiterinnen wie Hausfrauen in Arbeiterkreisen haben also gleichermaßen ein lebendiges Interesse an dem Ausbau und der Sicherung des Streikrechts. Die Hausfrau aus den angegebenen Gründen, die Arbeiterin, weil direkt für ihre Person die Festhaltung ihrer Lebenshaltung von der Fassung und Handhabung dieses Rechtes abhängt. Sind es doch just die Arbeiterinnen, die mehr als ihre männlichen Kollegen über Hungerlöhne zu klagen haben. Ueber Hungerlöhne, hinter denen Prostitution und Verbrechen grinsend ihr Haupt erheben.

Der Kampf um die Sicherung des Koalitionsrechtes ist also gleichermaßen Pflicht der Frauen wie der Männer. Von der Zusammensetzung des zu wählenden Reichstages wird auch das Schicksal des Koalitions- und Streikrechts abhängen. Für eine der Arbeitererschaft günstige Zusammensetzung Sorge zu tragen, ist also unser aller Pflicht.

Darum, Ihr Frauen und Mädchen des Volkes, nutzt die Zeit! Agitiert an der Arbeitsstätte, im Freundes- und Familienkreise für die Sozialdemokratie als der Schirmherin eines freien und gesicherten Koalitions- und Streikrechts!

Lesende.

Mariental. Der heutige Lesabend fällt aus besonderen Gründen aus, der nächstfolgende findet im Januar statt.

Aus aller Welt.

Schutz dem nationalen Fusel.

Sitzung des Reichstages vom 31. Dezember 1911. Auf dem Bundesratstag: Vermuth und andere Produkte der Fuselbrenner. Vor Eintritt in die Tagesordnung ebte das Haus das Andenken des verstorbenen Abg. Schnapfblod (L.) durch Herantreten an den Bundesratstag und eifriges Zutrinken.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Didenburg und Genossen (L.) betreffend den Schnapfblod:

Schnapfblod:

Ist der Reichskanzler bereit, angesichts der schiveren Verhältnisse, die sich aus dem sozialdemokratischen Branntweinbopfloß für die betheiligte Industrie und Arbeiterchaft sowie für den nationalen Wohlstand ergeben haben, auf dem Wege der Reichsgesetzgebung gegen diesen Vopfloß einzuschreiten?

Der Reichskanzler erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. v. Didenburg (L.):

Es war bei der Erhöhung der Branntweinsteuer keineswegs unsere Absicht, den Branntweinkonsum zu verringern. Wer das behaupten wollte, der würde lägen! Vielmehr lag und einzig und allein daran, die nationale Landwirtschaft zu heben. (Beifall rechts.) Ingleich war unsere Absicht, die Sozialdemokratie durch Erhöhung der Branntweinpreise finanziell zu schwächen, da in dieser Partei erfahrungsgemäß fürchterlich gelassen wird. Diese nationale Absicht hat die waterlandlose Gesellschaft natürlich zu hintertreiben versucht, indem sie das Soufen verbot. Das ist dieselbe Partei, die von dem Terrorismus der herrschenden Klassen zu reden wagt. (Sehr gut! rechts.) Ich fordere die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, mir diejenige Behörde zu nennen, die jemals daran gedacht hätte, ihren Untergebenen den Alkohol zu verbieten. (Lärm bei den Soz.: Eisenbahn!) Die Eisenbahnbehörde verbietet nur das Trinken von Diebst, das kann aber außerhalb des Dienstes nachgeholt werden: sonst würden wir ihr auch das Vertrauen entziehen müssen. Was soll nun geschehen? Wir erwarten, daß die Regierung die schärfsten Maßnahmen gegen die sozialdemokratische Verheerung ergreifen wird. (Stürmischer Beifall rechts und in der Mitte.)

Der Reichskanzler:

Die Regierung betrachtet es nach wie vor als ihre Hauptaufgabe, der Landwirtschaft gerecht zu werden. Der sozialdemokratische Terrorismus zeigt sich beim Branntweinbopfloß in seiner schlimmsten Gestalt. Erstens wird das Herz der Landwirtschaft untergraben, zweitens wird den arbeitenden Volksmassen ein nahrhaftes und erquickendes Getränk entzogen, und drittens stehen die Großen, die sich die Arbeiter vom Wunde absparen müssen, in die Parteikasse. Die Regierung hat sich in Erwägung der Gefahren, die der Sicherheit des Vaterlandes drohen, entschlossen, einen Gesetzentwurf einzubringen, der den Branntweinengenuss obligatorisch macht. (Beifall rechts und links.) (Beifall rechts und im Zentrum.) Die Regierungsvorlage wird fuchthausstrafe für jeden Vorbehalt, der andere am freiwilligen Saufen hindert. (Stürmisches Bravo!) Die Regierung rechnet auf die Unterstützung aller national gesunden Parteien. (Langanhaltender Beifall rechts, in der Mitte und bei den Liberalen.)

Auf Antrag Reich (konf.) wird von einer Besprechung der Interpellation abgesehen, nur die Sozialdemokratie und anderthalb Fortschrittler stimmen für die Besprechung.

Eine gefährliche Unfälle.

In diesen Familien ist die Weihnachtsstille zu finden, daß ein als Knacht Rupprecht ankommender Freund des Hauses die Kinder in Angst und Schrecken versetzt. Ganz abgesehen davon, daß man den noch gläubigen Kindern mit derartigen Weihnachtsmännern, der oftmals die Jugend mit möglichst barischer Stimme anfährt, bei zartbesaiteten Kindern sehr bedenkliche Gemütsregungen hervorruft. Wer mit angesehen hat, wie die Kinder beim Eintritt des Geschehenen in furchtbare Angst bei den erwachsenen Saufen jucken, wird den Spah nicht an die Spitze treiben, oder noch besser unterlassen. In welcher schlimmen Folge das Granlamachen der Kinder führt, zeigt ein Telegramm aus Jaberze in Oberhessen. Dort erlitt die zehnjährige Tochter des Kaufmanns Schulz vor einigen Tagen beim Besuch des Sauff Nikolaus vor Schred einen Schlaganfall, dem sie am Dienstag erlegen ist.

Ein Sieg der westlichen Kultur.

Wie aus Peking gemeldet wird, ist die Frau des bisherigen chinesischen Regenten, eine Prinzessin Tschun, mit einem Schanpfeiler durchgebrannt. Der chinesische Hof hat also den Beweis erbracht, daß er endlich in die Reihen der modernen europäischen Hofhaltungen eingereiht ist.

Kleine Notizen.

Eisenbahners Sterben. Auf dem Rottowitzer Güterbahnhof wurde der Rangierer Dame in sli beim Ueberstreifen der Gleise von einem Güterzuge erfaßt. Es wurden ihm beide Beine abgesehen. Er konnte nur als Leiche hervorgezogen werden.

Schwerer Grubenunfall. In der Grube „Gonne fen“ bei Lütich sind am Dienstag drei Arbeiter bei Auslegung eines Schachtes infolge Einatmung giftiger Gase erstickt. Einer der Arbeiter konnte nach längeren Bemühungen wieder zum Leben zurückberufen werden, die beiden anderen sind tot.

Verhaftung eines amerikanischen Cyrcyphurs. Eine Anzahl als Passagiere verkleidete Räuber bestieg den Florida-Expreß und hielt ihn in der Nähe der Station Gardeeville an, derandten die Briefschästen und entnahmen. Es sollen ihnen viele Wertgegenstände in die Hände gefallen sein.

35 Millionen Liter Getreide in Flammen. Die beiden Getreideelevatoren der Canadian-Pacific-Eisenbahn in Owen Sound, die etwa eine Million Bushel Weizen enthalten, stehen in hellen Flammen.

Marktpreise von Berlin am 12. Dezember 1911, nach Ermittlung des Rungl. Vollzeitschadums. Weizen (Altenband), 100 Kilogramm Erbsen, gelb, zum Kochen 36,00—50,00, Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Werten 40,00—80,00. Kartoffeln 7,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,10. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,50. Kalbfleisch 1,50—2,10. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,25. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Rindfleisch 1,00—2,10. Kalb 1,20—2,80. Lamm 1,40—3,00. Leber 1,20 bis 2,00. Parig 1,00—2,00. Schote 1,40—3,20. Hefe 0,80—1,40. 60 Stück Stroh 2,40—24,00.

Weihnachts-Angebot für die Leser des „Vorwärts“.

Die Wunder der Urwelt

und die Entwicklungsgeschichte der Erde.

Nach den Ergebnissen der neuesten Forschungen bearbeitet und herausgegeben von
Gustav A. Ritter.

In klarer, jedermann verständlicher Sprache zieht hier die Schöpfungsgeschichte von den Urursprüngen bis zur Gegenwart an uns vorüber. Wir sehen nicht nur den Embryo selbst entstehen, sondern auch die organische Welt, die auf demselben lebt, Pflanzen sowohl wie Tiere sich von den unvollkommensten organischen Körperchen durch Zeiträume von Jahrmillionen bis zu immer vollkommeneren Gestalten entwickeln, bis sie in dem Menschen, als dem höchstorganisierten und vollendetsten Wesen, ihre höchste Schöpfungskraft zeigt. — Was Kopernikus, Kepler, Newton, Kant, Laplace, Alexander v. Humboldt, alle die vielen Forscher als richtig erkannt und zu einem mächtigen Geistesbau zusammengefügt haben, das wird in diesem Buche in großen Zügen entwickelt.

Der enorm billige Preis steht in keinem Verhältnis zu dem inneren und äußeren Werte dieses hervorragenden Werkes.

700 Seiten mit mehr als 500 Original-Illustrationen. — Ganzleinen-Prachtband — Lexikon-Format. — Das Werk wird zu dem äußerst billigen Preise von nur

3 Mark

an die Leser des „Vorwärts“ abgegeben. Der Bestellschein ist einzusenden an

Willibald Wende's Verlag, Berlin W.,

Lützow-Straße 31.



Bestellschein für die Leser des „Vorwärts“. Hiermit bestellst du Folgendes: Willibald Wende's Verlag, Berlin W., Lützowstraße 31. Exemplare Die Wunder der Urwelt a 3 Mark. 1 bis 3 Exempl. ohne Postgebühren. Gernade Adresse: Umherschick oder Zurückgabe bereitwillig gestattet.

Sensationelle Neuheit!
Calcutta Imitiert.
Indert
Teppich

ganz dickes doppel-
seitiges Gewebe auf creme,
oliv, blau, bordeaux oder fraise
Fond, von den echten Indert-
teppichen kaum zu unter-
scheiden. Größe ca.
90x185 cm . . . M. 6,75
130x195 8,75
160x225 14,75
190x295 22,50
250x350 33,00
300x400 45,00
Passende Bett- und Pult-
Teppiche Stek. 2, 3, 4 M.

Eine Partie echter
Plüsch-Teppiche
m. klein. Webfehlern
für $\frac{2}{3}$ des Wertes!

Große Sortimente
**Boucle u. Haargarn-
Teppiche**. -Vorlagen
in allen Preislagen.

Nach auswärts per Nachnahme.
Teppich - Spezialhaus

**Emil
Lefèvre**

Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.

**Weihnachts-
Extra-Liste u. Katalog**
enorm billiger Geschenkartikel
(600 Abbild.) gratis u. franko.
Auch Sonntags
bis Weihnachten geöffnet.

Brillanten

als Spezialität anhergewöhnl. billig
**Max Brinner, Jerusalemer
Straße 42.** Der Ruf der Firma
(gegr. 1863) bürgt für strengste Reclität.
Ringe, mann. Bild., 14fr. m. 18fr. u. 22fr. an
Döringe, 3 . . . 18
Broche, 1 . . . 20
Drr. -Nadel, 1 . . . 13
u. m. bis zum feinsten Genre.

Gegründet 1884



**Pelz-
waren.**
Engros-Export.
S. Schlesinger,
Neue Königstr. 21
Ordonnanzhaus.
Kein Laden!
II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu
billigst Preisen
**Pelz - Stolas
Muffen**
Chick garnierte
Damenpelzhüte
federleicht.
Reparaturen sauber und billig.
Sonntag geöffnet.
Bitte genau auf Hausnummer
21 zu achten.

Gratis eine Taschenuhr

echt versilbert, für Damen oder Herren, oder Zieruhr
erhält jeder Kunde als Weihnachtsgeschenk
trotz unserer enorm billigen Preise beim Einkauf von M. 12 an.

- | | | | |
|---|-----------------|---|-----------------|
| Ein schwarz. Damenstiefel
im Chevreau mit Lackkappe | 4 ⁹⁵ | Ein Herrenstiefel
mit oder ohne Lackkappe . . . | 4 ⁹⁵ |
| Ein Damenstiefel
eleg. Fassons, echt Chevreau | 5 ⁹⁵ | Ein Roß - Chev. - Herrenst.
amerikan. Fasson, Preßfalten . | 6 ⁹⁵ |
| Ein Damenstiefel, amerik.
Posten Mode
Chevreau, Goodyear Welt . . . | 6 ⁹⁵ | Ein Herrenstiefel
echt Boxcalf | 7 ⁹⁵ |
| Ein Posten prima Chevreau-
Goodyear Damenstiefel . . . | 8 ⁹⁵ | Ein Herrenstiefel
echt Chevreau, Goodyear Welt | 7 ⁹⁵ |
| Ein Damenstiefel,
Posten Boxleder, kräft. Straßenstiefel | 5 ⁹⁵ | Ein pr. Chev. - Herrenstiefel
Goodyear Welt | 9 ²⁵ |
| Ein Damenstiefel,
Posten echt Boxcalf | 6 ⁹⁵ | Ein pr. Boxc. - Herrenstiefel
Goodyear Welt | 9 ⁷⁵ |
| Ein Damenstiefel,
Posten prima Boxcalf, Goodyear Welt | 9 ⁷⁵ | Ein Kinderstiefel
Größe 22-24, mit Absatz . . . | 1 ⁵⁵ |
| Ein Kamelhaarstoff-
Posten Damenschuhe
mit Stoff- und
Ledersohle | 1 ²⁸ | Ein Kinderstiefel
Größe 25-28, sehr dauerhaft . | 2 ²⁵ |
| Ein Kamelhaarstoff-
Posten Schnallenschuhe
für Damen,
mit Stoff- und Ledersohle. | 1 ⁹⁵ | Ein Kinderstiefel
Größe 27-30, sehr haltbar . . | 3 ²⁵ |
| | | Ein Kinderstiefel
Größe 31-35, Strapazierstiefel | 3 ⁹⁵ |

Rosenthaler Straße 40-41 **Schwersener** Rosenthaler Straße 40-41
am Hackeschen Markt Bahnhof Börse.

Größtes Schuhwarenhaus
für Gelegenheitskäufe.
Sonntag bis abends 8 Uhr geöffnet.

Réunion - Cigaretten

Für die Qualität der Fabrikate
bürgt der Name **„Réunion“**

Spezialmarken:
Viveta 8b 2 Pfg.
Lookout 3 -
Flagship 4 -
Viveta-Crème 5 -

Soeben erschien eine Neuauflage des:
Rückwärts
Zentralorgan des schwarzblauen Blocks.
Offizielles Organ der deutschen Schaf- u. Schweinezüchter
reich illustriert, Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs und Zeitungs-
speditoren, sowie durch die
Buchhandlung Vorwärts.

Hugo Beling
Weingroßhandlung u. Likörfabrik
60 eigene Filialen. * Einzelverkauf zu Engrospreisen.

Glas - Christbaumschmuck
Um meiner wert. Kundschaft dieses Jahr etwas ganz
Hervorragendes zu bieten, versende ich ein noch
nie dagewesenes Reklamesortiment, enthaltend
viele neu. gesch. Neuheit, 345 Stück, bis 9 cm gross,
echt versilberte Blumenreflektoren, Kahl-
reifkugeln, Eis- u. Taannenzapfen, Kugeln m.
Rosenbukett, Glockengeläute, Trompete,
Silbertraube, Schiff m. Schutzengel, herzl.
umspannte Phantasiesachen, Diamant-
früchte, Hirsch im Walde usw. Ferner als
ganz besondere Neuheit, die von anderer Seite nicht
geboten werden kann, in Glas künstlerisch dar-
gestellt, die Märchen am Weihnachtsbaum:
Hänsel u. Gretel, Rotkäppchen, Dorn-
röschen u. Aschenbrödel in kassiert-durcheicher
Ausführung, es gesch., u. als große Ueberraschung
Glasfiguren D.R.G.M. wie Zigeunermädchen,
Weihnachtsmann, Eule, Tanzbar, Pudel u.
Katze geg. Eisen u. M.S. - Irko. (Nachs. M. 5.3 -).
Sortiment II: Ein Arrangement 128 Stück d. allerfeinst. vornehmst. u.
hochelegant. Silbersachen zum selben Preis. Zu jed. Sortiment gebe ich
grat.: Jesuskind in Silberkrippe, Silber-Strahlenspitze, künstl.
Gewand-grünschil. Paradieschango, die leucht. Rose, 25 cm hoch,
m. Fuss u. Blatt, effektv. Beleucht. nat. d. Weihnachtsbaum, u. 1 prakt.
Familien-Unterhaltungsspiel (ges. gesch.). - Für Händler u. Vereine
Extra-Sort. v. M. 10. - an in kost. original. Ausföhr. Versand in sorgfält.
Verpack. v. nur prima Ware. Man versäume nicht, sich v. mein reell. An-
gebot u. überzeug. Für Geschenke u. Stückzahl Garant. Viele Dank schr.
Christbaum- Ernstthal-Lauscha (Thür.) 22
Herm. Böhm-Hennes, schmuckfabr., schmuckfabr. (Wald)

Schul-Tornister
Rindleder, ohne Pappe, 5 M. pro Stück.
Dokumenten-, Akten-, Noten-Mappen.
Gegr. C. A. Flemming, Benthstr. 11.
1829. am Spittelmarkt.

*Tyfloßbräu
Kloppmbieren*
bublt,
genießbar,
Bühmlich.
Ein Qualität ist fürwahr gewinn!

Ein Weihnachtsgeschenk
das Nutzen mit Freude verbindet

SINGER
Nähmaschinen
nähen, sticken und
stopfen.
SINGER
Nähmaschinen
erhielten
in Turin 1911
wieder
2 Höchste Preise.
SINGER Co.
Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Vivungfas! *auf der Welt*
gibt es keine
andere
Goldfarbe *mit*
Gold

Gesundheitstabak.
J. Goldfarb.
Preuss. Stargard.
D.R.W.Z. 10652.

Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tabaka do zazywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

Großer Pelz-Stola-Verkauf
Eile zu Weile
119 Dresdener Str. 119
(Hochbahnstation Kottbuser Tor).
Eigene Kürschnerei
Nur prima Felle!
Riesenhafte Auswahl!
Sehr billige Preise.
Echt Skunks-Stola
von 25 M. an.
Echt Nerzmurmelt-Stola
mit Köpfen u. Schweifen v. 18 M. an.
Alaska Fuchs-Imitation
von 7,50 M. an.
Bitte **Eile zu Weile**
zu achten!
119 Dresdener Str. 119.
Jedermann erhält die im Fenster
ausgestellten Gegenstände sofort
für den bezeichneten Preis.
Sonntags geöffnet.

Pracht-Säle Alt-Berlin
Blumenstraße 10 Neben dem Residenz-Theater
sind die besten
Versammlungssäle des Ostens:
Im neuherbauten Theater-Saal täglich: 621L*
Konzert, Theater und Spezialitäten.

Die Wählerlisten für die Reichstagswahl

liegen von heute, Donnerstag, ab für 8 Tage lang zur Einsichtnahme aus. Jeder Wähler sollte es für seine Pflicht halten, sich zu überzeugen, ob er in der Wählerliste eingetragen ist. Wer nicht in der Liste steht, muß in den acht Tagen Einspruch erheben und seine Aufnahme beantragen. — Die Wählerlisten sind nach dem Wohnungsstande des ersten Drittels des Novembers aufgestellt. Die Stellen, an denen die Listen in Berlin ausliegen, sind in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Die Listen können an den genannten Stellen an den Wochentagen von nachmittags 3 Uhr bis abends 8 Uhr, am Sonntag von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 8 Uhr eingesehen werden.

Wahlberechtigt

Ist jeder Deutsche, welcher bis zum Wahltag das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Von der Berechtigung zum Wählen sind nur ausgeschlossen: 1. Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen; 2. Personen, über deren Vermögen Konkurs oder Fallzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallverfahrens; 3. Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln dauernd beziehen oder in den letzten der Wahl vorhergegangenen 12 Kalendermonaten bezogen haben; 4. Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.

Als Armenunterstützung ist nach dem Gesetz vom 15. März 1909 nicht anzusehen: 1. die Krankenunterstützung; 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege; 3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf; 4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind; 5. Unterstützungen, die erstattet sind.

Schuldverhältnisse, erlassenes Schulgeld, unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln für die Kinder, Steuerrückstände bilden keinen Grund, einen Wähler vom Wahlrecht auszuschließen. Als Armenunterstützung ist auch nicht anzusehen, wenn jemand infolge eines großen Unglücksfalles, wie Feuersbrunst, Ueberschwemmung, Mißernte usw., eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten hat.

Die Armenunterstützung muß, wenn sie für die Wahlentrichtung in Betracht gezogen werden soll, innerhalb der letzten zwölf Kalendermonate bezogen sein.

Wählen kann aber nur der, welcher in der Liste steht. Deshalb sollte sich jeder Wähler durch Einsichtnahme in die Wählerliste sein Wahlrecht sichern. Wichtig ist auch, auf genaue Schreibung des Namens zu achten und eventuell Nichtigstellung des Namens zu beantragen. Es gibt Wahlvorksteher, die sich am Wahltag streng an den Buchstaben halten und Personen, deren Namen nicht ganz genau in der Liste verzeichnet sind, von der Ausübung der Wahl zurückweisen.

Die Listen liegen nur 8 Tage aus!

Wahlbewegung in Groß-Berlin.

Niederbarnim.

Ober-Schöneweide.

Die am Dienstag im Wilhelmstempel stattgefundene öffentliche Wählerversammlung war von etwa 600 Personen besucht. Ueber das Thema des Tages referierte Genosse Piel. Der hiesige Gesangsverein eröffnete und schloß die Versammlung durch den Vortrag zweier Arbeiterlieder.

Schönwalde (Bezirk Pankow).

Vor 200 Personen referierte hier Genosse Richard Ritter-Karlsdorf am Sonntagabend über „Lebensmittelsteuerung, Kriegsbeute und Reichstagswahl“. Mit der Aufforderung zur regen Beteiligung bei den Wahlarbeiten und zum Eintritt in die Organisationen seitens des Vorsitzenden wurde die Versammlung unter Docturen auf die Sozialdemokratie geschlossen. Einige stimmungsvolle Lieder wurden vom Gesangsverein zum Vortrag gebracht. Der ganze Verlauf der Versammlung bewies, daß unsere Partei auch hier gute Fortschritte macht.

Vernau.

In einer Wählerversammlung, die von 500 Personen besucht war, sprach Genosse Aysche unter lebhaftem Beifall über „Volksnot und die Reichstagswahlen“. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zur Einsichtnahme in die Wählerlisten sowie zum Eintritt in die politische Organisation auf.

Madebrück bei Alt-Landsberg.

Eine gutbesuchte Wählerversammlung fand hier am Sonntag unter freiem Himmel statt. Die Genossen Rohaupt und Jöhn referierten unter reichem Beifall über „Teuerung und Reichstagswahl“. Am Schluß der Versammlung forderte Genosse Frank die Anwesenden, besonders die Frauen, auf, mit allen Kräften für die Weiterverbreitung unserer Ideen Sorge zu tragen.

Teltow-Beeskow.

Johannisthal.

Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die am Montag im Erio Senftleben'schen Lokale tagende Volksversammlung, in der Genosse Frey Zubeil über „Den Kampf um das Reichstagsmandat“ sprach. An 500 Personen, Frauen und Männer, füllten den Saal. In circa 2 1/2 stündiger Rede streifte der Referent alle großen politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Jahre. Ausführlich ging der Referent auf die Steuerpolitik, den Militarismus und auf das unerträgliche persönliche Regiment in Deutschland ein. Der Redner forderte besonders die Frauen auf, sich regen an der Wahlarbeit zu beteiligen, mit dem Mann Schulter an Schulter zu kämpfen und sich der politischen Organisation anzuschließen. Der Vortrag wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Zur Diskussion meldete sich niemand. Nachdem der Gesangsverein „Lieber Freunde“ einige Lieder zum Besten gegeben hatte, richtete der Vorsitzende Karl Schmidt an die Anwesenden die Aufforderung, sich regen an die Wahlarbeit zu beteiligen und am 12. Januar ihre Stimme dem Genossen Zubeil zu geben.

Petersdorf.

Am Sonntag fand hier eine glänzend besuchte Versammlung statt, in der der Kandidat des Kreises, Genosse Frey Zubeil, das

Referat übernommen hatte. In seinem Vortrage gepflügte er zunächst ein Flugblatt des Reichsverbandes zur Verhinderung der Sozialdemokratie. Das Flugblatt war durch einen Voten von dem Junker v. Osterreich unserem Wahlvereinsvorsitzenden in Petersdorf zugestellt worden und strahlt von Unwahrheiten gegen die Sozialdemokratie, selbst der längst verstorbene Wost muß noch herhalten. Dieses Pamphlet soll jedenfalls erst ein Vorgeschnack dessen sein, was sich die Verhänger der Sozialdemokratie bis zur Wahl noch alles an Lügen und Verdrehungen leisten werden. Aber selbst auf dem flachen Lande ist es nicht geworden und ziehen diese Nachwerke auch bei einem großen Teile der ländlichen Arbeiter nicht mehr. — Die Versammlung, an der ein großer Teil Frauen teilnahmen, war von einem ausgezeichneten Geiste befeelt, und alle gaben das Versprechen, mit dieser Sorte von Volksfreunden am 12. Januar gründlich abzurechnen.

Dabendorf bei Jossen.

Ueber die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl referierte Genosse Conrad Nitzdorf in einer von circa 200 Personen, für den hiesigen Ort eine stattliche Zahl, besuchten öffentlichen Wählerversammlung. Der Referent ging in seinem Vortrage mit dem realistischen Bedauern des letzten Reichstages scharf ins Gericht und erntete stürmische Zustimmung. Genosse Seile richtete die dringende Mahnung an die Anwesenden, das Gehörte zu beherzigen und weiter zu verbreiten, damit auch die Ferngebliebenen über die Verhältnisse aufgeklärt würden. Zum Schluß wurde noch eine Resolution angenommen, in der die Anwesenden gegen die Steuerpolitik der herrschenden Klasse protestierten und sich verpflichteten, für die Wahl des Genossen Zubeil einzutreten.

Bernsdorf.

Ueber die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl sprach am Sonntag in einer öffentlichen Versammlung Genosse S. Störmer, der für seine trefflichen Ausführungen den Beifall der Versammelten erntete. Am Schluß forderte der Vorsitzende auf, die Organisation auszubauen und für eine möglichst weite Verbreitung der sozialdemokratischen Presse Sorge zu tragen.

Alt-Sartmannsdorf.

Nach langjähriger Agitation ist es unseren Genossen endlich gelungen, hier eine öffentliche Versammlung zu arrangieren. Am Sonntag versammelten sich etwa 80 Männer und Frauen auf dem Grundstück des Herrn Wilhelm Pilscher, um ein Referat über „Die Kriegsbeute und die Volksbedrückung“ entgegenzunehmen. Genosse Horst Adlerdorf referierte unter lebhaftem Beifall der aufmerksam lauschenden Zuhörer. Genosse Siegner forderte zur regen Agitationsarbeit auf und mit dem Gelächte, alles daran zu setzen, daß der 12. Januar ein Siegestag für die Sozialdemokratie wird, gingen die Versammelten auseinander.

Partei-Angelegenheiten.

4. Wahlkreis. Am Sonntag, den 17. Dezember wird von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung vorgenommen.

Am Sonnabend, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, findet bei Werner (früher Keller), Koppenstr. 29, ein Theaterabend statt. Zur Aufführung gelangen „Die Weber“ von Bertholt Hauptmann. Billetts a 50 Pf. sind bei den Bezirksführern und im Bureau, Stralauer Platz 1/2, zu haben. Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute abend 7 Uhr findet in sämtlichen Bezirken mit Ausnahme der 7. und 8. Gruppe eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Kein Genosse darf fehlen. Der Vorstand.

Wilmerdorf-Hatensee. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gesellschaftshause, Wilhelmstraße 112, eine öffentliche Wählerversammlung zur Reichstagswahl statt, in der Genosse Emil Eichhorn über „Teuerung, Kriegsbeute und Reichstagswahl“ referieren wird.

Sieglitz. Heute Donnerstag, von 6 Uhr abends an: Flugblattverbreitung. Das Material wird in den Bezirkslokalen ausgegeben. Jeder Genosse und jede Genossin hat die Pflicht, sich daran zu beteiligen.

Wannsee. Am Sonnabend, den 16. d. M., abends 8 Uhr, im Restaurant Fürstenthor: Öffentliche Versammlung. Referent: Gen. W. Groger.

Treptow-Baumgartenweg. Heute abend 8 1/2 Uhr: Zwei öffentliche Wählerversammlungen in den Lokalen „Neues Gesellschaftshaus“, am Bahnhof Treptow, und „Speers Festsäle“, Baumgartenstr. 78. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referenten: Die Genossen Klüh-Nitzdorf und Max Groger. Freie Diskussion. Das Wahlkomitee.

Hohen-Schönhausen. Heute Donnerstagabend: Handzettelverbreitung. Morgen Freitag 8 Uhr: Öffentliche Wählerversammlung bei Rob. Schulze, Hauptstr. 8/D. Referent: Artur Stadthagen. Am Sonntag, den 17. Dezember, früh 1/8 Uhr: Flugblatt- und Handzettelverbreitung; nachmittags 5 Uhr: Wählerversammlung in Warzahn. Die Genossen treffen sich im Lokal von Sidde. Abmarsch 8 1/2 Uhr.

Müdigental. Donnerstag, abends 8 Uhr: Bahlabend bei Marx.

Berliner Nachrichten.

Mit Steuerfragen

hatte sich ein Ausschuß der Stadtverordneten zu beschäftigen, der eingeleitet war, folgenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zu beraten: „Den Magistrat zu ersuchen, bei der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften vorstellig zu werden, das kommunalabgabengesetz dahin abzuändern, daß den Gemeinden gestattet wird,

- 1. die Einkommen bis 1800 Mark steuerfrei zu lassen;
2. progressive Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer für Einkommen von 3000 Mark an;
3. progressive Zuschläge zur staatlichen Ergänzungssteuer für Vermögen von 20 000 Mark an zu erheben.“

Der Antrag war bereits im Plenum der Stadtverordnetenversammlung eingehend begründet worden. Er beruht auf dem Grundgedanken, daß das heutige Steuersystem insofern ungerecht ist, als es die kleinen Einkommen zu hoch besteuert. Dagegen nach oben einen Zugriff der Steuerbehörde einengt. Die Gemeinden leiden unter dem Steuersystem in sehr starkem Maße; sie können nur Zuschläge erheben, dürfen aber nicht progressiv steigern. Dieser Zustand kann beseitigt werden durch Herabsetzung des Kommunalabgabengesetzes, die den Gemeinden außerdem die Möglichkeit geben soll, Einkommen bis 1800 Mark steuerfrei zu lassen; auch soll die Gemeinde eine Vermögenssteuer erheben können. Zu diesem Zwecke soll sich die Gemeinde an den Landtag wenden. Wenn auch der Landtag zurzeit nicht geneigt sein sollte, der Petition stattzugeben, so solle man trotzdem diesen Schritt tun, weil doch einmal der Anfang gemacht werden müsse, eine Herabsetzung des reformbedürftigen Kommunalabgabengesetzes herbeizuführen. Die bürgerlichen Vertreter im Ausschuß zeigten aber keine Neigung, auf den Boden des Antrages zu treten. Sie halten den Antrag für falsch und man berechnete, welchen

Steuerausfall die Gemeinde haben werde, wenn Einkommen bis 1800 Mark steuerfrei bleiben würden. Ein Sechstel der Berliner Steuerzahler blieben dann nur noch übrig, die die Steuern ausbringen müßten. Das sei ungerecht, zumal die übrigen doch auch noch ihr Wahlrecht behalten und über Gemeindeangelegenheiten entscheiden wollten. Man wolle zurzeit auch Abstand nehmen, im Gegensatz zu dem im Plenum ausgesprochenen Absicht, dem Antrage eine andere Gestaltung zu geben, an die gesetzgebenden Körperschaften überhaupt in der Sache heranzutreten.

Von den Antragstellern wurde der Auffassung der bürgerlichen Vertreter widersprochen. Die Wohlhabenden zahlen ihre Steuern infolge der großen Werte, die durch die Nichtbesitzenden ihnen erworben seien. Ohne die Arbeit sei ein Gemeinwesen nicht lebensfähig. Außerdem sei der Antrag nur billig. Es müsse die Ungerechtigkeit beseitigt werden, von kleinen Einkommen die gleichen Zuschläge zu erheben wie von den großen Einkommen, die zudem nicht aus eigener Arbeit stammen. Darunter litten die Arbeiter und der Mittelstand in schlimmer Weise. Es müßte die Möglichkeit geschaffen werden, kleine Einkommen freizulassen, bis 3000 Mark unter 100 Prozent zu besteuern und erst dann langsam zu steigern. Die Darlegungen waren ohne Eindruck. Mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde der Antrag abgelehnt.

Zur Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften im Werkshaus wird uns unter A. G. geschrieben: „Zwei Empfehlungen drängen sich dem Besucher der Ausstellung auf: rüchhaltige Anerkennung für die vom Bildungsausschuß geleistete mühevollen Arbeit des Herausgebens der für das arbeitende Volk brauchbaren literarischen Weizenkörner aus dem Bergem von Spreu, und schmerzlicher Bedauern über den geringen Umfang der von sozialistischem Geiste erfüllten Unterhaltungsliteratur. Der Sozialismus mit seiner unermeßlichen Ideenvelt, seinem Gehalt an herrlichsten Idealen, die alles weit hinter sich lassen, was den überlebten, absterbenden Weltanschauungen an Idealen innewohnt, seinen erhebenden Leistungen, die er bereits vollbracht hat, indem er verachtete, niedergetretene Volksmassen in begeisterte Kämpferscharen für die höchsten Ziele der Menschheit umwandelt, er hat in unsterblichen Literatur für die reifere Jugend nur in ersten Anfängen seinen Niederschlag gefunden. Ueberraschen kann diese Erscheinung nicht, denn der rüstlose Kampf, den die Sozialisten auf allen Gebieten führen mußten, hat eben alle Kräfte absorbiert. Aber bedauerlich in höchstem Maße bleibt sie trotzdem.“

Unter den vom Bildungsausschuß empfohlenen Werken befinden sich ganz große Serien, die der erganzbarste Philister ruhig seinem Wachstum in die Hände geben kann, ohne befürchten zu müssen, daß auch nur der Strahl eines neuen Gedankens in die müßige, verrostete, bürgerliche Geistes- und Ideenvelt fallen könnte, seine Sprößlinge auch nur um Haarsbreite aus den alten, tief ausgefahrenen Geleisen philiströser Verd- und Anschauungsweise gedrängt werden könnten. Wir schlagen eines dieser Werke auf. Das erste, worauf unser Blick fällt, ist eine schwallige Verherrlichung der zur preukischen Rationalheiligen umgelagerten besannenen Luise, die bei vier Gängen zum Mittag- und bei drei Gängen zum Abendessen jammerte, daß sie rein von der Luft leben müsse, und die in Preußens traurigster, von ihrer eigenen Klasse tausendfach verschuldeter Zeit, nur an Vergnügungsdreien dachte.“

Da drängt sich förmlich die Frage auf, ob nicht über das vom Bildungsausschuß bisher Geleistete hinaus noch gebessert werden kann. Wir glauben diese Frage bejahen zu können. Zunächst müßten die Bücher anders gruppiert werden. Die soll der einfache Arbeiter in der ihm zur Verfügung stehenden Zeit aus der großen Masse des Ausgelegten das wirklich Gute herausfinden? Deshalb müßten die von sozialistischem Geiste durchdrachten Bücher besonders gruppiert und dem Arbeiter gesagt werden, diese Bücher haßt Du, soweit die reifere Jugend in Betracht kommt, für Deine Kinder zuerst anzuschaffen; weiterhin können wir Dir, eben weil wir mehr Besseres noch nicht haben, die und die Bücher in der und der Abtunung empfehlen. Ein Buch wie der „Preussische Kommiß“ gehört in die Hände jedes heranwachsenden Proletariats. Der Bildungsausschuß wird es uns hoffentlich nicht übel nehmen, wenn wir ihm den Rat geben, er möge gegenüber der eben so raffinierten wie brutalen Verfrüppelung des Geistes, wie sie von den herrschenden Gewalten an den Kindern des Volkes, unseren Kindern, verübt wird, bei seiner Empfehlung von Schriften nicht zu ästhetisch-pädagogisch-zimperlich verfahren, sondern scharf unseren Standpunkt hervorheben.“

Aber der Bildungsausschuß muß noch mehr tun. Er muß unsere großen Parteibuchhandlungen — in erster Linie die Buchhandlung Vorwärts — veranlassen, jährlich einige Preise auszusuchen für wirklich gute Jugendschriften, die, was die künstlerische Gestaltung des Stoffes anbelangt, allen Anforderungen entsprechen, und die doch auf jeder Seite von dem Geiste unserer neuen, großen Weltanschauung durchglüht sind. Auf diese Weise werden wir allmählich zu der Literatur kommen, die wir für unsere Jugend so dringend benötigen, wir werden sie schaffen, weil sie geschaffen werden muß.“

Trotz dieser kritischen Äußerungen möchten wir zum Besuch der Ausstellung auffordern; sie ist nur noch bis Sonntag geöffnet. Ein gutes Buch ist für die heranwachsende Jugend das beste Weihnachtsgeschenk.

Ein Gattekind. Eine Witwe H. hatte, weil sie ihr Brot durch Arbeit in einer Fabrik erwirbt, ihren Knaben von 1 1/2 Jahre einer Halbtier in Pflege gegeben. Als für dieses Kind die Hilfe eines Arztes beansprucht wurde, mußte Frau H. sondersbare Erfahrungen machen. Sie wollte einen Arzenearzt im Weiland bitten und begab sich daher zu dem Armenvorsteher des Bezirkes, in dem sie selber wohnt, um sich bei ihm den erforderlichen Krankenschein zu holen. Dieser Armenvorsteher aber war der Meinung, daß der Vorsteher derjenigen Armenkommission, in deren Gebiet die Halbtier wohnt, den Schein auszuliefern habe, und er wies die Hilfesuchende dorthin. Frau H. war erstaunt, als der andere Armenvorsteher sie wieder belehrte, daß nicht er, sondern der Vorsteher ihres eigenen Wohnbezirks zuständig sei. Nachdem sie diesen nochmals aufgesucht hatte, wurde ihr endlich der Krankenschein bewilligt, und sie durfte nun mit dem Kinde zu dem Arzenearzt ihres Bezirks gehen. Der Arzt untersuchte das Kind und erklärte dann, da seine weitere nicht als eine gute Pflege. Im übrigen versicherte er, das Befinden sei keineswegs so ungünstig, daß der Mutter die gewünschte Ueberweisung des Kindes an ein Krankenhaus bewilligt werden könnte. Frau H. hielt es indes für nötig, sich bei dieser Entscheidung nicht zu beruhigen, sondern auf eigene Kosten einen Privatarzt um Rat zu fragen. Dessen Meinung über das Kind war nun wieder so vollständig entgegengesetzt, daß er Verdringung beider Lungenspitzen und Verdauch auf Bauchspeicheldrüse bescheinigte und Aufnahme in ein Krankenhaus empfahl. Auch im Virchow-Krankenhaus, dem daraufhin der Knabe zugeführt wurde, hielt man ihn für aufnahmefähig, und die Aufnahme wurde bewilligt. Frau H. schrieb hieraus sowie aus dem Attest des Privatarztes, daß der Zustand des Kindes doch wohl bedenklich sein müsse. Zu ihrer großen Ueberraschung kam schon nach drei Tagen von der Krankenhausdirektion eine Zulasskarte, die das Kind als geheilt bescheinigte und die Mutter zu baldigster Abholung aufforderte. Bei einer persönlichen Rücksprache im Krankenhaus wurde jetzt die Auskunft gegeben, das Kind sei weiter nicht krank, es befinde sich nur in sehr mangelhaftem Ernährungszustand und bedürfe einer guten Pflege. Hierzu sagt uns die Mutter, daß sie der Halbtier ein Pflegegeld von fünf Mark

pro Woche gegeben und den Betrag fleißig und vollständig entrichtet habe. Von der Wohnung der Haltefrau gibt sie eine Schilderung, die — wenn sie zutrifft — es verwunderlich erscheinen lassen kann, daß da überhaupt eine Haltepflege gestattet worden ist. Die Wohnung bestehe, berichtet Frau P., nur aus Stube und Küche, sei aber bewohnt von einem Ehepaar, einem Schlafmädchen und zwei Kindern, zu denen dann noch das Hölzchen kam. Im Krankenhause wurde der Mutter erklärt, daß das Kind, wenn nicht sie selber es behalten könne, in eine besonders gute Pflege stelle gebracht werden müsse, die nicht unter 30 Mark pro Monat zu haben sei. Frau P. antwortete, sie wolle gewiß gern für das Kind zahlen, aber unmöglich sei es ihr, einen so hohen Betrag aufzubringen. Darauf wurde ihr zugesichert, man werde das Kind an die Waisenverwaltung überweisen, die es in eine geeignete Pflege geben solle. Die Mutter willigte ein und das Kind blieb bis auf weiteres im Krankenhause zurück. Uns scheint in der Tat nötig, daß hier die Waisenverwaltung eingreift. Will sie das tun, so wird sie hoffentlich auch prüfen, von welcher Art die Pflegestelle war, in der dieses Hölzchen bisher sich befunden hatte.

Der militärische Weihnachtserurlaub wird sich in diesem Jahre im allgemeinen recht ausgiebig gestalten. Als Urlaubsdauer ist die Zeit vom 22. Dezember bis 3. Januar bestimmt worden. Um möglichst vielen Reuten Urlaub zu gewähren, tritt die im Jahre 1908 eingeführte geteilte Urlaubsdauer, die sich bewährt hat, wieder in Kraft. Die erste Hälfte der Urlauber kehrt am 25. oder 26. Dezember wieder in die Garnison zurück, während der Rest der Urlauber an diesen Tagen die Reise antritt. Nach Möglichkeit sollen die Reuten während der Weihnachtstage in Urlaub gehen. Die Urlauber nach weiten Entfernungen, etwa nach Westpreußen, Schleswig-Holstein, nach dem Elb- und Ostseegebiet, werden den vollen Urlaub erhalten.

Die Schwäne auf dem Markt in das Winterquartier. Die zahlreichen Schwäne auf der Spree und der Havel, denen in diesem Jahre bisher ein verhältnismäßig schöner, frostfreier Winter beschieden war, steuern gegenwärtig dem Winterquartier zu. Zumeist dienen Spandau und Potsdam den Schwänen als Winterquartier, wo für sie von der königlichen Schwanenmeisterei besondere Unterhaltungs- und Futterplätze angelegt worden sind. Die älteren Tiere, die schon manche Kampagne in den Winterquartieren durchgemacht haben, finden sich dort aus eigenem Antriebe oft aus weiter Ferne ein, sobald die Novemberstürme dahergewehten. Die jüngeren Schwäne aber, die noch keine Frostjahre erlebt haben und deshalb ängstlich und hilflos umherirren, werden bei Eintritt des Frostes mittels besonderer Vorrichtungen eingefangen und per Schuß, d. h. auf einem kleinen Dampfer, in die Winterquartiere befördert. Erst im Monat März werden die toten Tiere wieder aus ihrer Gefangenschaft befreit. Der Unterhalt der Tiere wird aus der Kasse des Hofjagdamtes bestritten, denn alle Schwäne auf der Spree und Havel in weitem Umkreise von Berlin und Potsdam gehören der Krone. Für die Wartung der Schwäne sind Schwanenmeister und -Gehten angestellt. Jetzt, beim Einfangen der jungen Schwäne, wird zunächst eine allgemeine Kupfung vorgenommen.

Eine amtliche Bekanntmachung über aufgehobene Entmündigung wegen Trunksucht enthält die vorgestrichene Nummer eines hiesigen Lokaltages. In dieser Bekanntmachung wird der Name der rehabilitierten Staatsbürgerin, die sich inzwischen verheiratet hat, und sogar die jetzige Wohnung genau bezeichnet.

Ist diese Anprangrung unbedingt nötig? Man hat Verständnis dafür, wenn bei Trunksüchtigen die ausgesprochene Entmündigung öffentlich bekanntgegeben wird. Dies soll bezwecken, daß solchen Leuten kein Alkohol verabfolgt und kein Geld zu Alkohol gepumpt wird, obwohl in der Praxis diese bürokratische Fürsorge, namentlich in der Großstadt, so gut wie verfehlt ist. Ein Skandal muß es aber bezeichnet werden, eine weibliche Person, die durch andere Lebensverhältnisse von der Alkoholkrantheit geheilt ist, nochmals vor der Öffentlichkeit bloßzustellen. Das hat nicht den geringsten Sinn, da ja die Betroffene jederzeit durch amtliches Erkennen nachweisen kann, daß sie nicht mehr entmündigt ist. Wohl aber kann die Weibliche sich solche nachträgliche Brandmarkung so zu Herzen nehmen, daß sie in ihre alte Krankheit zurückfällt, und die wirtschaftliche sowie moralische Schädigung ist auch nicht zu übersehen.

Die Bekanntmachung geht von der Abteilung 81 des Amtsgerichts Berlin-Mitte aus, mit deren feststimmten Entmündigungsverfügungen wir uns schon öfter beschäftigt haben. So wurde hier in diesem Jahre ein Arbeiter, der überhaupt noch nicht volljährig war, wegen — Verschwendung entmündigt.

In ein großes Varieté sollen die Ausstellungen der Zoologischen Gartens umgewandelt werden. Es ist zu diesem Zweck die Gesellschaft Z. G. V. (Theater Groß-Berlin) gegründet worden, nachdem die grundsätzliche Zustimmung der dabei in Betracht kommenden Behörden und des Aktienvereins des Zoologischen Gartens gesichert ist und nachdem der Aufsichtsrat der Ausstellungenhallen am Zoologischen Garten beschlossen hat, einer demnächst stattfindenden Gesellschaftsversammlung die Annahme des mit der Theater Groß-Berlin-Gesellschaft abgeschlossenen Mietvertrages zu empfehlen. Die Gesellschaft beabsichtigt, in der nach dem Bahnhof Zoologischer Garten zu gelegenen großen Ausstellungenhalle ein gleichmäßig in seiner Ausstattung wie in seinen Darbietungen erstklassiges Varieté zu errichten. Zu diesem Zweck soll die Ausstellungenhalle entsprechend um- und ausgebaut werden. Für die Bauarbeiten sind die Sommermonate in Aussicht genommen; die Errichtung des Varietés ist für den 1. Oktober 1912 vorgesehen. Neben dem Varietégelände wird zugleich ein großer Vierpalast errichtet. Den gesamten Restaurationsbetrieb übernimmt die Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft Conrad Uhl's Hotel Bristol-Zentral-Hotel. Die künstlerische Leitung des Varietés ist Herr Direktor Ludwig Rosenfeld übertragen worden.

Einen rohen Streich verübte, wie nachträglich bekannt ist, ein Gauner am Sonnabendmorgen in der Holzgr. Str. 36. Dort wohnte im dritten Stock des Vorderhauses mit seiner Frau und drei kleinen Kindern der 36 Jahre alte Tischlermeister Wenzel Müller, der in der Warschauer Straße arbeitet. Am Sonnabendmorgen um 11 Uhr gegen 5 Uhr an seiner Wohnung. Als seine Frau öffnete, überreichte ihr ein etwa 30 Jahre alter Mann, der sehr aufgeregte zu sein schien, einen Briefzettel mit den Worten: „Schnell, schnell liebe Frau Müller, hier haben Sie einen Brief von Ihrem Manne, ich bin ein Freund von ihm. Er ist auf dem Nachhauseweg überfahren worden und liegt auf der Unfallstation in der Fruchtstraße. Gehen Sie nur schon; ich bleibe bei den Kindern.“ So lautete auch der Inhalt des flüchtig geschriebenen und schlecht zusammengeklebten Zettels. Zu Tode erschrocken eilte Frau Müller das Papier auf, überflog den Inhalt, ohne in der Ausfertigung auf die Handschrift zu achten und eilte hinaus nach der Fruchtstraße. Unterdessen bog sich der Ueberbringer der Unglücksbotschaft mit den kleinen Kindern, die er mit Tonnen beruhigte, nach der Küche, schloß sie dort ein, nahm dann in der Stube aus dem unverschlossenen Spind den Hochzeitsring und einen Sommerüberzieher mit und verschwand mit der Beute. Frau Müller, die einen Unfall auf dem Heimwege für möglich halten mußte, weil ihr Mann Sonnabends frühzeitig Heimkehr machte, suchte auf der Unfallstation vergeblich nach dem Verunglückten. Auf der Station war er nicht, und von einem Unfall war dort auch nichts bekannt. Jetzt schöpfte sie Verdacht und eilte nach der Wohnung zurück. Es war aber schon zu spät. Der Gauner und Dieb war bereits spurlos verschwunden. Bald darauf kam Müller wohlbehalten nach Hause. Der rohe Streich, der seinen gefährlichen Streich vielleicht noch öfter versucht, ist etwa 1,66 Meter groß und kräftig gebaut, hat blondes Haar und einen blonden Schnurrbart, sieht gesund aus und trug einen dunklen Winterüberzieher und einen schwarzen, steifen Hut.

In der Wäse eines ehemaligen österreichischen Dragoneroffiziers trat ein Provisionschwindler auf, der auch in Berlin und Vorpommern „Geschäfte“ machte und jetzt auf Grund der Veröffent-

lichungen im Tagesbericht der hiesigen Kriminalpolizei in Leipzig festgenommen wurde. Es ist ein 32 Jahre alter aus Prag gebürtiger Handlungsreisender Max Bud, der sich auch Reisender Max Bud aus Carolinenthal nannte. In Berlin und Grunewald suchte der Schwindler zuletzt ein Glühbirnengeschäft und einen Punschfabrikanten heim. Weiden reichte er viele Bestellungen ein, die bis auf ganz wenige erledigt waren. Bei dem Punschfabrikanten begnügte er sich nicht mit der Vermittlergebühr für die falschen Bestellungen, sondern zog auch noch Rechnungen für gelieferte Waren bei der Kundschaft ein und steckte das Geld in seine eigene Tasche. Hierbei füllte er die Quittungen mit dem Namen des Fabrikanten. Schon wochenlang eifrig gesucht wurde der Schwindler jetzt in Leipzig ermittelt und hinter Schloß und Riegel gefesselt.

Lebendig begraben wurde gestern vormittag um 9 Uhr der Arbeiter Hof. Golla aus der Sedanstr. 20 in Weihensee bei Annaburgenarbeiten in der Kaiser-Wilhelm-Straße. Dort wird jetzt an der Ecke der Reuen Friedrichstraße ein Abzugskanal nach dem neuen Rotauslaß des Koldischsystems I gebaut. Bei diesen Bauten stieß man an der Zentralmarkthalle II auf Reste der früheren Königsmauer. Diese loderten sich, die Absteifungen gaben nach und der Arbeiter Golla wurde mit einem Stein von den Steinen festgeklammert, so daß er gefangen war. Bei dem Bemühen ihn zu befreien, gab die Verfestigung weiter nach und lösten sich die Sandmassen. In der nur 1 Meter breiten und 3 Meter tiefen Baugrube wurde nun G. vollständig von dem lodernen Sande bedeckt. Seine zahlreichen Kollegen und die sofort alarmierte Feuerwehr, die sich nur mäßig durch die tausendköpfige Menschenmenge und die Wagenburgen Bahn brechen konnte, ging nun gleich an die Rettung des 37jährigen unversehrten Mannes. Zunächst wurde der Kopf und dann die Brust freigelegt, dem schwach atmenden, leichenblassen Manne Roguak und Wasser gereicht. Langsam, damit die Sandmassen nicht nachsinken konnten, wurde dann der übrige Körper bloßgelegt und schließlich auch das Bein befreit. Handfeste Personen beförderten ihn dann heraus. Mit einem Krankenwagen wurde G. nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft und dort verbunden. Er hat einen Knochenbruch und Quetschungen, vermutlich auch innere Verletzungen erlitten.

Von einem reichen „Armen“ wissen bürgerliche Blätter zu berichten. Danach wurde dieser Tage vor einem Hause in der Schmidstraße ein Mann namens Frankfurter auf dem Bürgersteig bewußtlos aufgefunden. Man brachte ihn mit einer Droschke nach der Hilfswache am Grünen Weg, wo aber der Arzt nur noch den Tod feststellen konnte; ein Herzschlag hatte dem Leben Frankfurters ein Ende gemacht. Als man zur Feststellung der Persönlichkeit die Taschen des Toten nach etwaigen Papieren durchsuchte, habe man außer den Ausweispapieren nach und nach in den verschiedensten Taschen, besonders aber in der großen inneren Westtasche, Wertpapiere aller Art, im ganzen für rund 150 000 Mark gefunden.

Von dem Verstorbenen wird erzählt, daß er im Hause Franzstraße 8 eine kleine Stube bewohnt habe für einen monatlichen Mietzins von 15 M. Die Stube war sehr dürftig ausgestattet und machte einen recht ärmlichen Eindruck. Am Tage ging er selten aus; seine Mahlzeiten habe er in den billigen Kaffeehäusern eingenommen. Die Kleidung wurde fast nie erneuert. Abends ging der Mann auf den Handel, um Schuhereime und Schmürzen zu verkaufen.

Die Geschichte klingt recht sonderbar. Wenn sie auch nur zum Teil wahr sein sollte, muß der Verstorbenen ein sonderbarer Heiliger gewesen sein. Daß mit dem Handel mit Schuhereime und Schmürzen heutzutage soviel Geld zu verdienen sein soll, um Reichtümer anzuhäufeln, das mag glauben, wer will.

Ein falkischer Gerichtsvollzieher hat in dieser Woche eine große Anzahl von Bewohnern der westlichen Vororte empfindlich geschädigt. Der Schwindler ist ein in der Mitte der dreißiger Jahre stehender Mann mit frischer Gesichtsfarbe, dunkelbraunen Haaren und Schnurrbart. Er ist u. a. bekleidet mit einem grauen Fadelod und trägt einen steifen Filzhut. Unter dem Arm trägt er eine Aktentasche, wie sie die Gerichtsvollzieher haben. Der Gauner bejagt zumeist besser situierte Familien und fragt, wenn ihm die Tür geöffnet wird, ob der Hausherr anwesend ist. Wird die Frage bejaht, so erklärt er, sich im Namen geizig zu haben, und verschwindet. Oder er jedoch, daß das Familienoberhaupt ausgegangen ist, so tritt er ein und gibt sich als Vollziehungsbeamter aus, der Gerichtskosten zu erheben habe. Er fügt gleich hinzu, daß er im Falle der Nichtzahlung zur Pfändung schreiten müsse. Da es sich in der Regel nur um Beträge zwischen 2 und 4 M. handelt, so erfolgt die Zahlung, und der Herr Gerichtsvollzieher hinterläßt eine gedruckte Quittung, auf der sich ein Aktenschilder nicht befindet. Bei den Kriminalbehörden sind in dieser Woche nicht weniger als 20 derartige Betrugsfälle gemeldet worden.

Wer ist der Tote? Aus dem Wasser gelandet wurde gestern vormittag an der städtischen Schule die Leiche eines unbekannten Mannes, der seinem Zeuhern nach Arbeiter gewesen zu sein scheint. An der rechten Schläfe zeigt die Leiche, die vielleicht 14 Tage im Wasser gelegen haben mag und nach dem Schaufunde gebracht wurde, eine ziemlich tiefe Verletzung, die augenscheinlich von einem Bootshaken herrührt. Der Ertrunkene ist etwa 50 Jahre alt und trug einen grauen Anzug und schwarze Jugttiefel.

Verloren wurde am Dienstag, den 18. d. M. gegen Mittag, auf dem Wege von Ede Brunnen- und Invalidenstraße bis zum Hause Brunnensstr. 164 ein Briefumschlag größeren Formats, enthaltend eine größere Anzahl beiseitiger Briefe (Manuskripte), die für den Kinder-Vollständiger wertlos sind. Es wird daher derselbe gebeten, den Briefinhalt, falls das Ruwert geöffnet worden ist, an die Buchdruckerei von Gustav Witzel, N. 64, Brunnensstr. 164, unfrankiert einzuliefern.

Zeugnisgefuß. Die zwei Arbeiter, welche am Sonnabend, den 5. August d. J. von Johannisthal kommend, auf dem Bahnhof Papestraße einen Konflikt mit den Beamten hatten, werden gebeten, ihre Adresse an P. Ridel, Nigorf, Vergstr. 58, anzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Der 30. Geburtstag — im Armenhause. Unter dieser Ueberschrift bringt ein Lokaltages eine Notiz, die einen erschütternden Kommentar bietet zu dem kaiserlichen Ausspruch: „Daß bei und für den Arbeiter geforgt sei bis ins hohe Alter.“ Das Blatt schreibt: „Heute feiert ein alter Insoffe des Steglitzer Armenhauses seinen 30. Geburtstag. Herr D., der Jubilar, war allezeit ein fleißiger Arbeiter, zuletzt viele Jahre Werkmeister bei den Gebrüdern H. Vieles hat er für den Armenhaushalt getan und ein kleines Präzident. Es würde einen Würdigen treffen, den lediglich widrige Schicksalschläge in das Armenhaus brachten.“ — Kann unsere göttliche Bestimmung und unsere herrliche Sozialpolitik, die eine gefüllte Kompostkammer als Symbol aufweist, drastischer illustriert werden als durch diese Notiz? Der allezeit fleißige Arbeiter, der sogar viele Jahre lang Werkmeister in einer Bäckerei war, muß seine alten Tage im Armenhause verbringen, weil es ihm bei allem Fleiß in einem langen Leben nicht möglich war, etwas zu verdienen. Nachdem er seine Kräfte für seine Arbeitgeber (die längst als Rentiers der „wohlverdienten“ Ruhe pflegen) geopfert, muß die Gemeinde die „Sorge für den Lebensabend“ übernehmen.

Mit der Errichtung einer Eisfabrik wird sich am Freitagabend unsere Gemeindevertretung in einer außerordentlichen Sitzung, die merkwürdigerweise geheim ist, beschäftigen. Vieles ist das Eis später auch im geheimen fabriziert und verkauft worden. Das Prinzip scheint sich beim Verkauf der Gemeindefabrikanten bewährt zu haben, von dem ja auch die Öffentlichkeit nicht amtlich benachrichtigt wurde.

Pichtenberg.

Von der Zuverlässigkeit und politischen Konsequenz bürgerlicher Opposition gab die am Montag vorgenommene Stichwahl eine nette Probe. Die beiden bürgerlichen Gruppen hatten sich vorher die größten Schimpereien angetan, gegenseitig ihre Kandidaten infamiert. Das war vergeblich, sobald es gegen die Sozialdemokratie ging, obwohl doch gerade sie die Interessen der von den bürgerlichen Gruppen repräsentierten Wähler entschieden gegen Parteimonopolinteressenpolitik schützte, die der Handwerker, Klein- und Gewerbetreibenden und speziell der Beamten Forderungen nachdrücklich verteidigt. Das ist nicht ausschlaggebend! Die „gute“ Stimmung muß doch dokumentiert werden und wenn man dabei Hakt macht. So geschah das kaum Glaubliche, daß der Vorsitzende der Besitzbesitzer der Gruppe des Herrn Kott, den man bei der Hauptwahl mit einem derben Futurist aus der Stadtvertretung hinausbugliert hatte, für die Stichwahl die Stimmen der Beamten anbot. Und anständig nahmen die Kottmänner die Stimmen für den 4. Bezirk an und beehrten die Beamten sogar mit der Versicherung, daß man nun für den bei der Kandidatenaussstellung öffentlich dekavouierten Herrn Lemwig und den bei der vorletzten Wahl von ihnen hinausgeworbenen Herrn Hirsch eintreten werde. Man schlägt sich und vertritt sich! Wie die kommandierten Soldaten traten die Ritter des Vaterlandes an; die wütendsten Gegner bei der Hauptwahl waren nun auf Befehl von „oben“ ein Herz und eine Seele. Im dritten Bezirk wurden die Herren Hirsch und Lemwig mit 280 und 282 Stimmen gewählt. Fast restlos haben sich die Wähler der anderen bürgerlichen Gruppen zu ihnen geschlagen. Das Resultat wirkt politisch aufklärend! Unter den obwaltenden Umständen haben sich unsere Genossen brav geschlagen. Es verdient volle Anerkennung, daß sie die Opfer nicht scheuten, Mann für Mann antraten. Genosse Mirus erhielt trotz des Falles noch 8 Stimmen mehr, als wie bei der Hauptwahl, 140 Wähler votierten für ihn. Im 4. Bezirk, wo die Chancen für uns viel ungünstiger waren, erhielt unser Kandidat 86 Stimmen, eine mehr als am 20. November. Gern sei konstatiert, daß die Beamtengruppe hier nicht vollständig nach dem Kommando von oben einschwenkte: der Kandidat der Fortschrittler, Fabrikant Große, siegte mit 138 Stimmen, bei der Hauptwahl waren 120 Stimmen für ihn abgegeben worden.

Da die Vereinigung mit Rummelsburg eine allgemeine Neuwahl erforderlich macht, werden unsere Genossen schon in wenigen Monaten Gelegenheit haben, einen erneuten Sturm auf die Schanze der 2. Abteilung zu unternehmen.

Charlottenburg.

Ein gefährlicher Stallbrand kam gestern früh gegen 8 Uhr in der Spreestr. 34 zum Ausbruch. Auf dem Grundstück befanden sich zwei langgestreckte einstöckige Stallgebäude, in denen mehr als zwanzig Pferde untergebracht sind. Das Feuer entstand in dem Stallraum des Gefäßhändlers Gustav Witt und wurde erst bemerkt, als die Flammen schon aus dem mit Heu angefüllten Dachboden herausströmten. Als die Feuerwehr auf der Brandstelle eintraf, war die Situation bereits so bedrohlich, daß Brandmeister Scheele sofort mit zwei Schlauchleitungen vorgehen lassen mußte. In dem brennenden Stall wurden die drei Pferde des Kaufmanns Witt verbrannt aufgefunden. In den daneben liegenden Stallungen wälzten sich die Pferde fast sämtlich am Boden herum, da sie durch den Rauch hart mitgenommen waren. Diese Tiere wurden von der Feuerwehr ins Freie geschafft und erholten sich nach einiger Zeit wieder. Das Feuer konnte auf den ersten Stallraum beschränkt werden, der allerdings vollständig ausbrannte. Die Ursache des Brandes steht mit Sicherheit noch nicht fest, doch vermutet man Brandstiftung.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevorvertretung. Der Vertrag, welcher die Wasserversorgung des neuangelegten Ortsteils R o b e l s h o f durch das Wasserwerk der Gemeinde Rummelsburg regelt, wurde in der vorliegenden Sitzung genehmigt. Der zunächst auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossene Vertrag kann von der Gemeinde jedoch jederzeit im Falle einer anderen Regelung der Wasserversorgung weiterer Ortsteile gekündigt werden. Der Ergänzungsvertrag mit der Terraingesellschaft Obersprees betr. Ausbau von Straßen wurde, da noch viele Einwände gegen seine Fassung gemacht wurden, noch einmal der Baukommission zur Vorberatung überwiesen. Eine längere Debatte entspann sich wegen der Art der Pflasterung der Si e m e n s t r a ß e; schließlich entschied man sich für Weihenstimpfpflaster. Mit den Vorarbeiten für die Ausführung soll schleunigst begonnen werden; insgesamt wird die Umgestaltung der Straße, welche eine wesentliche Verbreiterung erfährt, einschließlich der Betonüberbrückung der im Strahengebiet liegenden Moorstraße einen Kostenaufwand von 110 000 M. erfordern. Die gewaltig zunehmende Frequenz der Volksschulen macht die Errichtung sechs neuer Lehrstellen notwendig, welche bewilligt wurden. Die Anträge unserer Genossen betreffend amtliche Benachrichtigung der Reichstagswähler in bezug auf ihre Eintragung in die Wählerliste sowie Herbeiführung eines Beschlusses, daß die Gemeindevertreter wählen der 8. Klasse an einem Sonntag stattfinden sollen, wurden angenommen. Die Angelegenheit des Beitritts der Gemeinde zu dem Kommunalverband zwecks Ein- und Verkauf von Seeischen gab Anlaß zu lebhafter Debatte, in der wie üblich die sonderbarsten Ansichten über die Feuerung und ihre Bekämpfung zum Vorschein kamen. Herr Feldmann wärt überhaupt keine Feuerung, und Herr Müller fürchtet durch die Wahlen der Gemeinde den Ruin der Gewerbetreibenden. Von unseren Genossen Mutz und Grunow wurden diese Auslassungen gebührend gekennzeichnet. Schließlich wurde der Beitritt der Gemeinde beschlossen. Zum Schluß der öffentlichen Sitzung wurde vom Genossen Grunow darauf hingewiesen, daß in den Volksschulen seitens einiger Lehrer in ganz ungebührlicher Weise das Zuchtungsrecht mißbraucht würde; es sei hier dringende Abhilfe am Platze, indem den betreffenden Lehrpersonen durch den Schulvorstand ihre wirkliche Aufgabe klargestellt wird; es könne wohl den Eltern nicht zugemutet werden, ihre Kinder als Objekte einer solchen Erziehungsmethode hinzugeben.

Weihensee.

Am Schluß der letzten Gemeindevorvertretung wurden einige Angriffe auf den Gemeindevorstand, die in einer Versammlung des 1884er Grundbesitzervereins gefolgt waren, vom Beigeordneten Dr. Altmuth zurückgewiesen. Genosse Fuhrmann gab in der Debatte seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die in den Versammlungen anwesenden bürgerlichen Vertreter Angriffe, die den Tatsachen nicht entsprechen, nicht zurückgewiesen haben. Es hätte immer den Anschein, als ob die Herren mit den Ausführenden der Vätergärten einverstanden sind. Des weiteren teilte Redner mit, was er in einer Versammlung des Alt-Weihensee Grundbesitzervereins erlebt hatte. Diese Ausführungen wurden nun in einem Leitartikel des „G. m. b. V.-Organ“ ganz besonders ausgeführt. Ein besonderer Sozialistensprecher, Herr Müller, sucht bei den paar hundert Lesern des Organs durch ein Eingeständnis bereits eine Erneuerung zu erzeugen. Herr Müller hat einen Doppelberuf. In Berlin ist er Schumann, in Weihensee Schweißmeister; als solcher gehört der Herr in Weihensee zu den Schreibern.

Pankow.

In der Gemeindevorvertretung am Dienstag widmete vor Eintritt in die Tagesordnung der Bürgermeister dem kürzlich freiwillig aus dem Leben geschiedenen bürgerlichen Gemeindevorordneten G a i l l a r d einen Nachruf. — Die hierauf vorgenommene Neuwahl des Gewerbegerichtsvorsitzenden und zweier Stellvertreter

Bestellen ergab die Wiederwahl der Herren Conrad als Vorsitzenden und Rath und Reuders als Stellvertreter. — In der neu errichteten Bedürfnisanstalt an der Berliner Straße (Ecke Wühlensstraße) ist ein Verkaufsraum für Zigarren, Seifenwasser und alkoholfreie Getränke eingerichtet, dessen Vermietung die Vertretung unter Festsetzung eines Mietpreises von 600 M. zustimmte. Hierbei wurde bekanntgegeben, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Verkaufsraum in keinem Zusammenhang steht. Die Bedienung in der Anstalt erfolgt durch eine von der Gemeindevorwaltung für diesen Zweck besonders angestellte und entlohnte Frau. — Da die einmaligen Mittel für die bauliche Unterhaltung des Spritzenhauses nicht ausreichen, bewilligte die Vertretung noch die Summe von 250 M. nach. — Nach Ablehnung zweier Besuche um Beihilfen und nachdem der Bürgermeister noch bekanntgegeben, daß die Regierung für die Zeit bis zum Jahre 1914 einen Zuschuß zu den Schulkosten hergibt, erfolgte Schluß der öffentlichen und hierauf geheime Sitzung.

Lankwitz.

Aus der Gemeindevertretung. Da die Grundbesitzer in dem Ortsteil Lankwitz-Süd wegen Beleihung ihrer Grundstücke große Schwierigkeiten haben, wurde vom Gemeindevorsteher die Bildung eines Hypothekensfonds vorge schlagen, welchem die Mehrheit der Vertreter zustimmte. Hierfür soll eine Anleihe von 500 000 M. aufgenommen werden, aus welcher Kaufslagen die erste Hypothek in Höhe bis zu sechs Zehntel des Wertes zu 4 1/2 Proz. Zinsen gewährt wird. Die Tilgung soll nach Ablauf von fünf Jahren mit 1/2 bis 2 Proz. erfolgen. Es wurde ferner eine Kommission gewählt, welche unterziehen soll, ob einem Antrage auf Beleihung von sämtlichen Grundstücken der Bauklasse B am Orte stattgegeben werden kann. — Um eine bessere Verbindung des Ortsteils Süd mit dem Bahnhofe herzustellen, wurde beschlossen, den Gärten Weg und die Straße 35 in halber Höhe zu pflastern. Die Kosten werden sich auf circa 75 000 M. belaufen. — In den höheren Schulen sollen in Zukunft für das dritte und vierte Kind derselben Familie das halbe Schulgeld gezahlt werden, die weiteren Kinder sollen vom Schulgeld befreit sein. Dadurch wird der Etat der höheren Schulen, welcher schon eine enorme Höhe erreicht hat, noch mehr belastet. — Die Genehmigung zur Aufstellung von Lifthalen, welche vom „Steglicher Anzeiger“ nachgefragt worden war, wurde nach kurzer Debatte verweigert.

Nieder-Schönhausen.

Der besonderen Fürsorge des hiesigen Amtsvorstehers erfreuten sich am Dienstag diejenigen Einwohner, die die von der Sozialdemokratie einberufene Wählerversammlung im Lokal von Ledemitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 88, besuchten. Welcher Art die Fürsorge war, geht aus folgendem am gleichen Tage an den Inhaber des Lokals gerichteten Schreiben hervor:

Der Amtsvorsteher.
Tageb. Nr. 1 18185.

Nieder-Schönhausen, den 12. Dezember 1911.

Für die am heutigen Tage in Ihrem Lokal stattfindende öffentliche Wahlversammlung wird Ihnen im sicherheitspolizeilichen Interesse folgendes aufgegeben:

Während der Versammlung ist in Ihrem Lokale eine Feuerwache von drei Mann der hiesigen freiwilligen Feuerwehr zu stationieren. Ausreichende und gut betriebsfähige Löschvorrichtungen sind bereit zu halten.

Vorbehaltlich anderer Anordnungen bei Bestätigung an Ort und Stelle ist bei Anordnung der Sitzplätze zu beachten, daß die Tiefe der Sitzreihen mindestens 1 Meter beträgt.

Der Saal darf nur mit 685 Personen besetzt werden.

Die ins Freie führenden Türen dürfen für die Dauer der Versammlung nicht geschlossen gehalten werden, sie müssen sich vielmehr im Bedarfsfälle durch einen Griff sofort öffnen lassen. Die Rotlampen müssen brennen.

Vor Beginn der Versammlung wird diesseits eine Besichtigung des Saales bezüglich Erfüllung der gestellten Bedingungen erfolgen.

gez. Abraham.

Der vorstehende Anordnung aufmerksam durchliest, wird sich des Gedankens nicht erwehren können, daß dieselbe allzu deutliche Rücksicht mit denen hat, die ostelbische Guts- und Amtsvorsteher an solche Wirt richten, die ihre Lokalitäten der Sozialdemokratie zur Verfügung stellen. Vor den Toren Berlins ist jedenfalls eine solche Verfügung ein Robum. Herr Abraham könnte sich um den glatten und ungestörten Verlauf solcher Wählerversammlung weit mehr verdient machen, wenn er den ihm unterstellten Beamten einmal eine Lektion über die Bestimmungen des Wahlgesezes hielte. Bei der am Dienstag stattgehabten Versammlung hat der im Versammlungslokal anwesende Beamte nämlich eine solche Unkenntnis desselben betreten, daß derselbe erst von unseren Genossen unterrichtet werden mußte. Letzteres war schon deshalb notwendig, damit der Beamte nicht in Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen geschweidrig handelte und den Verlauf der Versammlung stören konnte. Der Referent der Versammlung, Gen. Udo, beleuchtete denn auch in seinem Vortrage diesen Mißstand, was den Beamten veranlaßte, in barockem Tone nach Namen und Adresse des Redners zu fragen. Udo ließ sich den sonderbaren Ton des Beamten verbat, drohte letzterer mit Verbastung, ehe Drohung, die unseren Genossen selbstverständlich nicht einzuschüchtern vermochte. Schließlich gab sich der Beamte zufrieden, auch ohne seine Drohung wahrzumachen. Solche störenden Vorgänge könnten vermieden werden, wenn die Amtsbehörde für genügende Information der betreffenden Beamten Sorge tragen würde.

Zu den bereits veröffentlichten Anlagestellen in den einzelnen Vororten

tragen wir heute noch folgende nach:

Friedrichshagen. An den Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags und am Sonntag von 9—11 Uhr vormittags im Rathause, Zimmer Nr. 13.

Karlshorst. Im hiesigen Dienstgebäude, Dönhoffstr. 31, an den Wochentagen von 8—3 Uhr und am Sonntag von 9—1 Uhr.

Lankwitz. Im Rathause, Zimmer 24, während der Dienststunden von 8—3 Uhr. Am Sonntag, den 17. Dezember, von 8—10 Uhr vormittags.

Röppentz. Im Rathause, 2 Treppen, Zimmer Nr. 28, und zwar an den Wochentagen vormittags von 8—11 und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, am Sonntag, den 17. Dezember, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Voghten-Kummelsburg. Außer im Rathause auch täglich beim Genossen Plum, Alt-Voghten 58.

Schwabbe. Im Rathause, Grünauer Str. 40, an den Werktagen während der Dienststunden von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, dagegen am Sonntag, den 17. d. M., von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

Johannisthal. Im Rathause, Zimmer Nr. 2, wochentags von 8—3 Uhr und am Sonntag von 10—12 Uhr. Außerdem bei den Genossen Gobin, Moonstr. 2, und Luban, Parkstr. 9.

Steglitz. Vom 14. bis 21. Dezember, wochentags von 8 bis 3 Uhr, sowie abends von 5 bis 7 Uhr, im Hause Schloßstr. 30, 2 Treppen, Zimmer 34. Am Sonntag, den 17. d. M., nur mittags von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr.

Wilhelmsruh-Rosenthal. Die Wählerlisten zur Reichstagswahl liegen im Gemeindebureau, Hauptstr. 22, Zimmer Nr. 1, wochentags von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, Sonntags, den 17. von 11 bis 12 Uhr vormittags aus.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, oben vier Treppen — Fachk. 1 —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Beleg und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementanmeldung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Potsdam 63. Die Sache erscheint für Sie nicht aussichtslos, weil Ihnen für die in Frage kommende Zeit die Zeitung nicht zugestellt ist. — N. O. 30. 1. u. 2. Leiber bezieht eine Per p l i c h t u n g zur Einbindung nicht. 3. Ja. — N. O. 50. Der Vermieter ist zur Reinigung verpflichtet. — Sanatorium. 1. Mit der Vollendung des 21. Lebensjahres. 2. Allgemein gültige Vorschriften sind uns nicht bekannt. — P. Waand. Beiten entscheiden wir nicht. Eine Sporigkeit wird dies wissen. — P. O. 10. An Sonntagen und 2. Feiertagen von 12—3 Uhr. — N. O. 112. Schneberatsadamen finden Sie im Berliner Adreßbuch bezeichnet. — H. E. Meyer. Der Briefkasten einer Zeitung dürfte nicht der geeignete Ort sein, eine solche Arbeit zu besprechen. Auch fehlt uns die Zeit. — St. W. 90. Der Berlin ist uns nicht bekannt.

Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloßer **Wilh. Achterberg** am 12. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen St. Pauli-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.

Kege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Filiale Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege **Ferdinand Müller** am 12. Dezember im Alter von 30 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Samstag, den 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. 185/7
Die Ortsverwaltung.

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

**Abbas Dandy
Gibson Girl**

Bel
herannahendem Weihnachtsfest empfehle die

Benützung
nachstehenden Angebots.

Ich habe ein Sortiment **Nürnbergischer Lebkuchen** zusammengestellt und versichere Ihnen, daß Sie bei Inanspruchnahme

dieser Offerte
Vorteile haben, die Ihnen von anderer Seite nicht geboten werden können.

Kaufen
Sie diesen Geschenk-Karton, dann haben

Sie wirklich
etwas, womit Sie die verschiedensten Ansprüche befriedigen können, denn der Inhalt ist so gewählt, daß jeder Geschmack befriedigt wird.

Gut
ist es, mit der Bestellung nicht zu lange zu warten, damit Sie bestens und promptest bedient werden können.

Mein Geschenk-Karton
enthält aus erster Nürnbergischer Lebkuchen-Fabrik 35 Stück **Lebkuchen**, darunter: **Elisen-, Schokoladen-, Rosen-, Makronen-, Haselnuß-, Kuchen-, Weiße, Braune, Basler** und ca. 80 Stück verschiedene Sorten feinsten Plätzchen.

Preis per Karton **3,60 M.** franko ohne Nebenspesen, gegen Nachnahme. 187/2

Carl Gropp,
Nürnberg 34, Schweiggerstr. 31.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlflecke Berlin.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege **Johann Kuroпка** am 10. Dezember verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 14. Dezember, nachmittags 1/3 Uhr, von der Leichenhalle des katholischen Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt. 187/12
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir hiermit allen Bekannten, den Genossen vom Buchbinder- und Kollegen vom Metallarbeiterverband unseren herzlichsten Dank.
Lina Schulze nebst Söhnen.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben unversehrlichen Mannes und guten Vaters 11002

Reste

Damentuche schwarz und farbig
per Meter von **3 Mark** an

Kostüme engl. Muster
per Meter von **2 Mark** an

Seidenplüsch Vel du Nord
80 cm breit
per Meter **4 Mark**

Engl. Seal 120 cm breit
per Meter **10 Mark**

Astrachan 120—180 cm breit
per Meter **5 Mark**

Samt und Seide etc. etc.
zu sehr billigen Preisen.

C. Pelz, Kottbuser Straße 5.

Pelzwaren
Fabrik und Lager von Stolas, Krawatten, Muffen, Pelzjacken, Pelzen, Kindergarnituren usw.

Nur reelle Ware, von der einfachsten bis zur elegantesten. — Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Sonntags geöffnet.

F. Kalman, Kürschnerstr. 15, I. Et., Vel du Nordstr. 3.4 Beuthstr. Tel.: Zentrum 3917. Gegr. 1894.

Blumen- und Kranzbinderei von **Robert Meyer,** nur Mariannen-Straße 2.

M. B. K. DETAIL-VERKAUF.
Max Bornstein Kommandit-Ges. Jerusalemstr. 14, Ecke Leipz. Str.

2 Partien Damen-Taschen
aus gearbeitete Modellstücke
Nach Wahl Stück 1,50 u. Stück 4.—
Wert bis 5.— 12.—

Seidene Herren-Krawatten
Nach Wahl Stück 50 Pf., 1/2 M.

Einzelne Coupons Seidengaze
Voile Perle etc.

aparte Neuheit: 1. Ueberkleid und Blusen

Ganz fabelhaft billig.

Auf Teilzahlung
wöchentlich nur 1 Mark

Kranken- und Begräbniskasse der Seilensieder u. Berufsgen.
(E. S. 17 zu Berlin.)

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß unser Mitglied **Albert Freigang** im 43. Lebensjahre plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters, des Tischlers 20325

Ernst Höhne
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Vorsteher „Höhne“, sowie seinen Arbeitskollegen unseren innigsten Dank.
Witwe Martha Höhne und Kinder.

Albert Freigang
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie allen Kollegen der Baufirma C. Schöber, den Kolleginnen der Firma Wolf u. Glaserfeldt und der Seilensiederklasse unseren innigsten Dank.

Witwe Ida Freigang
nebst Tochter.

Glatt und blank.
roll. Sie Ihre Wünsche mit meinen langj. bewährten u. bewährten „Prinzeß“-Wäsche-mangeln. Sehr praktisch u. bequem. Volle Garantie! Dauerhaftigkeit u. Leichtigkeit. Tisch-mangeln. M. 10 an Bestellmangel wie abgebild. M. 35. Preisliste gratis.
Rudolf Knapke, am Spittelmarkt. Wasch- u. Wringmaschinen sehr billig.

Teilzahlung 1 Mark

Puppenwagen, Zithern, Mandolinen, **Grammophone**
(Platten zu jedem Apparat gratis).
F. & H. Schmidt, Petersburger Str. 23, nur I. Etage.

Grammophone, Pathophone,
ochts Menzenhauer Zithern, Geigen, Mandolinen, Gitarren, Handharmonikas

M. Jahres Musik-Spezialgeschäfte:
1. Geschäft: Brunnenstr. 117
2. Rainickendorfer Str. 107
3. Waabl, Gatzkowskystr. 31
4. Woldenberger Str. 2.

En gros detail

Knaben- und Jünglings-Garderobe
fertig u. nach Maß am billigsten und besten in der Fabrik

Koppenstr. 55, part., 2 Minuten v. Schles. Bahnhof.
777* Karl Hustädt.

Wohlfeile Weihnachts-Geschenke!

Großvater-Stühle = Ruhe-Chaiselongue-Betten, Triumph-Stühle, Stühle = Bett-Stühle Normal-Kinderpulte von 18 Mark an.

Alles in besonders geschmackvollen Ausführungen.

R. JAEKEL's Patent-Möbel-Fabrik
BERLIN SW., Markgrafenstraße 20, Ecke Kochstraße.

Versand nach auswärts.

Charlottenburg.
Vereinigte Maurergesellen-
Franken- und Sterbekasse.
 E. H. 80.
 Mittwoch, den 20. Dezember 1911,
 abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
 im Kaffeehaus, Sprechstraße 17.
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Vierteljahr.
 2. Rechnung des Vorjahres und
 3. Kassenbuch.
 149/16
 Regen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Echte Nürnberger
Bruchlebkuchen
 Frischbackene, nur beim Backen etwas außer
 Fassung geratene Kuchen, sonst in **Qualität** und
Geschmack vorzüglich, keine gewöhnliche
 Marktware, große u. mittelgroße **Basler, Braune,**
Weisse u. Eisenlebkuchen gemischt, im Karton
 B. L. N. 5 Pfund 3.80 M. und 10 Pfund 7 M.
 Porto und Verpackung frei. Gegen Nachnahme oder
 Voreinsendung. 187/1*
Carl Gropp, Nürnberg 34, Schweigger-
straße 31.

Stoffe
 Damenucke für elegante Kleider,
 Balzots etc., Nr. 2.50, 3.50, 4.50 etc.
 Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
 Gertraudenstr. 20-21, Petrikirche.
Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinsenstr. 41, dicht am
 Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Die täglich steigende Nachfrage nach unserer Zigarette
Tag III
 ist der beste Beweis für die vorzügliche Qualität des Fabrikates.
 Jeder Zigarettenkenner gibt der **Tag III** den Vorzug, weil
 die gute Beschaffenheit derselben die beste Empfehlung ist.
 Fordern Sie bei Ihrem Zigarettenhändler unsere **Tag-**
Zigaretten, Preisliste 2 bis 5 Pf., Gold, Kork, mit und ohne
 Mundstück **Höchste Tarifföhne, keine Maschinen-**
arbeit, nur organisierte Arbeiter. 299/11*
Paul Horch,
 Generalvertr. f. Berlin u. Brandenburg
 Engelauer 15 (Moritzpl. 9720).
Rosenthaler Hof
 Rosenthaler Str. 11/12.
 Saal mit Bühne (300 Personen) für
 Klavier nach Bel. 11012*
 Geschichte der Association, von
 H. Gumboldt, wöchentlich ein Heft
 a 20 Pf. Bestellungen nehmen die
 Ausgabestellen des „Vorwärts“ ent-
 gegen. Probehefte gratis.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 14. Dezbr. 1911
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 S. Cverhaus, Madame Butterfly,
 S. Schauspielhaus, Der Schlag-
 baum.
 Deutsches, Turandot,
 Haberland, Spezialitäten.
 Zirkus Busch, Gala-Vorstellung,
 Zirkus Schumann, Gala-Vor-
 stellung.
 Anfang 8 Uhr.
Urania, Lindenstraße 48/49.
 Von Meran zum Orler.
 Kammerstücke, Die Kaffette,
 Anrufbesucher, Die lustigen Weiber
 von Windsor.
 Berliner, Die Ahnengalerie,
 Seltung, Gudrun,
 Komische Oper, Rigoletto,
 Neues Schauspielhaus, Hans
 Sonnenhörsers Höllefahrt,
 Neues, Das Rädel von Mont-
 martre,
 Weiden, Fatinitz,
 Residenz, Ein Walzer von Chopin,
 Neues Operetten, Die moderne
 von.
 Kleines, Hoffmans Geburtstag,
 Genz und Janny Hölzer, Heden-
 jos.
 Schiller O., Don Carlos,
 Schiller, Charlottenburg, Maske-
 rade.
 Friedr., Wild, Schauspielhaus,
 Das Rädelchen von Heilbronn,
 Königgräzer Straße, Spielereten
 einer Kaiserin.
 Rose, Die Barbaren,
 Metro, Die Nacht von Berlin,
 Lustspielhaus, Die Vergnügungs-
 reise.
 Trianon, Mein Baby,
 Thalia, Böhmische Wittschaft,
 Lullien, Baroness Claire,
 Casino, Der Kampf ums Dasein,
 Apollo, Spezialitäten,
 Hoflager, Spezialitäten,
 Herrfeld, Schmerzlose Behandlung,
 Das Kind der Firma,
 Wintergarten, Spezialitäten,
 Reichsanalen, Stettiner Säng-
 er,
 Königstadt-Kasino, Spezialitäten.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Folies Caprice, Mandelblüth's
 Vollerabend,
 Waldhalla, Teufel, das hat einge-
 schlagen!
 Road, Pläne, die zweite Frau,
 Voigt, Eine Judenfamilie.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Neues Volkstheater, Geographie
 und Liebe,
 Belle-Alliance, Dishes,
 Quinmed, Der Brautflügel.
 Sternwarte, Invalidenstr. 57-62,
 Kaiser-Panorama, II. Reihe in
 Berlin und Herzoginina. Die
 sonnige Holz a. Ad.
Schiller-Theater O.
 Theater,
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Don Carlos.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die Wildente.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 8 Uhr:
Von Meran zum Orler.
 Das Programm der Hörsaal-
 vorträge im 1. Quartal 1912 ist
 erschienen und kostenlos erhält-
 lich.
Residenz-Theater.
 Direktion Richard Alexander.
 Heute 8 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
 Schwanf in 3 Akt. v. Karol u. Barré.
 Für die deutsche Bühne bearbeitet von
 Soltan-Baeders.
 Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Abends 8 Uhr:
Die Barbaren.
 Lustspiel in 4 Akten von Stöbiger.
 Freitag: Die größte Liebe.
 Sonnabend 4 Uhr: Goldhähnchens
 Himmelfahrt. Abends 8 Uhr neu
 einstudiert: Faust 1. Teil.
Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von
 Jul. Freund. Musik von B. Holländer.
 In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Apollo
 Theater
 Abends ab 8 Uhr.
 Ein sensationeller Erfolg
 der großen Attraktionen mit
Harry
Walden
 in 1. Boulevard: Der Brettkönig.
Herrnfeld
 Theater
 Noch nie dagewesener Lacherfolg!
Das Kind
der Firma
 mit Anton und Donat Herrnfeld in den
 Hauptrollen. Vorher:
 Schmerzlose Behandlung.
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Freie Volksbühne
Extravorstellung
 im Lessing-Theater: Montag, den 23. Dezember.
 Gerhart Hauptmann:
Einsame Menschen.
 Einlaßkarten a 1.30 Mark in allen Zahlstellen.
Lessing-Theater
 Björnson:
Wenn der junge
Wein blüht.
Thalia-Theater
 Greinz:
Die Thurnbacherin
Abendabteilungen
 Hobbel:
Agnes Bernauer.
Neues Schauspielhaus
 Björnson:
Ueber unsere Kraft
 2. Teil.
Residenz-Theater
 Emil Augier:
Die arme Löwin.
Herrnfeld-Theater
 Wied:
2x2=5.
 Für die Nachmittags-Mitglieder sind
 in den Abendabteilungen an den Montag-
 abenden im Neuen Schauspielhaus Karten
 a Mk. 1.30 zu haben.
Neue Mitglieder können
 sich in
 allen Zahlstellen melden für die Nachmittags-
 und Abendabteilungen. 242/3
 Der Vorstand, I. V.: G. Winkler.

Zirkus Busch
 Heute, abends 7 1/2 Uhr:
Großer Gala-Abend.
 Fortsetzung des Karl Hagen-
 beckschen Gastspiels der
Menschen-Affen
Max und Moritz,
Hektor und Lolette,
 Equilibristen,
Norman Telma,
 der mysteriöse Billardspieler.
 Herr Herr E. Schumann, Meister-
 dressuren, Fr. Anna Stennis,
 Schultze.
 Um 9 1/2 Uhr zum **64. Male:**
 Origin-
 Aus-
 stattungs-
 stück des
Zirkus
Busch
 in
 5 Bildern.
A. Schumann
 Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Geschwister Weise
 Die Biedermeier. Hier noch nie
 gesehene Original-Tricks.
 5 Affen am hängenden Trapez.
Les Brioiores
Fr. Dora Schumann.
 Außerdem
sämtliche Attraktionen
 und die große Feerie
 in 5 Bildern
1000 Jahre
 auf dem **Meeresgrund**
 nach Motiven aus 1001 Nacht.

Voigt-Theater.
 Heute: Gastspiel in
 Puhmanns Theater, Schönhauser
Eine Judenfamilie.
 Orig.-Charakterbild i. 4 Akte v. Pirant.
 Koffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Mandelblüth's Vollerabend.
Losgelassen.
Waffenübung.
Königstadt-Kasino.
 Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße
 vom 1. bis 16. Dezember:
„Familie Müller“
 großes Volksstück in zwei Akten
 und das reichhaltige
 Spezialitäten-Programm.
Casino-Theater
 Ostbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
 Novität!
 Das Sensations-Multiplid
Der Kampf
 ums Dasein!
 Sonntag 8 1/2 Uhr: Die Tochter
 des Strahlings.
Volks-Theater.
 Rixdorf, Hermannstr. 20.
 Sonntag, 17. Dezember: Der Hund
 von Vaskerville, Detektivkomödie
 in 5 Akten von H. Gault.
 Montag, 18. Dezember: Geflohen.

Weihnachten
 im
Union-Theater
 Heute Donnerstag
 nachm. 3 Uhr
Gr. Weihnachts-
Kinder-Vorstellung
 im Union-Theater
Alexanderplatz.
 Riesen-
 Weihnachtsbäume.
 Festprogramm
 Präsent-
 Vorstellung.

Passage-Panoptikum.
Acht Wochen bel den
Feuerfressern
 Täglich zu sehen! Lebend
 Die wilden Essaus
 Karawane sudanesischer
 Schrei-, Heul- und Feuer-Fakire
 in einem besonders auf-
 gebauten Dorle.
 Ohne Extra-Entree.
Roach's Theater.
 Direktion: Robert Dill.
 Berlin N., Stummstraße 16.
Fiene, die zweite Frau.
 Schauspiel in 5 Bild. v. Blumentreich.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Sonn. um. gütlich.
 Morgen 3. Letztemal: Die zweite
 Frau.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng-er.
 Gastspiel
 Robert
 Steidl.
 Weihnachts
 Programm.
 Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Admiralspalast
 Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
 Von 10 Uhr an geöffnet.
 Nachmittags:
Militär-Konzert.
 Um 5 1/2 Uhr:
 Das Weihnachtswärchen
Schneewittchen
 Abends
 Das prachtvolle Eisballett:
Alpenzauber
 Apochenstänze - Puckballspiel.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
 an habe Preise.
 Restaurant ersten Ranges.

Schiller-Theater
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Maskerade.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Madame Sans-Gêne.
 Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.
Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Die Ahnengalerie.
Theater in der Königgräzer Straße
 Abends 8 Uhr:
Spieleiten einer Kaiserin.
Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Das Rädel von Montmartre.
 Grenzie: Fritzl Massary.
 Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der ideale Bauer.
Theater des Westens.
 8 Uhr: Fatinitz.
 Mittwoch und Sonnabend nachm.
 4 1/2 Uhr: Max und Moritz.
 Sonnt. 3 1/2 Uhr: Die Dame in Rot.
Friedrich-Wilhelmstadt.
Schauspielhaus.
 Heute 8 Uhr:
Das Hähchen v. Heilbronn.
Belle-Alliance-Theater
 Heute 8 1/2 Uhr: Othello.
 Freitag 4 Uhr: Hölle und Hölle.
 Abends 8 1/2 Uhr: Karrenspiel.

Passage-Theater.
 Das große Festprogramm.
Der Triumph der
Schönheit!
 Lebende Kunstwerke
Claire Waldoff
 Der tapfere Herr angstlich
 Burlesk-Sketch mit
 Georg Kaiser u. W. Goldmann
 in den Hauptrollen
 und 12 Varietè-Sensationen.
Concordia - Festsäle.
 Inh.: M. Wendt & A. Schütz.
 64 Andreasstraße 64.
 Jeden Donnerstag:
Große Soiree
 d. allgemein beliebten
 und bekannten
Hoffmanns Säng-er.
 Direktion Fr. Fanther
 Heute:
Weihnachten
auf Posten.
 Komödie in 1 Akt.
 Anfang 8 Uhr.
 Nach der
Soiree: Frei-Tanz.
 Vorzugskarten haben Gütigkeit.

SPORT-PALAST
„OBERBAYERN“
A Mord's Gaudi!
 Eröffnung Sonnabend 8 Uhr abends.

Midgets Town
 Hauptstadt von Liliput
 mit ihren 70 Bewohnern
 Friedrichstraße 165, in den Räumen von Castans Panoptikum.
 Geöffn. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.
Entree inkl. Varietè und Kabarett-Vorstellung:
1 Mark.
 Zirkus Extra-Entree. Zirkus Extra-Entree.

JEDERMANN
 weiß, daß
SARRASANI
 kommt!
Luifen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Baronesse Claire.
Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Francillon.

Passage-Panoptikum.
Acht Wochen bel den
Feuerfressern
 Täglich zu sehen! Lebend
 Die wilden Essaus
 Karawane sudanesischer
 Schrei-, Heul- und Feuer-Fakire
 in einem besonders auf-
 gebauten Dorle.
 Ohne Extra-Entree.
Roach's Theater.
 Direktion: Robert Dill.
 Berlin N., Stummstraße 16.
Fiene, die zweite Frau.
 Schauspiel in 5 Bild. v. Blumentreich.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Sonn. um. gütlich.
 Morgen 3. Letztemal: Die zweite
 Frau.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng-er.
 Gastspiel
 Robert
 Steidl.
 Weihnachts
 Programm.
 Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Acht Wochen bel den
Feuerfressern
 Täglich zu sehen! Lebend
 Die wilden Essaus
 Karawane sudanesischer
 Schrei-, Heul- und Feuer-Fakire
 in einem besonders auf-
 gebauten Dorle.
 Ohne Extra-Entree.
Roach's Theater.
 Direktion: Robert Dill.
 Berlin N., Stummstraße 16.
Fiene, die zweite Frau.
 Schauspiel in 5 Bild. v. Blumentreich.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Sonn. um. gütlich.
 Morgen 3. Letztemal: Die zweite
 Frau.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng-er.
 Gastspiel
 Robert
 Steidl.
 Weihnachts
 Programm.
 Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Der Chauffeur des Prinzen August Wilhelm vor Gericht.

Vor der Potsdamer Strafkammer wurde gestern eine Aussage des als Zeugen vernommenen Prinzen August Wilhelm...

Der Gendarm beharrte nach Vorhaltung dieser Aussage bei seiner früheren Darstellung. Er habe an der Billethalle, nicht an der Bahnhofstraße...

Der Staatsanwalt beantragte Freisprechung, da ein non liquet (es ist nicht aufgeklärt) bei der starken Divergenz der Zeugenaussagen vorliege. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Das Urteil sollte nach zwei Richtungen hin Schule machen. In wie unendlich vielen Fällen haben Gerichte zu Unrecht eine Verurteilung ausgesprochen...

Krone gefahren. 2. Er, der Gendarm, habe den Prinzen nicht erkannt. 3. Er habe nicht unter der Bahnhofstraße gefahren. 4. Das Auto habe eine Vierzigkilometer-Geschwindigkeit gehabt.

Eine zweite Bemerkung möchten wir an die Geschwindigkeits-Schätzungen knüpfen. Die jetzt übliche Methode ist von Unheil. Eine Anzahl Chauffeurs sind mit Unrecht bestraft...

Soziales.

Der Begriff der „Selbständigkeit“ im Sinne der Städteordnung.

Die 1910 in Herne offengelegte Gemeindevästerliste war von dem Lehrer Schöttler und dem Journalisten Stens angefochten worden...

Als selbständig (im Sinne der Voraussetzungen des Bürgerrechts) wird nach demselben 24. Lebensjahr ein jeder betrachtet, der einen eigenen Hausstand hat...

Der Bezirksausschuss wies die Klage ab. Er erachtete die Eintragung von 5 Personen für gerechtfertigt, welche bereits im Einspruch angefochten worden war.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte am Dienstag dies Urteil in der Hauptsache, entschied aber, daß die beiden Knechte aus der Liste zu streichen seien.

Gerichts-Zeitung.

Uegen die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens.

Mit einer interessanten prozessualen Frage war gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Brast beschäftigt. Der Redakteur Alfred Scholz von der „Welt am Montag“ war i. S. wegen Religionsvergehen zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

der Urteilsgründe“ in öffentlicher Sitzung mitgeteilt worden sei und mitgeteilt werden mußte. Seit Bestehen des Preßgesetzes sei auch noch niemals der Fall vorgekommen, daß wegen Veröffentlichung eines Urteils Anklage erhoben worden sei.

Das Urteil ist besonders um deswillen interessant, weil trotz des „Maren“ und feststehenden Sachverhalts ein Staatsanwalt die Anklage erhoben, dann drei Richter der Strafkammer des Hauptverfahrens eröffnet haben...

Vom Sportpalast.

Der ehemalige artistische Leiter des Sportpalastes in der Potsdamer Straße, Otto Karras, der unter Mitnahme von 6000 Mark Kunstgegenständen flüchtig geworden war...

Kotzwehr?

In der Kotzwehr will der Drechsler Reinhold Spartowasser eine schwere Bluttat verübt haben, die ihn gestern unter der Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange vor das Schwurgericht des Landgerichts III führte.

Der schon wegen Gewalttätigkeitsvergehen vorbestrafte Angeklagte hatte am 15. Juli d. J. in Gemeinschaft mit mehreren Arbeitskollegen einen in der Königsallee in Oranienburg gelegenen Jeltzirkus besucht.

Aus Kingtons Lokalen.

Der Oberkellner Max Wolter, der Geschäftsführer in einem Kingtons-Restaurant in Berlin ist, ist am 20. Juni vom Landgericht I in Berlin wegen fahrlässiger Tötung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Ein untreuer Rechtsanwalt.

Die Wiesbadener Strafkammer verurteilte gestern den Rechtsanwalt Armin Gith wegen Untreue und Unterschlagungen zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Witterungsübersicht vom 13. Dezember 1911.

Table with 4 columns: Stationen, Witterung, Wetter, Temp. in °C. Lists weather data for various stations like Sömnitz, Hamburg, Berlin, etc.

Wetterprognose für Donnerstag, den 14. Dezember 1911. Zunächst etwas kälter, viel Nebel, sonst ziemlich heiter bei frischen südlichen Winden...

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, 12.12., 11.12., am. Lists water levels for various locations like Remel, Regel, Babel, etc.

*) + bedeutet Hoch, - Fall. - *) Unterpaß. - *) Eisstand. *) Oberhalb der Brücke Eisstand. - *) Eisreiben. - *) eisfrei.

